

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath
Rechtsanwältin und Europaabgeordnete aD
Johannes-Brahms-Platz 9-11
D – 20355 Hamburg
Tel.: 040 – 34 10 78 75
Fax: 040 – 34 10 78 89
Email: randzio-plath@gmx.de

Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union

- Eine makroökonomische Betrachtung -

Die Erstellung dieses Gutachtens wurde ermöglicht durch die Förderung der
Hans-Böckler-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung.....	1
2. Auftrag.....	2
3. Ziele und Maßnahmen der Lissabon-Strategie aus makroökonomischer Sicht.....	3
4. Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie.....	6
4.1. Die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 zur Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie.....	7
4.2. Das Europäische Parlament zur Halbzeitbilanz von Lissabon.....	7
4.3. Die Europäische Kommission zur Halbzeitbilanz von Lissabon.....	8
4.4. Der „Sapir“-Bericht und die makroökonomische Koordinierung.....	10
4.5. Der „Kok“-Bericht und die makroökonomische Koordinierung.....	11
5. Die Bedeutung makroökonomischer Faktoren für Wachstum und Beschäftigung.....	12
5.1. Die Vergessene Makroökonomie – Investitionen, Binnennachfrage, Geld- und Fiskalpolitik.....	13
5.2. Die Einflussfaktoren auf das Wachstum.....	13
5.3. Das Wachstum, die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit.....	17
6. Die Überschätzung der Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung.....	23
6.1. Die theoretischen und prognostizierten Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf das Wachstum und Beschäftigung.....	24
6.2. Die realen Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Wachstum und Beschäftigung.....	26
6.3. Weitere Strukturreformen.....	28
6.4. Strukturreformen des europäischen Binnenmarktes und ihre Auswirkungen.....	32

7. Die Notwendigkeit von Investitionen.....	35
7.1. Die Entwicklung der privaten und öffentlichen Investitionen.....	36
7.2. Investitionen in Bildung.....	39
7.3. Investitionen in Forschung und Entwicklung.....	42
7.4. Makroökonomische Impulse des IKT-Sektors.....	44
7.5. Makroökonomische Impulse durch Investitionen in soziale Infrastruktur...	47
8. Die unterschätzte Binnennachfrage.....	49
8.1. Investitionen und Konsum als Bestandteil der Binnennachfrage.....	49
8.2. Die Entwicklung des staatlichen Konsums.....	50
8.3. Die Entwicklung des privaten Konsums.....	51
8.4. Ursachen für die Schwäche der Binnennachfrage in der Europäischen Union.....	53
8.5. Wirtschaftswachstum, Binnennachfrage und Lohnzurückhaltung.....	60
8.6. Maßnahmen gegen die Schwäche der Binnennachfrage.....	68
8.7. Mehr Binnennachfrage durch bessere Instrumente.....	70
9. Der Beitrag der Geldpolitik zu Wachstum und Beschäftigung.....	72
10. Der Beitrag der Steuerpolitik zu Wachstum und Beschäftigung.....	76
11. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Teil der makroökonomischen Steuerung.....	79
12. Die wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa.....	84
13. Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	89
Literaturverzeichnis.....	IV
Verzeichnis der Tabellen.....	XIII
Verzeichnis der Abbildungen.....	XIV
Anhang.....	XV

1. Zusammenfassung

Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie fällt enttäuschend aus. Darin sind sich alle wirtschaftspolitischen Akteure auf allen Ebenen und wissenschaftlichen Gutachten zu recht einig. Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und unverträglich große Armut kennzeichnen eine erweiterte Europäische Union.¹ Der Europäische Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 setzte sich das Ziel, Europa im Rahmen einer globalen Strategie bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“². Diese globale Strategie sollte bessere Politiken für die Informationsgesellschaft und die Bereiche Forschung und Entwicklung bereithalten. Weiterhin sollten der Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft sowie Strukturreformen in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie die Vollendung des Binnenmarktes durchgesetzt werden und das europäische Gesellschaftsmodell vor allem auf Investitionen in die Menschen modernisiert werden. Die Strategie geht davon aus, dass nur eine wissensbasierte Gesellschaft wettbewerbsfähig ist und deswegen neben Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation auf die Bedeutung des lebenslangen Lernens abgestellt werden muss. Dies hatte bereits das Delors-Weißbuch (COM (1993) 700)³ unterstrichen. Durch einen geeigneten makroökonomischen Policy-mix sollte für nachhaltig gute wirtschaftliche Perspektiven und günstige Beschäftigungsaussichten gesorgt werden.⁴

Der Gipfel des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 bekräftigte erneut den Teil der Lissabon-Strategie, die zu recht auf Strukturreformen abstellt. Aber angesichts der Investitions- und Nachfrageschwäche EU-weit ist es bedenklich, die Hauptdeterminanten für Sozialprodukt- und Beschäftigungsentwicklung auszusparen. Strukturreformen allein können Staaten nicht auf den Wachstumspfad zurückführen, sondern müssen mit makroökonomischen Politiken zusammengeführt werden. Sie stehen nicht gegeneinander, sondern sind komplementär. Diesen Ansatz verfolgte zu Recht die Lissabon-Strategie. Der EU-Gipfel hat diesen Weg verlassen und setzt isoliert auf Strukturreformen und Mikroökonomie. Dabei sind

¹ Vgl. Frühjahrsprognose 2005 der Europäischen Kommission (2005, S. 19ff)

² Siehe: Europäischer Rat (2000 Nr. 5)

³ Vgl. Europäische Kommission: (1994, Kapitel 1 und Kapitel 7)

⁴ Vgl. Europäischer Rat: (2000 Nr. 5)

Fehlschläge der Lissabon-Strategie neben der mangelnden Umsetzung der Lissabon-Strategie durch die EU-Mitgliedstaaten vor allem auf die Investitionsschwäche sowie die Vernachlässigung der Binnennachfrage zurückzuführen.

2. Auftrag

Seit dem Europäischen Gipfel von Lissabon sind fünf Jahre vergangen. In der Zwischenzeit wurden im Auftrag der Europäischen Kommission mehrere Gutachten zur Entwicklung in Europa erstellt. Zum einen das Sapir-Gutachten im Juli 2003, in dem unter anderem die strategischen ökonomischen Ziele der EU analysiert sowie Strategien für ein stabiles Wachstum auf einem höheren Niveau und Weiterverfolgung des Ziels der Kohäsion formuliert wurden. Zum anderen der Kok-Bericht, in dem eine hochrangige Gruppe unter Vorsitz von Wim Kok als unabhängige Instanz ein Gutachten zur Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie abgeben sollte. Der Kok-Bericht enthält überwiegend Vorschläge für Strukturreformen zur Verbesserung des europäischen Wachstums. Weiterhin wurden vom Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, aber auch von den Sozialpartnern Empfehlungen zur Fortentwicklung der Lissabon-Strategie abgegeben. Beim EU-Gipfel am 22. + 23. März 2005 in Brüssel wurde beschlossen, die Lissabon-Strategie neu auszurichten. Bei diesem Neustart wird allerdings vorrangig auf Strukturreformen abgestellt. Gerade weil die mikroökonomische Vorgehensweise und die Strukturreformen so betont werden, muss eine Bewertung der Lissabon-Strategie aus makroökonomischer Sicht erfolgen. Der fehlende makroökonomische Policy-mix erklärt sich aus der Analyse der Politiken zur Investitions- und Nachfrageförderung sowie der Fiskal- und Geldpolitiken und deren Koordinierung.

Dabei geht es auch um Strukturreformen und ihre Impulse für Wachstum. Zu diesem Zweck wird analysiert, über welche Zwischenziele die Lissabon-Strategie eine Erhöhung des Wachstums erreichen wollte und auf welche Maßnahmen zurückgegriffen wurde. Der Vergleich zu dem vor Einführung des EU-Binnenmarktes erwarteten zusätzlichen Wachstum sowie den Modellen, die zu den Prognosen führten und dem zusätzlichen Wachstum, das durch den gemeinsamen EU-Binnenmarkt erzeugt wurde, dient dabei der Argumentation. In die Analyse der

Schwächen der Modelle wird die Vertiefung und Vollendung des Binnenmarktes für Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen einbezogen. Kritisch analysiert wird die Frage, inwiefern die Strukturreform des Binnenmarktes zu einem nachhaltigen Wachstum auf höherem Niveau geführt hat und ob und auf welche Weise durch die Vollendung des Binnenmarktes ein nachhaltig höheres Wachstum erreicht werden kann.

Schließlich geht es um die Frage, durch welche Politiken, Akteure und Instrumente in Europa ein höheres, nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden kann, das entsprechend den Zielen der Lissabon-Strategie mit positiven Effekten für die Beschäftigung einhergeht. Dieser Schwerpunkt wird gewählt, da bislang überwiegend der Versuch unternommen wurde, über Strukturreformen zu einem höheren Wirtschaftswachstum zu gelangen, während ein angemessener und ausgewogener makroökonomischer Policy-mix wie in der Lissabon-Strategie gefordert ausblieb. Die Bewertung der Lissabon-Strategie aus makroökonomischer Sicht prüft, was die verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteure für mehr Wachstum getan haben und tun können. Der Analyse der Zusammenhänge von Wirtschaftswachstum, Binnennachfrage, Finanz-, Geld- und Steuerpolitik folgt eine Bewertung, die vor allem darauf abstellt, inwieweit die Möglichkeit besteht, durch Strukturreformen das angestrebte nachhaltige jährliche Wachstum von 3 % zu erreichen. Zudem wurde die Möglichkeit und Umsetzung makroökonomischer Ziele und Instrumente in Bezug auf die Lissabon-Strategie im Kok-Bericht sowie in den Empfehlungen der Europäischen Kommission und den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel 2005 grundsätzlich marginalisiert. Dabei sind die beschäftigungs- und sozialpolitischen Ziele, Strategien und Fragestellungen ausgespart, weil sie in anderen Gutachten behandelt werden. Sie waren nicht Gegenstand des Auftrags.

3. Ziele und Maßnahmen der Lissabon-Strategie aus makroökonomischer Sicht

Die Lissabon-Strategie umfasst 28 Haupt- und 120 untergeordnete Ziele, die gleichwertig und nebeneinander zur Erreichung des Gesamtziels erreicht werden sollen und anhand 117 verschiedener Indikatoren bewertet werden. Der Prozess soll dazu führen, dass Europa bis 2010 zu dem dynamischsten wissensbasierten

Wachstumsraum der Welt wird.⁵ Dieser Wirtschaftsraum soll gleichzeitig fähig sein, ein höheres Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie einem größeren sozialem Zusammenhalt zu realisieren. Zum Arbeitsmarkt und sozialen Zusammenhalt wird in diesem Gutachten keine Stellung genommen, da bereits Gutachten zu diesen Themengebieten erstellt wurden.

Das Ziel der Lissabon-Strategie ist eine wissensbasierte Gesellschaft, die die gesamte Bevölkerung in die Informationsgesellschaft einbeziehen soll. Es soll ein europäischer Raum für Forschung und Innovation entstehen, wie dies der Entwurf des 7. Forschungsrahmenprogramm (SEC (2005) 119) mit einem Volumen von über 3,4 Mrd. Euro vorsieht.⁶ Ein günstiges Umfeld für innovative Unternehmen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gehört dazu, weil diese 2/3 aller EU-Arbeitsplätze ausmachen.⁷ Gleichzeitig soll der Binnenmarkt in der Europäischen Union durch weitere Reformen vollendet werden zum Beispiel über effiziente integrierte Finanz- und Dienstleistungsmärkte. Dazu soll eine Koordinierung der makroökonomischen Politiken beitragen. Durch eine bessere Bildung und Ausbildung sollen die Menschen für ein Leben und Arbeiten in der Wissensgesellschaft qualifiziert werden. Die Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells sieht vor, dass Investitionen in die Menschen getätigt werden und ein aktiver Wohlfahrtsstaat aufgebaut wird. In Europa sollen mehr und bessere Arbeitsplätze entstehen und eine aktive Beschäftigungspolitik entwickelt werden. Der soziale Schutz soll modernisiert und die soziale Integration gefördert werden. Die Ziele dieser Bereiche sollen gleichzeitig angegangen und unter Verwendung und Verbesserung der bestehenden Prozesse erreicht werden sowie mit der Methode der offenen Koordinierung umgesetzt werden.⁸ Die Prozesse umfassen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, nach denen die Wirtschaftspolitik von den Mitgliedstaaten als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse zu betrachten ist und untereinander koordiniert werden muss, den Cardiff-Prozess⁹ über Strukturreformen zur Vollendung des Binnenmarktes, den Luxemburg-Prozess¹⁰ für die Beschäftigung und die Reformen des Arbeitsmarktes sowie den Köln-Prozess¹¹ zur makroökonomischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

⁵ KOM Bericht 2004/5

⁶ Vgl. Europäische Kommission: 7. Forschungsrahmenprogramm SEC (2005) 119

⁷ Vgl. IP/04/892 vom 13. Juli 2004

⁸ Vgl. Europäischer Rat: (2000 Nr. 5ff)

⁹ Europäischer Rat (Cardiff) 15. und 16. Juni 1998

¹⁰ Europäischer Rat (Luxemburg) 12. und 13. Dezember 1997

¹¹ Europäischer Rat (Köln) 3. und 4. Juni 1999

Die Instrumente des Luxemburg-Prozesses, auf die für die Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie zurückgegriffen wird, sehen eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie vor, die sich wie die Lissabon-Strategie an mehreren komplementären Hauptzielen ausrichtet. Die Ziele sind Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität sowie sozialer Zusammenhalt und soziale Integration. Diese Ziele werden durch spezifische Leitlinien ergänzt und in nationale Aktionspläne umgesetzt. Der bei der bisherigen Umsetzung der Lissabon-Strategie nur unzureichend berücksichtigte makroökonomische Policy-mix ist Bestandteil des Köln-Prozesses, der die makroökonomische Koordinierung der Mitgliedsstaaten zum Ziel hat. Der Makroökonomische Dialog im Rahmen des Köln-Prozesses dient dem Informations- und Meinungsaustausch zwischen Europäischen Institutionen, der Europäischen Zentralbank für die Euro-Zone und den nationalen Zentralbanken für die Nicht-Euro-Länder sowie den auf europäischer Ebene organisierten Sozialpartnern. Der Köln-Prozess bietet günstige Voraussetzungen dafür, eine gezielte makroökonomische Koordinierung der verschiedenen Politiken vorzunehmen. Er hat aber weder zu einem Dialog noch zu einer ex-ante-Koordinierung der beteiligten Akteure geführt. Zur Lissabon-Strategie gehört auch die Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung aus ökologischer Sicht, aufgrund der Beschlüsse der EU-Gipfel in Göteborg (15. – 16. Juni 2001, SN 200/01) und in Barcelona (15. – 16. März 2002, SN 100/02) dazu. In Göteborg wurde die Lissabon-Strategie um eine Umweltdimension ergänzt und die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch gefordert.¹² In Barcelona wurde betont, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Erwägungen in den Entscheidungsprozessen die gleiche Beachtung finden müssen.¹³

Die Lissabon-Strategie stellt die Ziele der einzelnen Bereiche gleichrangig nebeneinander und setzt auf Synergieeffekte. Die Ziele werden mit unterschiedlichen Instrumenten umgesetzt, sollen aber gemeinsam zum sich gegenseitig bedingenden Gesamtziel beitragen. Die Vollendung des Binnenmarktes und die Beschäftigungsstrategie wurden in den vergangenen Jahren im Rahmen der Cardiff- und Luxemburg-Prozesse, durch Strukturreformen und nationale Aktionspläne gefördert. Eine effiziente makroökonomische Koordinierung im Rahmen des Köln-

¹² Vgl. Europäischer Rat (Göteborg) 15. und 16. Juni 2001, Nr. 20 und 21

¹³ Vgl. Europäischer Rat (Barcelona) 15. und 16. März 2002, Nr. 9

Prozesses sowie eine effiziente Nutzung der Methode der offenen Koordinierung stehen bislang aus.

Daher werden die verschiedenen Gutachten zur Lissabon-Strategie auf ihre Aussagen bezüglich der empfohlenen makroökonomischen Handlungsalternativen analysiert. Dies gilt auch für die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zum Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates sowie die Ergebnisse des EU-Gipfels in Bezug auf ihre Aussagen zur makroökonomischen Politikneukoordinierung. Weiterhin wird in Kapitel 11 darauf eingegangen, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Teil der makroökonomischen Koordinierung auf die Lissabon-Strategie wirken kann.

4. Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie

Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie fällt nicht zufriedenstellend aus. Die meisten Zwischenziele wurden in den meisten Mitgliedsstaaten verfehlt. Dies betrifft insbesondere das angestrebte Wachstumsziel von 3 %, das seit dem Jahr 2000 in Europa nicht erreicht werden konnte. Auch die Investitionen in Forschung und Entwicklung erreichten das auf dem EU-Gipfel von Barcelona am 15. und 16. März 2002 (SN 100/1/02 REV) vorgegebene Ziel von Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % des BIP nicht. Weiterhin hat sich die Arbeitslosigkeit in ganz Europa erhöht.¹⁴ Es sieht nicht danach aus, dass die Ziele der Lissabon-Strategie im Jahr 2010 erreicht werden können. Auf dem Weg zur Halbzeitbilanz wurden von der Europäischen Kommission mehrere Gutachten in Auftrag gegeben. Dem Europäischen Rat wurden von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Vorschläge zur Veränderung der Lissabon-Strategie unterbreitet.

4.1. Die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 zur Halbzeitbilanz von Lissabon

Der Europäische Rat vom 22. und 23. März 2005 in Brüssel führt die schlechte wirtschaftliche Verfassung der europäischen Volkswirtschaften darauf zurück, dass

¹⁴ Soweit in diesem Gutachten bei Zahlen und Datenmaterial nicht explizit auf die Quelle verwiesen wird, stammen diese vom Eurostat Internetportal, das über die Adresse: <http://epp.eurostat.ec.eu.int> zu erreichen ist.

im Rahmen der Lissabon-Strategie viele Reformen auf nationaler Ebene verspätet beziehungsweise unvollständig durchgeführt wurden. Daher ist es nach Aussage des Rates wichtig, die Lissabon-Strategie mit einer Neuausrichtung auf Wachstum und Beschäftigung unverzüglich neu zu starten.¹⁵ Zur Förderung von Investitionen und für ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Arbeitnehmer fordert der Europäische Rat die Vollendung des Binnenmarktes in der Europäischen Union und einen günstigeren Regelungsrahmen für Unternehmen.¹⁶ Weiterhin wird die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes für Dienstleistungen betont und herausgestellt, „dass effizienten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in einer dynamischen Wirtschaft eine besondere Rolle zukommt“¹⁷. Die Ansicht des Europäischen Parlaments, dass ein wachstumsorientiertes nachhaltiges makroökonomisches Umfeld gewährleistet sein muss, wird vom Europäischen Rat in der Form nicht geteilt. Lediglich am Rande wird erwähnt, dass solide makroökonomische Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung sind.¹⁸ Die soliden makroökonomischen Rahmenbedingungen können nach Ansicht des Europäischen Rates durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) erreicht werden. Der Beschluss zur Neuausrichtung der Lissabon-Strategie des Europäischen Rates von 22. und 23. März 2005 enthält also keine makroökonomischen Elemente und entfernt damit Bestandteile der Lissabon-Strategie, die von Bedeutung sind. Sie sind in den ersten fünf Jahren nach Lissabon allerdings nicht umgesetzt worden.

4.2. Das Europäische Parlament zur Halbzeitbilanz von Lissabon

Im Entschließungsantrag zur Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie vom März 2005 bekennt sich das Europäische Parlament dazu, dass die Lissabon-Strategie in den nächsten fünf Jahren oberste Priorität für die EU sei und nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung als Ziele Priorität haben sollen, weil Wachstum und Beschäftigung die Grundlage für den sozialen und ökologischen Fortschritt bilden müssen. Die Vollendung des Binnenmarktes soll genauso angegangen werden wie die zur Erhaltung des europäischen Sozialmodells erforderlichen Reformen. Das Europäische Parlament fordert, dass ein wachstumsorientiertes, nachhaltiges makroökonomisches Umfeld gewährleistet

¹⁵ Vgl. Europäischer Rat: (2005, Nr. 4 und Nr. 5)

¹⁶ Vgl. Europäischer Rat: (2005, Nr. 20)

¹⁷ Siehe: Europäischer Rat: (2005, Nr. 22)

¹⁸ Vgl. Europäischer Rat: (2005, Nr. 7)

werden muss, um die Ziele der Lissabon-Strategie zu erreichen. Weiterhin soll sichergestellt werden, dass die Ausgaben für F+E auf 3 % des BIP erhöht werden, wovon 1 Prozentpunkt vom öffentlichen Sektor und 2 Prozentpunkte von der Privatwirtschaft finanziert werden müssen. Weiterhin wird die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen gefordert sowie eine verbesserte Zusammenarbeit von Europäischem Parlament, der Europäischen Kommission sowie den nationalen Parlamenten und Gebietskörperschaften angeregt. Diese verbesserte Zusammenarbeit soll zum Erfolg der Lissabon-Strategie beitragen.¹⁹

4.3. Die Europäische Kommission zur Halbzeitbilanz von Lissabon

In ihrer Mitteilung an die Frühjahrstagung des Europäischen Rates vom 02.02.2005 (KOM (2005) 24) empfiehlt die Europäische Kommission, von der Gleichrangigkeit der Ziele der Lissabon-Strategie abzuweichen. Stattdessen soll die Priorität auf mehr Wachstum durch Wissen und Innovationen sowie mehr und bessere Arbeitsplätze gelegt werden.²⁰ Die Europäische Kommission verändert damit die Lissabon-Strategie insbesondere dahingehend, dass die Ausgewogenheit verringert wird und das Gleichgewicht des Policy-mix in Frage gestellt wird, während insbesondere die Binnenmarktvollendung ins Zentrum gestellt wird.

Die Vorschläge der Kommission zur Erreichung dieser reduzierten Ziele setzen auf mehreren Ebenen an. Durch feste Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten, die mit einem Zeitplan und Fortschrittsindikatoren hinterlegt sind, und Benchmarking soll erreicht werden, dass sich die Fortschritte in den Mitgliedsstaaten beschleunigen und überprüfbar werden. Weiterhin soll durch die Erweiterung und Vertiefung des Binnenmarktes, dazu zählen der Abbau von Regulierungen und die Harmonisierung von Vorschriften, die Investitionsbereitschaft erhöht werden.²¹ Zudem soll der Wettbewerb verbessert werden, indem Wettbewerbshindernisse abgebaut werden und staatliche Beihilfen reduziert werden.²² Im Bereich Forschung und Entwicklung soll weiter am Ziel von Investitionen in Höhe von 3 % des BIP festgehalten werden. Für die Erreichung dieses Ziels sind laut Kommission „wirksamere Leistungen der öffentlichen Hand, günstigere Rahmenbedingungen und starke Anreize für Unternehmen, in Innovation und F+E einzusteigen, sowie gut ausgebildete und

¹⁹ Vgl. Europäisches Parlament: (2005, S. 9f.) PE 349.162

²⁰ Vgl. Europäische Kommission: (2005, S. 15) (KOM (2005) 24) vom 02.02.2005

²¹ Vgl. Europäische Kommission: (2005, S. 17ff)

²² Vgl. Europäische Kommission: (2005, S. 20)

motivierte Forscher²³ notwendig. Abgesehen von verbesserten steuerlichen Bedingungen für F+E und dem wiederholten Appell an die Mobilisierung von Unternehmensinvestitionen, wird lediglich vorgeschlagen, dass die Mitgliedsstaaten in nationalen Lissabon-Programmen und über nationale Lissabon-Beauftragte festlegen sollten, wie sie dem Ziel näher kommen wollen.²⁴ Konkrete Vorschläge zur Zielerreichung sind nicht vorhanden. Die konkrete Umsetzung der Lissabon-Strategie wird von der europäischen Ebene, auf der die Koordinierung stattfindet, stärker auf die nationale Ebene verlagert.

Mit Ausnahme von den Vorschlägen zur strafferen Umsetzung und Organisation, der Überwachung der Maßnahmen, der Förderung von Wachstum durch die Förderung von Investitionen in Wissen und Innovation sowie durch das verbesserte Funktionieren des Binnenmarktes enthalten die Empfehlungen der Europäischen Kommission keine Vorschläge zur makroökonomischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Lediglich am Rande wird angesprochen, dass stabile makroökonomische Verhältnisse von zentraler Bedeutung für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sind. Darunter wird die Reform des SWP verstanden.²⁵

Bei den Vorschlägen der Europäischen Kommission die dem Europäischen Rat in Brüssel am 22. und 23. März 2005 vorgelegt wurden, wurde die makroökonomische Koordinierung nur wenig beachtet, die in der Lissabon-Strategie an zentraler Stelle vorgesehen war. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung wird an unvollständig umgesetzten Strukturreformen festgemacht. Die Tatsache, dass die makroökonomischen Instrumente der Lissabon-Strategie nicht angewendet wurden, hat die Europäische Kommission bei ihren Empfehlungen nicht berücksichtigt. Die Vorschläge zur Makroökonomie waren die SWP-Reformvorschläge.

4.4. Der „Sapir“-Bericht und die makroökonomische Koordinierung

Der „Sapir“-Bericht befasst sich mit den drei Pfeilern des ökonomischen Systems der Europäischen Union. Dies sind der Europäische Binnenmarkt und die komplementären mikroökonomischen Politiken, die makroökonomischen Politiken und der EU-Haushalt.²⁶ Dem Gutachten zufolge besteht der Unterschied zwischen

²³ Siehe Europäische Kommission: (2005, S. 23)

²⁴ Vgl. Europäische Kommission: (2005, S. 23)

²⁵ Vgl. Europäische Kommission: (2005, S. 4)

²⁶ Vgl. Sapir-Bericht: (2003, S. 1)

makroökonomischer und mikroökonomischer Herangehensweise in der Wirtschaftspolitik darin, dass makroökonomisches Management in einem stabilen und nichtinflationären Umfeld direkt zu einer aggregierten Nachfrage führen kann, während sich das mikroökonomische Management mit der Beseitigung beziehungsweise Verringerung von Marktunvollkommenheiten und Beschränkungen auf den Märkten beschäftigt.²⁷ Hierzu zählen beispielsweise Monopolstellungen oder Markteintrittsbarrieren, zu denen bürokratische Hindernisse zählen können.

Im Zusammenhang mit dem Europäischen Binnenmarkt wird im Sapir-Report eine Verbesserung der Dynamik empfohlen. Dies soll über die Koordinierung von Regulierungs- und Wettbewerbspolitiken erfolgen und dazu führen, dass der Markteintritt für die Unternehmen erleichtert und die Arbeitsmobilität erhöht werden. Zum Beispiel durch die Reduzierung von Sprachbarrieren und die verbesserte Anerkennung von Qualifikationen.²⁸

Um Europa in Richtung einer Wissensgesellschaft weiterzuentwickeln, sollen die Ausgaben der Mitgliedsstaaten und der EU für Forschung und Entwicklung sowie Weiterbildung substantiell erhöht werden. Weiterhin wird der Aufbau eines unabhängigen Instituts (European Agency for Science and Research) vorgeschlagen, dass nach dem Modell der US National Science Foundation organisiert werden soll. Um die privaten Forschungsinvestitionen zu steigern, empfiehlt der Sapir-Bericht insbesondere für kleine Firmen und Neugründungen Steuererleichterungen, sofern Investitionen in F+E getätigt werden.²⁹

Die Stellungnahmen zur makroökonomischen Politik im Sapir-Bericht enthalten überwiegend Empfehlungen zur Durchführung und Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Nach diesen Empfehlungen sollen die Regeln des SWP dafür sorgen, dass das Verhalten der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Fiskalpolitik über den Konjunkturzyklus hinweg symmetrisch abläuft, während gleichzeitig ein prozyklisches Verhalten der Fiskalpolitik verhindert wird. Dafür soll die 3 %-Obergrenze des SWP beibehalten und die Richtlinie eines möglichst ausgeglichenen beziehungsweise positiven Finanzierungssaldos beibehalten werden. Die Überwachung der Fiskalpolitik soll demnach verschärft werden, um insbesondere in

²⁷ Vgl. Sapir-Bericht: (2003, S. 29)

²⁸ Vgl. Sapir-Bericht: (2003, S. 131f.)

²⁹ Vgl. Sapir-Bericht: (2003, S. 134)

konjunkturell guten Zeiten eine zu expansive Fiskalpolitik rechtzeitig zu entdecken und angemessene Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.³⁰ Vorschläge zur Verbesserung der makroökonomischen Koordinierung als wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeit gibt es im „Sapir“-Bericht allerdings nicht.

4.5. Der „Kok“-Bericht und die makroökonomische Koordinierung

Die unabhängige Sachverständigengruppe um Wim Kok wurde 2004 mit der Aufgabe betraut, zur Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie beizutragen. Bei der Bewertung der Lissabon-Strategie im „Kok“-Bericht und der Bewertung der Politiken, die im Rahmen der Lissabon-Strategie nur unzureichend umgesetzt wurden, hat sich der „Kok“-Bericht mit makroökonomischer Koordinierung nicht befasst, obwohl sie ein elementarer Bestandteil der Lissabon-Strategie ist.

Nach Aussagen des „Kok“-Berichts sind die anhaltenden Strukturschwächen sowie ein niedriges Wachstum von privater und öffentlicher Nachfrage für den schwachen Aufschwung in Europa verantwortlich. Auch hätten die automatischen Stabilisatoren nicht ausgereicht, um den Konjunkturabschwung auszugleichen.³¹ Zur Erklärung der nicht vorhandenen Wachstumsimpulse dient die nicht ausreichende Konsolidierung der Haushalte vor der Abschwungphase, so dass die makroökonomische Politik in den Grenzen des SWP nicht wachstumsfördernd wirken konnte.³²

Der „Kok“-Bericht setzt voll auf Strukturreformen wie zum Beispiel auf Maßnahmen zur Verwirklichung der Wissensgesellschaft, auf die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie auf die Umsetzung des Binnenmarktes. Weiterhin werden Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zum Aufbau eines Arbeitsmarktes empfohlen, der eine stärkere soziale Kohäsion fördern soll. Zudem setzt er auf die Zusammenarbeit für eine nachhaltige ökologische Zukunft. Auf den von der Lissabon-Strategie geforderten makroökonomischen Policy-mix wird im „Kok“-Bericht hingegen nicht eingegangen. Er wird sowohl als eigenständiges Instrument ignoriert als auch als Instrument zur Umsetzung der Lissabon-Ziele. Es werden keine Empfehlungen für eine bessere und ausgewogenere makroökonomisch abgestimmte Politik ausgesprochen. Auch in

³⁰ Vgl. Sapir-Bericht: (2003, S. 144)

³¹ Vgl. Kok-Bericht: (2004, S. 11f.)

³² Vgl. Kok-Bericht: (2004, S. 12)

Bezug auf die im „Kok“-Bericht festgestellten niedrigen Wachstumsraten von öffentlicher und privater Nachfrage gibt es keine Handlungsempfehlungen.

5. Die Bedeutung makroökonomischer Faktoren für Wachstum und Beschäftigung

Für die Europäische Union und ihre Zukunftsfähigkeit geht es um die Frage, wie ein nachhaltiges Wachstum auf hohem Niveau geschaffen werden kann. Dazu kann die Belebung der Binnennachfrage beitragen, die aus steigenden Investitionen und steigendem privatem Konsum besteht. Deswegen wird auf die Einflussmöglichkeiten von Investitionen, Binnennachfrage sowie Geld- und Fiskalpolitik eingegangen. Die Bedeutung der Binnennachfrage ist auch daran zu erkennen, dass von der Wertschöpfung in der EU-15 lediglich 40 % nach außerhalb der EU-15 exportiert werden, während 60 % der Wertschöpfung auf die Binnennachfrage und somit inländische Investitionen sowie privaten und staatlichen Konsum entfallen.

Zur Verdeutlichung der Zusammenhänge von Wachstum und Wachstumsfaktoren werden weiterhin die Wachstumsfaktoren dargestellt, die in den meisten Wachstumstheorien von Bedeutung sind. Diese Wachstumsfaktoren, die zur Generierung von Wachstum und Beschäftigung führen und für die Bearbeitung der gesetzten Fragestellung von Bedeutung sind, ähneln sich in der Betrachtung der verschiedenen Theorierichtungen. Daher wird exemplarisch zum einen auf das stärker keynsianisch orientierte Phillips-Modell und zum anderen auf die neoklassische Wachstumstheorie verwiesen. Weiterhin erfolgt eine Darstellung von weiteren möglichen Wachstumsfaktoren sowie weiterer gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge.

5.1. Die Vergessene Makroökonomie – Investitionen, Binnennachfrage, Geld- und Fiskalpolitik

Durch Strukturreformen soll in Europa Wachstum geschaffen werden. Die makroökonomischen Aspekte werden allerdings wenig beachtet, zu denen Investitionen, die Binnennachfrage sowie die Geld- und Fiskalpolitik gehören. Diese stellen jedoch, wie im Folgenden Abschnitt dargestellt wird, einen wichtigen Beitrag für nachhaltiges Wachstum dar. Strukturreformen allein generieren keine nachhaltigen Wachstumsimpulse. Zwar kann durch den Abbau von Marktbarrieren

eine Ausweitung der Produktion erfolgen, sobald dieses höhere Niveau aber erreicht ist, verblasen die Wachstumsimpulse.³³ Diese Effekte, die bei Strukturreformen lediglich vorübergehend zu beobachten sind, treten bei einer nachhaltigen und koordinierten Geld- und Fiskalpolitik, die Investitionen und Binnennachfrage fördert in dieser Form nicht auf, da zusätzliche Nachfrage geschaffen wird. Stattdessen besteht die Möglichkeit ein nachhaltig höheres Wachstum zu schaffen, da die makroökonomische Koordinierung im Gegensatz zu unkoordinierten Politiken Einfluss auf die Entwicklung ausüben kann.

5.2. Die Einflussfaktoren auf das Wachstum

³³ Vgl. Badinger, H.: (2003, S. 218)

Im Wachstums- und Konjunkturmodell von Phillips wird die gleichgewichtige Wachstumsrate neben dem Verhältnis von Sparquote und Kapitalkoeffizient durch den Teil der Wachstumsrate des Geldmengenwachstums bestimmt, mit dem diese den Produktionskostenanstieg übersteigt. Die gleichgewichtige Wachstumsrate übersteigt das Verhältnis s/β wenn das Geldmengenwachstum größer als der Produktionskostenanstieg ist, weil in diesem Fall der Auslastungsgrad größer als 1 ist. Dies führt dazu, dass mit dem gleichen Kapitalbestand ein größeres Sozialprodukt erstellt wird. Die Geldmengenexpansion wäre dabei umso wachstumsförderlicher, je geringer die Reaktion der Güterpreise auf das Wachstum ist. Gemäß den Bedingungen des Phillips-Modells wäre dann ein inflationsfreies Wachstum möglich, wenn die Produktionskosten langsamer als die gleichgewichtige Wachstumsrate wachsen.³⁴ Die entscheidenden Faktoren für die Höhe des Wachstums sind nach dem Phillips-Modell in der Entwicklung der Sparquote und der Investitionen im Verhältnis zum Output zu sehen. Weitere Einflussfaktoren sind in den Wechselwirkungen von Wirtschaftswachstum und der sich daraus ergebenden Inflationswirkung sowie dem Wachstum der Geldmenge zu finden. Von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum ist jedoch das Verhältnis der Investitionen zum Output. Ein höheres Wirtschaftswachstum ist zu erreichen, wenn der Kapitalkoeffizient sinkt. Das bedeutet, dass eine konstante Menge an Investitionen zu einer größeren Erhöhung des Outputs führt. Dies ist durch technischen Fortschritt und modernere Produktionstechniken zu erreichen, die eine höhere Arbeitsproduktivität ermöglichen. Für ein höheres Wirtschaftswachstum müssten also zum einen die Innovationstätigkeit und zum anderen die Investitionstätigkeit gefördert werden.

Die neoklassische Wachstumstheorie hat einen so genannten Potenzialansatz, weil das Wachstum als das Anwachsen des Produktionspotentials aufgrund von Investitionen angesehen wird.³⁵ Gemäß der Wohlfahrtstheorie sollten sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungen am Nutzen der Haushalte orientieren. Direkter Nutzen wird jedoch weder vom Output noch von den Investitionen erzeugt. Das Nutzenniveau der Haushalte wird mikroökonomisch bestimmt und ergibt sich für die Haushalte vor allem über den Konsum. Die wohlfahrtsoptimale Zielsetzung im Rahmen des neoklassischen Wachstumsmodells stellt somit der größtmögliche

³⁴ Vgl. Kromphardt, J.: (1993, S. 142)

³⁵ Vgl. Kromphardt, J.: (1993, S. 204)

Konsum im Wachstumsgleichgewicht dar.³⁶ Die gleichgewichtige Wachstumsrate wird in der neoklassischen Wachstumstheorie lediglich von den Faktoren der Wachstumsrate des Arbeitseinsatzes sowie der Rate des technischen Fortschritts bestimmt und durch die Produktionselastizitäten von Arbeit und Kapital beeinflusst. Für das Wachstumstempo auf dem Gleichgewichtspfad spielen entgegen dem Phillips-Modell sowohl die Spar- als auch die Investitionsquote keine Rolle.³⁷ Ein höheres Wirtschaftswachstum ist deswegen durch eine Erhöhung der Beschäftigung sowie eine Förderung von Innovationen zu erreichen.

Die Fragestellung, welche Faktoren die ökonomische Dynamik des Wachstumsprozesses stimulieren, beschäftigte auch den Hochrangigen Rat für Wirtschaftsanalyse der Europäischen Kommission. Das Gutachten benennt den technischen Fortschritt und die durch ihn bedingten neuen Produkte, neuen Produktionsprozesse sowie Verbesserungen in der Organisation. Weiterhin wird die Investition in Humankapital und Bildung als wichtigste Wachstumsdeterminante in der Informationsgesellschaft angesehen. Neben Investitionen wird die Beseitigung von Ineffizienzen und institutionellen Hindernissen herausgestellt, die das Produktionspotential reduzieren wie beispielsweise die fehlende Flexibilität der Arbeitsmärkte. Für die Entwicklung einer Wachstumsstrategie ist die Frage von vorrangigem Interesse, wie die Faktoren des technischen Fortschritts und der Humankapitalbildung stimuliert werden können.³⁸ Unter der Voraussetzung, dass diese Annahmen stimmen, sind eine gezielte Bildungs- und Innovationsförderung sowie die Deregulierung von Märkten, Instrumente um ein höheres Wachstum zu erzielen, da dadurch eine Erhöhung des technischen Fortschritts und der Flexibilität der Märkte erreicht werden.

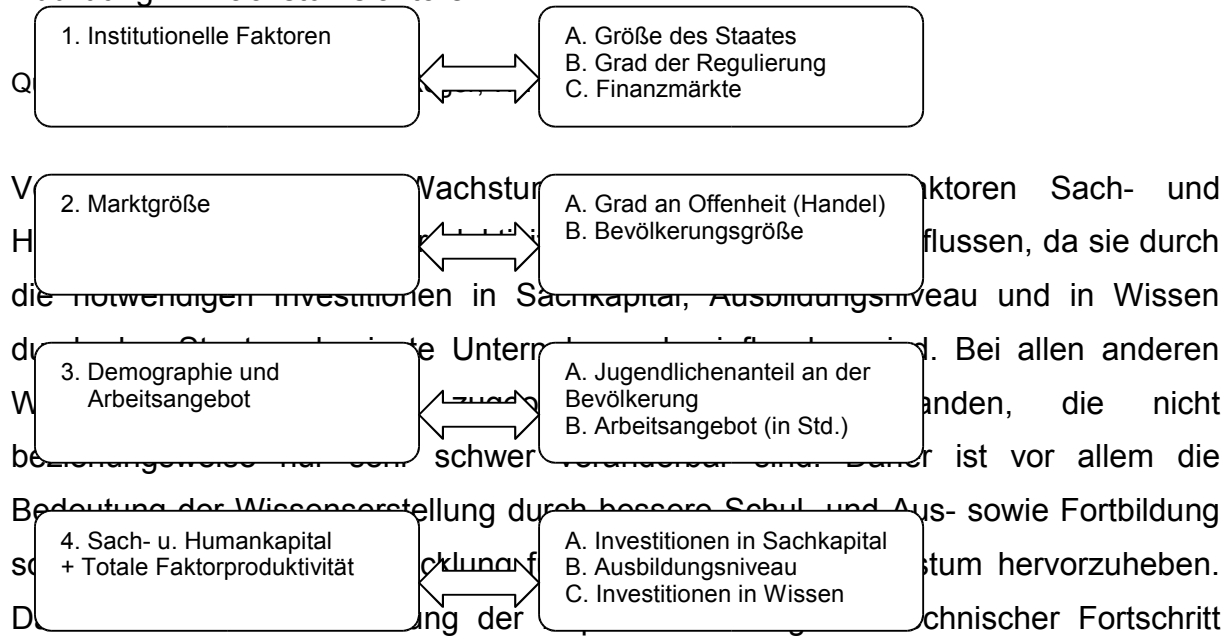
Grundsätzlich können Wachstumsfaktoren in verschiedene Faktorenarten unterschieden werden. Dazu gehören zum einen institutionelle Faktoren wie Marktgröße sowie Demographie und Arbeitsangebot, aber auch Sach- und Humankapital sowie die Faktorproduktivität, die sich aus den bereits angesprochenen Investitionen in Sachkapital sowie Bildung und Forschung ergibt.

³⁶ Vgl. Bretschger, L.: (2004, S. 36f.)

³⁷ Vgl. Kromphardt, J.: (1993, S. 208f.)

³⁸ Vgl. Siebert, H.: (2003, S. 42)

Abbildung 1: Wachstumsfaktoren



notwendig.³⁹ Neben diesen Faktoren gibt es noch weitere Einflussfaktoren auf das Wachstum, die sowohl negativ als auch positiv wirken können.

Die in der Lissabon-Strategie vorgeschlagenen Maßnahmen und Ziele sollen zu einer durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsrate von 3 % führen.⁴⁰ Es gibt allerdings im Bereich der europäischen Institutionen einige Restriktionen, die für das Wachstumsziel zumindest nicht förderlich sind. Die Restriktionen ergeben sich zum einen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), demzufolge die jährliche Verschuldungsquote maximal 3 % beziehungsweise die kumulierte Verschuldung maximal 60 % des BIP betragen darf. Diese maximalen Verschuldungsquoten könnten dazu führen, dass nachfragepolitische Instrumente der Fiskalpolitik unter Umständen nicht mehr genutzt werden können beziehungsweise Investitionen in den Sektoren Bildung und Forschung nicht ausreichend gesteigert werden.

Ein weiterer Wachstumsimpuls geht in Europa von der EU-Osterweiterung aus. Dieser kann allerdings in den Überlegungen vernachlässigt werden, da der

³⁹ Vgl. Denis, C.; McMorrow, K.; Röger, W.: (2004, S. 39f.)

⁴⁰ Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000 Nr. 6

zusätzliche Wachstumsbeitrag im EU-Maßstab nur sehr marginal ist. Der Beitrag der EU-Osterweiterung wird Prognosen zufolge zu einer durchschnittlichen zusätzlichen Erhöhung des BIP in den EU-15 in den ersten sechs Jahren nach der Erweiterung von jährlich ungefähr 0,1 Prozentpunkten beitragen.⁴¹

5.3. Das Wachstum, die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit

Neben dem technischen Fortschritt hat auch eine staatliche makroökonomisch orientierte Politik Einfluss auf das Wachstum sowie auf die Beschäftigung. Dieser Einfluss ergibt sich zum einen aus den nachfragewirksamen Effekten die eine makroökonomisch orientierte Politik zur Folge hat. Zum anderen reduziert eine makroökonomische Politik beziehungsweise Politikkoordination, dass Fehlverhalten einzelner wirtschaftspolitischer Akteure und reduziert dadurch negative gesamtwirtschaftliche Effekte die von diesen einzelwirtschaftlich unter Umständen sinnvollen Verhaltensweisen ausgehen. Zur Verdeutlichung wie unterschiedliche Wirtschaftspolitiken wirken, werden mehrere auch in der Lissabon-Strategie verwendete Indikatoren für unterschiedliche Staaten verglichen, um daraus Rückschlüsse über verwendete Wirtschaftspolitiken und deren Effizienz sowie die Auswirkungen auf die Beschäftigung zu ziehen. Dabei werden drei Phasen unterschieden; die Phase für die Jahre 1993 bis 1998, in die die Integration des Europäischen Binnenmarkts fällt. Die zweite Phase von 1998 bis 2001, in der in Europa aufgrund hoher Wachstumsraten eine Aufbruchstimmung herrschte und die Lissabon-Strategie beschlossen wurde, sowie die dritte Phase von 2001 an, in die die weltweite schwere Wirtschaftskrise fällt, aber auch die wirtschaftliche Erholung in einigen europäischen Staaten sowie in den USA.

Bei den im Vergleich verwendeten Indikatoren handelt es sich um gesamtwirtschaftliche Indikatoren. Es werden die Wachstumsrate des BIP, das Staatsdefizit und die Arbeitslosenquote in verschiedenen Staaten betrachtet, um daraus Rückschlüsse auf die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungswirkungen zu ziehen. Bei der Betrachtung der realen Wachstumsrate des BIP in Tabelle 1 fällt auf, dass das in der Lissabon-Strategie angestrebte Ziel von 3 % auf europäischer Ebene in den EU-15 lediglich in der zweiten Phase im Jahr 2000 übertroffen werden konnte und nur in den beiden Vorjahren mit 2,9 % Wirtschaftswachstum fast erreicht wurde.

⁴¹ Vgl. Breuss, F.: (2005a, S.154ff)

Diese Phase zeichnete sich durch eine überdurchschnittlich gute Konjunkturlage in Verbindung mit der Verbreitung von IKT-Technologien und dem Aktienhype aus. Weiterhin ist ein großes Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft - insbesondere in Deutschland - zu erkennen. Dies zeigt sich sehr deutlich an der in den Jahren 1999 und 2000 auf unter 10 % gesunkene Sparquote und der entsprechend gestiegenen Konsumquote. In der ersten Phase nach der Realisierung der Strukturreformen mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes konnte kein vergleichbares Wachstum erzielt werden, obwohl in dieser Zeit die Wachstumseffekte aufgrund dieser Strukturreform am größten gewesen sein müssten. Auf europäischer Ebene konnte das angestrebte Wachstum seit dem Jahr 2000 ebenfalls nicht erreicht werden.

Tabelle 1: Reale Wachstumsrate des BIP

Reale Wachstumsrate des BIP - (1995 = 100) - Veränderung in % des Vorjahres

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Land														
EU – 25	:	:	:	:	:	1,7	2,6	2,9	2,9	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3
EU – 15	:	1,3	-0,5	2,8	2,4	1,6	2,5	2,9	2,9	3,6	1,7	1,0	0,8	2,2
Deutschland	:	2,2	-1,1	2,3	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,1	-0,1	1,6
Schweden	-1,1	-1,2	-2,0	4,2	4,1	1,3	2,4	3,6	4,6	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5
Großbritannien	-1,4	0,2	2,3	4,4	2,9	2,8	3,3	3,1	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1
USA	-0,2	3,3	2,7	4,0	2,5	3,7	4,5	4,2	4,4	3,7	0,8	1,9	3,0	4,4

Quelle: Eurostat

Der weltweite Konjunkturreinbruch 2001, die Ölkrise, die daraufhin steigenden Ölpreise und die Abhängigkeit Europas von Öl sowie der externe Schock, der durch die Anschläge vom 11. September 2001 verursacht wurde, können als Ursache dafür angesehen werden, dass das Wachstum in Europa im Jahr 2001 und den folgenden Jahren so schwach ausgefallen ist. Lediglich die USA haben im Jahr 2003 ein Wirtschaftswachstum von 3 % erreicht. Es lag über dreimal höher als das Wachstum der EU-15. Bei der Betrachtung der Werte für 2004 fällt auf, dass die USA ein im Vergleich zu den Staaten der EU-15 doppelt so hohes Wirtschaftswachstum erzielen konnten. Der Wachstumsunterschied beträgt aber wie im Jahr 2003 2,2 Prozentpunkte. Ein mit den USA annähernd vergleichbares Wachstum kann in Europa nur in Schweden, Finnland und Großbritannien erzielt werden. Weiterhin konnten Irland und Griechenland ein hohes Wirtschaftswachstum erreichen.

Es ist schwierig, Wachstumsschwächen zu bewerten. Ein Staat, der mehrere Jahre unterhalb seines Wachstumspotenzials wächst, steht vor größeren wirtschaftlichen Problemen als ein Staat, der nach mehreren Wachstumsjahren oberhalb seines Potentials lediglich in einem Jahr ein negatives Wachstum aufweist.⁴² Ein Beispiel dafür ist Schweden. Anfang der neunziger Jahre hatte Schweden kurzzeitig große Wachstumsprobleme, konnte diese aber nach kurzer Zeit wieder überwinden und wies sowohl vor als auch nach der Schwächephase ein gutes Wirtschaftswachstum auf. Auffällig ist, dass Schweden im Jahr 1993 ein Staatsdefizit von über 10 % des BIP aufgewiesen hat. Dieses wurde in den Folgejahren zurückgefahren, so dass seit 1998 ein Überschuss erwirtschaftet wird. Deutschland wächst abgesehen vom Jahr 2000 tendenziell unter seinem Wachstumspotential und hat seit dem Jahr 1992 geringe Wachstumsraten, die in den meisten Fällen bei 2 % Wachstum des BIP oder darunter lagen. Die USA konnten abgesehen von den Jahren 2001 und 2002 ein Wachstum von 2,5 % und mehr erzielen.

Es stellt sich daher auch die Frage, warum Europa den Konjunkturunbruch nicht wie die USA innerhalb von zwei Jahren überwinden konnte, obwohl mit dem Europäischen Binnenmarkt bereits eine bedeutende Strukturreform durchgeführt wurde und ob Europa unter einer grundlegenden Wachstumsschwäche leidet sowie wo deren Ursachen zu finden sind. Die Gründe sind insbesondere in der fehlenden makroökonomischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Europa zu sehen. So wurde schon im Jahr 1993 wurde im Weißbuch der Europäischen Kommission (COM (93) 700, 05.12.1993) darauf hingewiesen, dass Strukturreformen die Effektivität von makroökonomischen Politiken und makroökonomischer Politikkoordinierung erhöhen, indem sie Barrieren und Marktfehler beseitigen, welche die Effektivität vermindern könnten. Dieser Ansatz wurde in der Lissabon-Strategie aufgegriffen aber nur mangelhaft umgesetzt, da die makroökonomische Politikkoordinierung, die von den Strukturreformen unterstützt werden müsste, ausgeblieben ist.

Die Wachstumsschwäche in Europa wird häufig an der Schwäche der Binnennachfrage festgemacht, die durch Strukturreformen nicht direkt erhöht werden kann. Eine Stabilisierung der Binnennachfrage kann durch Maßnahmen der staatlichen Förderung von Investitionen und Konsum sowie durch die automatischen Stabilisatoren wie Transferzahlungen erfolgen. Derartige Maßnahmen würden sich

⁴² Vgl. European Trade Union Confederation: (2005, S. 7)

wahrscheinlich in der Höhe des Staatsdefizits bemerkbar machen. Daher wird im nächsten Schritt betrachtet, wie das Staatsdefizit in verschiedenen europäischen Staaten sowie in den USA auf den Rückgang des Wirtschaftswachstums reagiert hat und ob in Folge erhöhter Staatsausgaben die sich im erhöhten Staatsdefizit bemerkbar machen eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums zu beobachten ist. Dies würde dafür sprechen, dass durch eine Erhöhung der Staatsausgaben einer Wachstumsschwäche durch nachfragestabilisierende Maßnahmen entgegengetreten werden könnte und dass derartige makroökonomische Politiken angewendet wurden.

Beim Vergleich des Wirtschaftswachstums in Tabelle 1 und des Finanzierungssaldos in Tabelle 2 fällt auf, dass Großbritannien auf den Rückgang des Wirtschaftswachstums im Jahr 2002 mit einer Erhöhung der Staatsausgaben antwortete. Im Jahr 2003 wurden die Staatsausgaben weiter erhöht, das Wachstum begann sich zu erholen. Eine ähnliche Entwicklung ist in den USA und in Schweden zu beobachten.

Tabelle 2: Öffentlicher Finanzierungssaldo

Öffentlicher Finanzierungssaldo - Nettofinanzierungssaldo des Staates in % des BIP

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Land														
EU – 25	:	:	:	:	:	:	:	-1,7	-0,8	0,8	-1,2	-2,3	-2,8	:
EU – 15	:	:	:	:	:	-4,2	-2,4	-1,6	-0,7	1,0	-1,1	-2,1	-2,7	:
Deutschland	-3,0	-2,5	-3,1	-2,4	-3,3	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	1,3	-2,8	-3,7	-3,8	:
Schweden	:	:	-11,6	-9,3	-7,0	-2,7	-0,9	1,8	2,5	5,1	2,8	0,0	0,3	:
Großbritannien	-2,8	-6,5	-8,0	-6,8	-5,7	-4,3	-2,0	0,2	1,0	3,8	0,7	-1,7	-3,3	:
USA	-4,9	-5,8	-4,9	-3,6	-3,1	-2,2	-0,8	0,4	0,9	1,6	-0,2	-3,3	-4,7	:

Quelle: Eurostat

Im Jahr 2001 ging das Wirtschaftswachstum in den USA im Vergleich zum Vorjahr stark zurück, während gleichzeitig die Staatsausgaben erhöht wurden. In den Folgejahren konnte sich das Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig fortgesetzter Erhöhung des Finanzierungssaldos weiter erholen. In Schweden gab es die gleiche Entwicklung wie in den USA. Mit dem Rückgang des Wirtschaftswachstum 2001 hat sich der Finanzierungssaldo deutlich verschlechtert. In den Folgejahren konnte sich bei weiterhin erhöhten Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum erholen. Ein Unterschied ist allerdings zu erkennen. Schweden erreichte im Jahr 2000 einen sehr hohen Überschuss im Finanzierungssaldo des Staatshaushalts und musste während

der schwachen Wachstumsphase keinen negativen Finanzierungssaldo wie die USA hinnehmen. Weiterhin ist in Dänemark zu beobachten, dass nach dem Rückgang des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2001 und 2002 das Staatsdefizit im Jahr 2002 deutlich ausgeweitet wurde. In der Folge erholte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 auf 2,4 %. Auch in Deutschland ist im Jahr 2001 auch ein Wachstumsrückgang zu erkennen, der mit einer Erhöhung des Staatsdefizits einhergeht. Allerdings ist in Deutschland auch in den Jahren zuvor eine Neuverschuldungsquote zu erkennen, die abgesehen von 1999 immer über 2 % lag. Weiterhin wurde das Staatsdefizit im Vergleich zu Schweden, Großbritannien und den USA vom Jahr 2000 zum Jahr 2001 weitaus geringer erhöht, wenn berücksichtigt wird, dass der Haushaltsüberschuss in Deutschland im Jahr 2000 im Gegensatz zu den anderen Staaten eine Abweichung darstellt.

Bei der Betrachtung der Indikatoren von EU-15, Deutschland und den USA im Beobachtungszeitraum fällt auf, dass die USA als einziges Land regelmäßig eine Wachstumsrate von drei Prozent erreicht haben. Gleichzeitig überschreiten die USA die für die europäischen Staaten im Vertrag von Maastricht festgelegte Neuverschuldungsgrenze sehr häufig. Allerdings nutzten Deutschland und die USA die Neuverschuldungsquote unterschiedlich, obwohl trotz des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Deutschland 2004 ein Staatsdefizit von 3,9 % verzeichnete und damit ähnliche Ausmaße wie in den USA erreichte. So wurde dieses Defizit in den USA durch „deficit spending“ gezielt hervorgerufen und als Konjunkturimpuls genutzt, während es in Deutschland erlitten wurde und keine positiven Impulse auf die Konjunktur aussenden konnte.⁴³ US-amerikanische Erfahrungen zeigen, dass Strukturreformen und makroökonomische Wirtschaftspolitik komplementär eingesetzt werden sollten. Dies zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der letzten Jahre, in denen durch gezielte geld- und fiskalpolitische Maßnahmen ein hohes Wirtschaftswachstum hervorgerufen werden konnte. Daher wird auch von europäischen Wirtschaftswissenschaftlern empfohlen, die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts dafür zu nutzen, einen Beitrag zum europäischen Wachstum zu leisten.⁴⁴

Für das Wachstum ist die Beschäftigung von Bedeutung, weil eine höhere Beschäftigung beziehungsweise eine niedrigere Arbeitslosigkeit zum einen aufgrund

⁴³ Vgl. Schulmeister, St.: (2004, S. 10)

⁴⁴ Vgl. Pisani-Ferry, J.: (2004, S. 2f.)

der psychologischen Auswirkungen zu weniger Verunsicherung in der Bevölkerung führt und zum anderen eine stabilere Entwicklung der Binnennachfrage zur Folge hat. Um die Auswirkungen der verschiedenen Wirtschaftspolitiken auf die Beschäftigung beurteilen zu können, werden die Arbeitslosenquoten der betrachteten Staaten verglichen.

Tabelle 3: Harmonisierte Arbeitslosenquoten – insgesamt –

Harmonisierte Arbeitslosenquoten - insgesamt -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	9,5	9,1	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0
EU-15	:	8,4	10	10,4	10	10,1	9,8	9,3	8,5	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0
Deutschland	:	6,4	7,7	8,3	8,0	8,5	9,1	8,8	7,9	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5
Schweden	3,1	5,6	9,1	9,4	8,8	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3
Großbritannien	8,6	9,8	10	9,3	8,5	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7
USA	6,7	7,4	6,8	6,1	5,6	5,4	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5

Quelle: Eurostat

Nach dem Rückgang des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 konnten die Wachstumsraten in den USA und in Großbritannien am schnellsten wieder erhöht werden. Dies spiegelt sich auch in den Arbeitslosenquoten wider. In Großbritannien ist die Arbeitslosenquote mit Ausnahme einer leichten Gegenbewegung im Jahr 2002 seit 1993 kontinuierlich zurückgegangen. In den USA konnte die Arbeitslosigkeit nach dem ansteigen im Jahr 2001 erst im Jahr 2004 wieder verringert werden. In Schweden hat sich die Arbeitslosigkeit nach dem leichten Anstieg 2003 noch nicht wieder verringert. Gegenüber dem Jahr 2001 hat sich die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2004 um 1,4 Prozentpunkte erhöht. Sie befindet sich mit 6,3 % noch weit unter dem Durchschnitt der EU-15 beziehungsweise der EU-25 in Höhe von 8 % beziehungsweise 9 %. In Deutschland ist ebenfalls noch kein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Gegenüber dem Jahr 2001 hat sich die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2004 um 2,1 Prozentpunkte erhöht und liegt mit 9,5 % über den EU-25. Für die Binnennachfrage bedeutet dies, dass die geringen positiven Impulse auf den privaten Konsum, die durch die nur sehr moderaten Lohnerhöhungen eventuell ausgelöst wurden, durch die schlechtere Finanzlage der Arbeitslosen einer Gegenbewegung ausgesetzt waren und so eine Stagnation des privaten Konsums eingetreten ist.

Die Wachstumsschwierigkeiten hängen in Europa mit der Schwäche der Binnennachfrage zusammen, da diese ungefähr 60 % der in Europa erstellten Güter

und Dienstleistungen nachfragt. Eine Beseitigung dieser Schwäche ist nicht in Sicht. Der Vorteil eines Policy-mix der auf die Binnennachfrage abzielt besteht darin, dass er direkt auf die Verbesserung der Binnennachfrage ausgerichtet werden kann, während eine Verbesserung der Exporte überwiegend über eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erfolgen muss und die entsprechenden Maßnahmen daher nur indirekt wirken können. Die Europäische Kommission und der Europäische Rat setzen darauf, die Marktdynamik durch Strukturreformen zu verbessern und die Exporte durch eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen über Strukturreformen zu erhöhen. Es wird der Weg über die Strukturreformen gesucht, obwohl Strukturreformen ohne eine makroökonomische Koordinierung ihre Wirksamkeit verfehlen, da eine höhere Marktdynamik auf flexibleren Märkten beispielsweise ohne einen höheren Konsum keinen nennenswerten Effekt hat. Es besteht allerdings kein Erkenntnisproblem bei der Europäischen Kommission und beim Europäischen Rat. Bereits 1993 wurde im Weißbuch der Europäischen Kommission auf das wichtige Zusammenspiel von Strukturreformen und makroökonomischen Politiken hingewiesen. Diese Erkenntnisse sollten nach der Lissabon-Strategie umgesetzt werden. Die Umsetzung ist allerdings nur einseitig in Bezug auf die Strukturreformen erfolgt.

6. Die Überschätzung der Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung

Der Europäische Rat, die EU-Kommission und der Kok-Bericht sehen in den Strukturreformen den entscheidenden Hebel zur Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in der Europäischen Union. Dabei werden die Auswirkungen, die Strukturreformen haben können, überschätzt. Dies zeigen die bisherigen Strukturreformen in der EU.

6.1. Die theoretischen und prognostizierten Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Wachstum und Beschäftigung

Mit der Schaffung des EU-Binnenmarktes wurde die umfangreichste und grundlegendste Strukturreform durchgeführt. Sie sollte Wachstum und Beschäftigung positiv beeinflussen. Vor dem Beginn des EU-Binnenmarktes wurde ein zusätzliches Wachstum des BIP in der Europäischen Gemeinschaft von 4 % – 7

% erwartet. Diese Entwicklung sollte sich bereits innerhalb weniger Jahre zeigen.⁴⁵ Den Ausgangspunkt für diesen Wachstumsschub bildet in der Theorie der Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse, die vor der Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes am 01.01.1993 in Europa noch stark verbreitet waren. Von ihrer Abschaffung wurde erwartet, dass sich aufgrund der wegfallenden nicht-tarifären Handelshemmnisse unmittelbare Kostensenkungen ergeben, die in niedrigere Preise umgesetzt werden können. Auch führen die Marktöffnung und die Zunahme von Anbietern zu einem verstärkten Wettbewerb, so dass die möglichen Preissenkungen auch realisiert werden. Aufgrund dieses positiven Angebotsschocks wird ein eigendynamischer Prozess ausgelöst. Unter dem Druck der Preissenkung eröffnen sich den Unternehmen Möglichkeiten ihre Umsätze zu steigern und sich an die veränderten europäischen und globalen Marktbedingungen anzupassen. Die „economies of scale“ spielen in diesem eigendynamischen Prozess eine entscheidende Rolle. Sie führen dazu, dass die Unternehmen auf dem erweiterten Markt aufgrund steigender Umsätze ihre Stückkosten senken können.⁴⁶

In der Untersuchung von Paolo Cecchini mit dem Titel „Europa '92“ wurde in einer mikro- und makroökonomischen Analyse das zusätzliche Wachstum durch den Europäischen Binnenmarkt prognostiziert. Während in der mikroökonomischen Analyse ein zusätzliches Wachstum des BIP von 5,3 % im Mittelwert prognostiziert wurde, errechnete die makroökonomische Analyse ein zusätzliches Wachstum von 4,5 % des BIP im Durchschnitt.⁴⁷

Aus mikroökonomischer Sicht ergibt sich folgende Wirkungskette: Durch den Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen, also beispielsweise die Beseitigung und Vereinfachung von Grenzkontrollen, müssten die Transaktionskosten der Unternehmen sinken, während gleichzeitig der Wettbewerbsdruck erhöht wird. Aufgrund der gesunkenen Ausgangskosten sollte es den Unternehmen möglich sein, das Preis/Kostenverhältnis zu erhöhen. Der gestiegene Wettbewerbsdruck hätte dann zur Folge, dass das Preis/Kostenverhältnis durch erzwungene Preissenkungen sinkt. Gleichzeitig würde der Wettbewerbsdruck zu Kostensenkungen führen, die durch ein besseres betriebsinternes Management möglich werden. Weiterhin kommt es dann nach dem Modell dazu, dass sich durch den zunehmenden

⁴⁵ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 15)

⁴⁶ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 17)

⁴⁷ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 122) und Cecchini, P. (1988, S. 133)

Wettbewerbsdruck die unternehmens- und brancheninterne Umstrukturierung verstärkt und zu weiteren Kostensenkungen aufgrund der Nutzung von Größenvorteilen führt. Schließlich würde der Wettbewerbsdruck zu Preissenkungen aufgrund von Innovationen und technologischem Fortschritt führen. Der Technische Fortschritt wirkt dabei wiederum zurück auf den Wettbewerbsdruck. Sinkende Preise führen im Optimalfall zu einer Erhöhung der Binnen- und Außennachfrage, da den Nachfragern die gleiche Menge Geld zur Verfügung steht, während die Güterpreise sinken müssten. Daraus resultiert eine Erhöhung der Produktion beziehungsweise des Dienstleistungsangebots (Wachstum).⁴⁸ Die grafische Darstellung dieser theoretischen Wirkungskette befindet sich im Anhang als Abbildung 7.

Ausgangspunkt der theoretischen Wirkungskette bei der Betrachtung der makroökonomischen Auswirkungen ist die tatsächliche Marktintegration. Diese wird auch von der Harmonisierung der Gesetzgebung in der EU beeinflusst, da fast 80 % der Wirtschaftsgesetzgebung in der EU beschlossen wird. Zur Marktintegration gehören unter anderem die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Beseitigung der Grenzkontrollen, die Liberalisierung der Finanzdienste sowie der bereits angesprochene positive Angebotsschock. Aus diesen Maßnahmen zur Marktintegration ergeben sich nach dem Modell Kostensenkungen, beispielsweise durch den Wegfall der Grenzkontrollen. Auch durch die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens sollen die Staatsausgaben aufgrund geringerer Bezugspreise gesenkt werden. Die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens bedeutet, dass sich das Angebot durch eine wachsende Zahl von ausländischen Anbietern erhöht und dadurch die Preise sinken.⁴⁹ Der verstärkte Wettbewerb müsste zusammen mit der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen zu einer Steigerung der Investitionsbereitschaft führen. Durch diese im Modell vorgesehene Liberalisierung sollten günstigere Kredite zur Verfügung stehen. Stärkerer Wettbewerb führt zwar im Allgemeinen zu Preissenkungen, in Verbindung mit einem höheren Wachstum kann es aber auch zu einer Steigerung der Inflation beitragen. Preissenkungen führen zum einen zu Kaufkraftgewinnen, zum anderen zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Steigerung der Investitionsbereitschaft, die Kaufkraftgewinne und die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit führen also gemäß des Modells zu einer Erhöhung des BIP und zu einer Erhöhung der Beschäftigung, allerdings abgeschwächt durch Arbeitsplatzverluste aufgrund der

⁴⁸ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 121)

⁴⁹ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 125f.)

Beseitigung der Grenzkontrollen und des Angebotsschocks. Der BIP-Zuwachs müsste schließlich zusammen mit der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und der Erhöhung der Beschäftigung zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte führen.⁵⁰ Die grafische Darstellung dieser Wirkungskette befindet sich im Anhang als Abbildung 8.

Demgegenüber wurde bereits vor der Realisierung des EU-Binnenmarktes von einigen Ökonomen darauf hingewiesen, dass Wachstumseffekte aufgrund des Zollabbaus eher als gering einzuschätzen sind. Schließlich waren die Wachstumsreserven im europäischen Industriegüterhandel zum größten Teil ausgeschöpft, weil es bereits den gemeinsamen Wirtschafts- und Wettbewerbsraum und die damit verbundene Reduzierung von tarifären Handelshemmnissen vor dem gemeinsamen EU-Binnenmarkt gab.⁵¹

6.2. Die realen Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf Wachstum und Beschäftigung

In den zehn Jahren EU-Binnenmarkt von 1993 bis 2003 wurde ein zusätzliches Wachstum von 1,8 % des BIP festgestellt, das von der Europäischen Kommission auf den EU-Binnenmarkt zurückgeführt wird.⁵² Damit liegt das zusätzliche Wachstum weit unter dem durchschnittlichen prognostizierten Wachstum des Cecchini-Berichts von 4,5 % bis 5,3 %. Es beträgt nicht einmal die Hälfte von dem Wachstum, das im Durchschnitt der Modelle des Cecchini-Berichts erwartet wurde. Von dem maximal erwarteten zusätzlichen Wachstum von 5,7 % bis 6,4 % erreicht es nicht einmal ein Drittel. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich für die zehn Jahre ein zusätzliches Wachstum von unter 0,2 %. Allerdings ist fraglich, ob das festgestellte zusätzliche Wachstum auch tatsächlich auf den EU-Binnenmarkt zurückzuführen ist und nicht durch andere Faktoren erzeugt wurde. Dieses Wachstum würde allerdings auf durch die geringen Wachstumseffekte aufmerksam machen, die durch Strukturreformen erreichbar sind und deswegen auch keinen nennenswerten Beitrag zum Erfolg der Lissabon-Strategie leisten könnten. Schließlich handelt es sich beim EU-Binnenmarkt um die umfassendste Strukturreform, die in der Europäischen Union angegangen wurde. Sie ist umfassender als die Reform des

⁵⁰ Vgl. Cecchini, P.: (1988, S. 135)

⁵¹ Vgl. Ziltener, P.: (2003, S. 222)

⁵² Vgl. Europäische Kommission: (2003, S. 4) und Kok-Bericht: (2004, S. 27)

Finanzdienstleistungssektors und der Dienstleistungen. Das Wachstum ist zudem nicht als nachhaltiges Wachstum zu bezeichnen, da es sich um ein zeitlich befristetes höheres Wachstumsniveau handelt, das nach wenigen Jahren wieder entfällt.

Zwar wurde zu recht im Kok-Gutachten festgestellt, dass die vollständige Umsetzung des EU-Binnenmarktes noch nicht abgeschlossen ist.⁵³ Inwieweit nach zehn Jahren Binnenmarkt weitere Integrationsmaßnahmen zusätzliches Wachstum erzeugen können erscheint allerdings fraglich, zumal nicht einmal nach der Einführung des Euro trotz anderweitiger Erwartungen eine Beschleunigung der Marktintegration in der Eurozone festgestellt werden konnte.⁵⁴

Außerdem sind in den Modellen des Cecchini-Berichts Ansatzpunkte dafür zu erkennen, dass die vermutete Wirkungskette, neben einer Einflussnahme von außen wie zum Beispiel durch die Auswirkungen von externen Schocks, auch durch im Modell liegende Fehlannahmen unterbrochen werden kann. Diese Schwachstellen und Fehlannahmen werden in den nächsten Absätzen näher beleuchtet. Sie führten wohl dazu, dass das erwartete zusätzliche Wachstum höchstwahrscheinlich nicht realisiert werden konnte.

In der mikroökonomischen Analyse ist die gesteigerte Binnen- und Außennachfrage ein entscheidender Faktor für das Wachstum. Dieses wird durch die sinkenden Preise erzeugt, die wiederum zu einer gesteigerten Produktion führen. Hier kann die Wirkungskette unterbrochen werden, weil sinkende Preise nicht zwangsläufig zu höherem Konsum führen, sondern auch zu einer erhöhten Sparquote führen können, wenn zum Beispiel durch Strukturreformen Verunsicherung geschaffen wird oder aufgrund der schlechten Wirtschafts- und Beschäftigungslage in Europa Verunsicherung herrscht. Weiterhin können die Unternehmen die Kostensenkungen aufgrund des erhöhten Wettbewerbsdruck, durch geringe Lohnerhöhungen, Lohnsenkungen oder Arbeitsplatzrationalisierungen erzwingen. Dies wirkt sich negativ auf die Binnennachfrage aus, da aufgrund der sinkenden Lohneinkommen der private Konsum sinkt. Daneben sind verschiedene modellexogene Einflussfaktoren denkbar, die zu einer Verringerung der Binnennachfrage führen, wie

⁵³ Vgl. Kok-Bericht: (2004, S. 27f.)

⁵⁴ Vgl. Engel, Ch.; Rogers, J. H.: (2004, S. 375)

die fiskalische Konsolidierung, die zum Beispiel in Österreich das Wachstum der Inlandsnachfrage temporär begrenzte.⁵⁵

Auch bei der makroökonomischen Analyse gibt es Umstände, unter denen im Modell in keiner Weise berücksichtigte Gegenbewegungen auftreten können. So ist es aufgrund des technischen Fortschritts wahrscheinlich, dass zusätzliche Investitionen eine höhere Arbeitsproduktivität erzeugen und daher überwiegend rationalisierende Wirkung haben können, wenn es keine Absatzsteigerungen gibt. In diesem Fall werden Arbeitsplätze abgebaut und Kaufkraftgewinne geschmälert. Auch durch die Liberalisierung der Finanzdienste und den Wettbewerb entsteht nicht zwangsläufig eine gesteigerte Investitionsbereitschaft, die zu mehr Investitionen führt. Bei unterausgelasteten Kapazitäten der Unternehmen, wie aufgrund einer schlechten konjunkturellen Situation, in Deutschland, führen gute Finanzierungsbedingungen zu keinem überdurchschnittlichen Investitionsanstieg.

6.3. Weitere Strukturreformen

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Strukturreformen ist die Liberalisierung der Finanzmärkte über den Finanzaktionsplan und, weil in der Europäischen Union kein einheitlicher Kapitalmarkt sondern viele nationale Teilmärkte bestehen.⁵⁶ Der europäische Finanzdienstleistungssektor umfasst ungefähr 6 % des BIP der Europäischen Union und ist nach Aussagen der Europäischen Kommission einer der Sektoren, die in Europa über das größte Potential für Beschäftigungswachstum verfügen.⁵⁷ Eine Liberalisierung der Finanzmärkte führt theoretisch aufgrund des europäischen Binnenmarkt-Konzepts zu einer Erhöhung des Wachstumspotentials wenn die Investitionsbereitschaft aufgrund zumindest theoretisch günstigerer Kredite und größerer sowie vertiefter Märkte gesteigert wird. Deswegen wurde der Finanzaktionsplan (FSAP) mit 42 Maßnahmen beschlossen. Die Maßnahmen des Finanzaktionsplans werden von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht übernommen. Durch den Integration der Finanzmärkte und den besseren Zugang zu diesem wird im Verlauf von 10 Jahren ein zusätzliches Wachstum von 1,1 %. Dies entspricht einem jährlich durchschnittlichen Wachstum von 0,1 % entspricht. Die Beschäftigungseffekte sollen zu einer Erhöhung der Arbeitsplätze in diesem Sektor

⁵⁵ Vgl. Handler, H.; Böheim, M.; Falk, M.; Walterskirchen, E.: (2004, S. 43)

⁵⁶ Vgl. Seidel, M.: (2003, S. 43.)

⁵⁷ Vgl. Europäische Kommission: (1998, S. 3)

um 0,5 % führen.⁵⁸ Allerdings zeigen die Entlassungen bei den Finanzdienstleistern gegenteilige Entwicklungen auf.

Der Dienstleistungssektor erfasst ungefähr 70 % der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze in der EU. Das ökonomische Potential dieses Sektors wird immer noch durch Hemmnisse im Binnenmarkt behindert.⁵⁹ Der Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie soll dienen, das Wachstumspotential des Dienstleistungssektors voll zu nutzen und Hindernisse zu überwinden, die grenzüberschreitende Dienstleistungstätigkeiten erschweren. Diese befinden sich vor allem im Rechnungswesen.⁶⁰ Im Bereich der Distribution sind die Barrieren geringer und im Bereich IT-Dienstleistungen am geringsten. Grundsätzlich ist die Marktöffnung in den neuen Mitgliedstaaten größer als in den alten Mitgliedstaaten. Grundsätzlich konnte festgestellt werden, dass die Barrieren in einem Mitgliedstaat sektorübergreifend entweder höher oder niedriger im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten sind.⁶¹ Das bedeutet, wenn in einem Mitgliedstaat im Bereich des Rechnungswesens im Vergleich zu anderen Staaten hohe Barrieren vorhanden sind, wird dies tendenziell auch in den anderen Sektoren der Fall sein.

Beim Vergleich von Europa und den USA in Bezug auf die sektorale Struktur, fällt auf, dass der Dienstleistungssektor in den USA eine größere Bedeutung hat als in Europa. Von daher unterstützt die Europäische Union den Strukturwandel hin zu einem starken Dienstleistungssektor. Bei einer Analyse wurde allerdings festgestellt, dass der kurzfristige Strukturwandel zumindest in Deutschland von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft ungefähr gleich schnell abläuft wie in den USA. Bei der langfristigen Betrachtung in Abständen von fünf beziehungsweise zehn Jahren wurde sogar festgestellt, dass sich der Strukturwandel in Deutschland schneller als in den USA entwickelt.⁶² Auch aufgrund der geringeren Bedeutung des Dienstleistungssektors in Europa wird im Kok-Bericht die Wichtigkeit der Errichtung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen und die Förderung der Entstehung des Binnenmarktes betont.⁶³

⁵⁸ Vgl. London Economics: (2002, S. V)

⁵⁹ Vgl. DG Enterprise: (2005, S. 22)

⁶⁰ Vgl. Europäische Kommission: (2004a, S. 6)

⁶¹ Vgl. DG Enterprise: (2005, S. 21)

⁶² Vgl. Stamer, M.: (2000, S. 91)

⁶³ Vgl. Kok-Bericht: (2004, S. 29)

Dies soll für Unternehmen zu Kosteneinsparungen führen, wenn sie grenzübergreifende Dienstleistungen anbieten. Diese Kosteneinsparungen lassen sich aufgrund geringerer Transaktionskosten realisieren. Konkret wird dies beispielsweise bei der Erleichterung der Niederlassung. Wenn zukünftig durch eine Verwaltungsvereinfachung nur ein Ansprechpartner existiert oder Formalitäten elektronisch abgewickelt werden können, müssten sich die Transaktionskosten erheblich reduzieren. Die Wirkungsketten ähneln denen, die bereits beim Binnenmarkt aus mikro- und makroökonomischer Sicht geschildert wurden. Gegen die Erhöhung des Wachstums durch eine Vergrößerung des Dienstleistungssektors spricht die Beobachtung, dass weder die weiter fortgeschrittene Dienstleistungsgesellschaft in den USA noch der langfristig schnellere Strukturwandel in Deutschland mit einem durchschnittlich höheren Wachstum einhergehen.⁶⁴ In Bezug auf die Arbeitsproduktivität ist allerdings festzustellen, dass die Produktivitätslücken, die zwischen der EU und den USA bestehen, bei sektoraler Betrachtung, im Dienstleistungssektor am größten sind, während der Industriesektor die geringsten Unterschiede aufweist. Die Ursache dafür dürfte in der Lücke zu suchen sein, die im IKT-Sektor zu finden ist. Sie hängt mit dem starken Wachstum der Arbeitsproduktivität in den USA aufgrund von IKT-Technologien zusammen.⁶⁵

Die ökonomischen Auswirkungen einer konsequenten Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ergeben Schätzungen zufolge einen Wohlstandszuwachs von 0,6 %, wobei die ökonomischen Auswirkungen auf stärkeren Wettbewerb und reduzierte Kosten zurückzuführen sind.⁶⁶ Im Dienstleistungs- beziehungsweise Sektors soll das zusätzliche Wirtschaftswachstum 1,1 % betragen.⁶⁷ Hierbei handelt es sich wiederum um einen zeitlich begrenzten Effekt, der kein nachhaltiges Wachstum ermöglicht und somit nicht als Mittel zur Erreichung der Ziele der Lissabon-Strategie dienen kann. Auch sind die industriezugehörigen Dienstleistungen vom Strukturwandel und der zunehmenden Globalisierung besonders betroffen. Gerade durch die Globalisierung wird der Ausbau des Dienstleistungshandels erleichtert und der Strukturwandel hin zu einer Tertiarisierung gefördert.⁶⁸

⁶⁴ Vgl. Stamer, M.: (2000, S. 92)

⁶⁵ Vgl. Breuss, F.: (2005b, S. 36)

⁶⁶ Vgl. DG Enterprise: (2005, S. 31)

⁶⁷ Vgl. DG Enterprise: (2005, S. 32)

⁶⁸ Vgl. Grömling M.; Lichtblau, K.; Weber, A.: (1998, S. 390)

Industriezugehörige Dienstleistungen nehmen aufgrund des zunehmenden Welthandel und der steigenden Ex- und Importe einen immer größer werdenden Teil der Wertschöpfung ein. Die Exporte des deutschen Maschinenbaus und der Ausrüstungsgüterindustrie erfordern Logistik- und Servicedienstleistungen im Ausland. Sofern diese nicht durch ausländische Unternehmen erfolgen sollen, stehen die Unternehmen vor der Aufgabe, diese Dienstleistungen zu exportieren und entsprechende Kapazitäten zu schaffen. Durch die Erleichterungen für den Dienstleistungssektor im europäischen Binnenmarkt, soll ein Sektors gefördert werden, der dann im internationalen Wettbewerb wettbewerbsfähig ist und zum Wachstum beiträgt. Allerdings handelt es sich bei den Unternehmen in diesem Sektor um Großunternehmen die bereits international tätig und wettbewerbsfähig sind. Es besteht die Gefahr, dass durch die Dienstleistungsrichtlinie gerade Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) beeinträchtigt werden, in denen 2/3 der europäischen Arbeitnehmer beschäftigt sind. Wenn das Herkunftslandprinzip in der Richtlinie außer beim Marktzugang durchgesetzt wird, werden diese Unternehmen bedroht, weil alle technischen, ökologischen und sozialen Standards unterlaufen werden können. Damit werden aufgrund der Größe und Bedeutung der KMU die positiven Effekte im Bereich der industriebezogenen Dienstleistungen durch die negativen Effekte für die KMU in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung konterkariert.

6.4. Strukturreformen des europäischen Binnenmarktes und ihre Auswirkungen

Schätzungen der Europäischen Kommission weisen zu recht darauf hin, dass die Güter- und Arbeitsmarktreformen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nur zu einer Steigerung der jährlichen Wachstumsrate des BIP von einem halben Prozentpunkt geführt haben.⁶⁹ Es ist weitestgehend unbestritten, dass wirtschaftliche Integration durch die Beseitigung von Marktunvollkommenheiten zu Effizienzgewinnen führt. Diese Effizienzgewinne führen jedoch lediglich zu so genannten statischen Niveaueffekten. Diese statischen Niveaueffekte wirtschaftlicher Integration lassen sich primär auf drei Ursachen zurückführen:

- die Reduktion von Handelskosten
- die Erhöhung des Wettbewerbs

⁶⁹ Vgl. Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission: (2005, S. 39)

- die erhöhte Faktormobilität

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass sich die statischen Effizienzgewinne innerhalb weniger Jahre realisieren lassen.⁷⁰ Diese Niveaueffekte konnten signifikant nachgewiesen werden. Permanente Wachstumseffekte wie sie als Ziel der Lissabon-Strategie vorgegeben sind konnten allerdings infolge der wirtschaftlichen Integration der EU-15 Staaten und der durchgeführten Strukturreformen nicht festgestellt werden.⁷¹ Strukturreformen können notwendig sein. Es geht um die Art und die Zielsetzung der Strukturreformen. Strukturreformen reichen allerdings nicht aus, um ein an den Lissabon-Zielen ausgerichtetes nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Das Wachstum, das von Strukturreformen ausgelöst wird, erhöht lediglich das Wohlstandsniveau und führt nicht zu einer nachhaltig höheren Wachstumsrate.⁷² Dies liegt daran, dass beispielsweise durch die Effizienzgewinne temporär höhere Wachstumsraten erreicht werden können, diese Gewinne aber innerhalb weniger Jahre abgeschöpft werden. Von den weiteren Strukturreformen der Finanzdienstleistungen und der Dienstleistungen sind aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die Binnennachfrage ebenfalls keine nennenswerten Wachstumseffekte zu erwarten.

Strukturreformen wirken sich nach dem Beginn des Prozesses nicht direkt auf das Wachstum aus, weil wie in den Modellen beschrieben über eine Wirkungskette Preissenkungen zu einer Erhöhung der Binnennachfrage führen können. Gleichzeitig werden nach dem Modell durch den erhöhten Wettbewerb die Investitionsbereitschaft und die Investitionen erhöht. Allerdings gibt es verschiedene Mechanismen, die zu einer Unterbrechung der Wirkungsketten führen und den eigendynamischen Prozess behindern beziehungsweise aufhalten können wie zum Beispiel die Tatsache, dass sinkende Preise nicht zwangsläufig einen erhöhten Konsum nach sich ziehen. Weiterhin besteht auch die Möglichkeit, dass durch den Binnenmarkt bedingt negative Effekte auftreten, weil zum Beispiel aufgrund des verstärkten Wettbewerbs von den Unternehmen weniger in Forschung und Innovationen investiert wird, wenn aufgrund des stärkeren Wettbewerbs die Renditeaussichten der Investitionen sinken und Forschungsaufwendungen nicht rentabel erscheinen.⁷³ Ein derartiges Verhalten kann für die Entwicklung der

⁷⁰ Vgl. Badinger, H.: (2003, S. 114)

⁷¹ Vgl. Badinger, H.: (2003, S. 218)

⁷² Vgl. Badinger, H.: (2003, S. 218)

⁷³ Vgl. Monti, M.: (1997, S. 121f.)

Arbeitsproduktivität und somit des Wachstums in Europa sogar schädlich sein. Es muss auf die Gefahr hingewiesen werden, die von schlecht ausgereiften Reformen im Bereich der öffentlichen Regulierung ausgehen können. In Kalifornien zum Beispiel führte eine schlecht durchdachte Regulierungsreform zu Stromausfällen und stark ansteigenden Strompreisen. Unausgereifte Reformen können zu ökonomischen und sozialen Problemen führen.⁷⁴ Zu viele und zu hastige Reformen tragen außerdem zur Verunsicherung der wirtschaftlichen Akteure bei. Ein Beispiel ist die deutsche Diskussion um die Abschaffung beziehungsweise Reduzierung des Kündigungsschutzes. Sie hat nicht zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage beigetragen. Zudem ist die OECD in einer umfassenden Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass der Kündigungsschutz keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Beschäftigung beziehungsweise Arbeitslosigkeit hat.⁷⁵

Die Einführung des Europäischen Binnenmarktes hat überwiegend Auswirkungen auf den Wettbewerb gehabt, während seine Wirkung auf das Wachstum nicht wie erwartet eingetreten ist. Ein Problem ist, dass die Preise in der Europäischen Union trotz Binnenmarkt und Währungsunion teilweise erhebliche Unterschiede aufweisen. Das ausgebliebene Wachstum ist darauf zurückzuführen, dass die Implementierung des Binnenmarktes nicht wie geplant zur Stimulierung von makroökonomischen Prozessen geführt hat. Nach der Wirkungskette sollte der Binnenmarkt dazu führen, dass die Unternehmen niedrigere Anschaffungskosten haben, Mehr Effizienz und Produktivität wurden erwartet. Der dadurch erzeugte höhere Absatz und höhere Gewinn sollte wiederum zu Investitionen und Beschäftigung führen, die zu mehr Aufträgen aufgrund der höheren Investitionsgüternachfrage und des höheren privaten Konsums führen müssten. Dieser Idealfall ist allerdings nicht eingetreten⁷⁶ Weiterhin wurde in Simulationen festgestellt, dass selbst eine relativ schnelle Deregulierung auf ein mit den USA vergleichbares Niveau nicht zu einem ausreichenden Produktivitätszuwachs innerhalb der nächsten sieben Jahre führen würde, um den Unterschied zu den USA zu schließen. Das zusätzliche jährliche Wachstumspotential durch die angebotsorientierten Strukturreformen wird in den gleichen Analysen mit 0,5 – 0,75 Prozentpunkten über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren angegeben.⁷⁷ Auch dies zeigt, dass durch Strukturreformen allein kein mit den Lissabon-Zielen vereinbares Wachstum geschaffen werden kann, sondern

⁷⁴ Vgl. Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission: (2005, S. 39)

⁷⁵ Vgl. OECD: (2004d, S. 80)

⁷⁶ Vgl. Ziltener, P.: (2003, S. 223)

⁷⁷ Vgl. Denis, C.; McMorrow, K; Röger, W.: (2004, S. 57f.)

makroökonomische die Nachfrage unterstützende Politiken durchgeführt werden müssen. Der Vorteil der Lissabon-Strategie, Strukturreformen und makroökonomische Koordinierung integriert anzuwenden, wurde bislang nicht genutzt.

Somit können Strukturreformen zwar auf makroökonomischer Ebene zu einer Erhöhung des Wohlstandsniveaus führen. Allerdings handelt es sich um zeitlich befristete Wachstumsimpulse, die innerhalb weniger Jahre wieder abklingen. Ein langfristiges nachhaltiges Wachstum kann durch Strukturreformen nicht erreicht werden. Strukturreformen können also als von den vom Europäischen Rat, der Europäischen Kommission und im Kok-Bericht vermuteten Hebel für ein anhaltendes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur wirken, wenn sie in ein wirksames Umfeld eingebettet sind, das eine makroökonomische Koordinierung der Wirtschafts- und Steuerpolitiken beinhaltet.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass durch Strukturreformen im Finanz- und im Dienstleistungssektor weiteres zusätzliches Wachstum geschaffen wird. Allerdings handelt es sich bei diesem zusätzlichen Wachstum lediglich um temporär zusätzliches Wachstum. Das heißt Strukturreformen können zwar unter Umständen einen temporären Wachstumsimpuls ermöglichen, allerdings nicht zu einem grundsätzlich höheren und dauerhaft stärkeren Wachstum führen. Weiterhin können Strukturreformen bei einer schlechten oder durchschnittlichen konjunkturellen Lage nicht zu überdurchschnittlichen Wachstumssteigerungen führen. Dies lässt sich vor allem daraus schließen, dass durch Strukturreformen lediglich der Wettbewerb verstärkt und die Wettbewerbsbedingungen verbessert werden können. Dies führt nur unter starken Einschränkungen zu mehr Investitionen und Wachstum. Am Beispiel des Binnenmarktes ist dies deutlich zu erkennen.

7. Die Notwendigkeit von Investitionen

Die meisten Ansätze zur Wachstumstheorie und Überlegungen zur Förderung des Wachstums haben gemeinsam, dass sie die Förderung des technischen Fortschritts als Mittel zur Erhöhung des Wachstums sehen und höhere Ausgaben für Bildung in fortgeschrittenen Ländern als einen langfristigen Schlüsselfaktor für das Wachstum

betrachten.⁷⁸ Deswegen werden die Investitionen in den Sektoren Bildung sowie Forschung und Entwicklung untersucht und in unterschiedlichen Volkswirtschaften verglichen. Investitionen insbesondere in Bildung sowie Forschung und Entwicklung sind ein elementarer Bestandteil der Lissabon-Strategie. Aber auch Investitionen in die soziale Infrastruktur wie beispielsweise in Kindertagesstätten stellen einen Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele dar. Sie bieten die Möglichkeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und können zu einer Erhöhung der Erwerbsquote bei Frauen führen. Die Erhöhung der Erwerbsquote ist ein Mittel zur Erhöhung des Wachstums, weil beispielsweise der private Konsum gestärkt und die Einzahlungen in die Sozialversicherung erhöht werden.

7.1. Entwicklung der privaten und öffentlichen Investitionen

Bei den privaten Investitionen ist festzustellen, dass diese in den Staaten der EU-15 gemessen am BIP im Zeitraum von 1995 bis 2003 zwischen minimal 16 % und maximal 28 % lagen. Bei einem Vergleich mit dem Durchschnitt der EU-15 Staaten, in denen während des Betrachtungszeitraums das Minimum 19,1 % und das Maximum 20,6 % betrug, finden sich tendenziell niedrigere Investitionsquoten in Großbritannien mit einem Maximum von 17,5 % und Schweden mit einem Maximum von 17,7 %. Tendenziell höhere Investitionsquoten sind in Portugal und Spanien zu finden, in denen das Minimum bei 22,4 % beziehungsweise bei 21,6 % liegt. Deutschland liegt im Vergleich dazu mit einem Minimum von 17,8 % und einem Maximum von 22,4 % im Bereich der Investitionsquoten der EU-15. Auffällig ist, dass mit Großbritannien und Schweden gerade diejenigen Länder die geringsten Investitionsquoten aufweisen, die im Vergleich zu den EU-15 Staaten überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten aufweisen. Mit Portugal und Spanien haben zwei Staaten überdurchschnittliche Investitionsquoten, die zu den EU-Nettoempfängern gehören und deren überdurchschnittliche Investitionsquoten durch Aufholprozesse erklärt werden könnten. Eine Auflistung der Investitionsquoten befindet sich im Anhang in Tabelle 16.

Bei der Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen ist für alle Staaten erkennbar, dass es nach höheren Wachstumsraten bis zum Jahr 2000 zu einem dramatischen Rückgang in den Folgejahren kam, so dass einige Staaten ein negatives Wachstum

⁷⁸ Vgl. Pisani-Ferry, J.: (2004, S. 2)

der Investitionen verzeichnen. So gingen die Investitionen in Deutschland von 2001 bis 2003 jahresdurchschnittlich um 5 % zurück. Dieser Rückgang der Investitionen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen die Ausrüstungsinvestitionen reduziert hatten.

Tabelle 4: Reale Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen

Reale Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen in % zum Vorjahr

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-15	1,9	3,0	6,2	5,4	4,8	0,1	-1,9	-0,2	2,0
Eurozone	1,3	2,4	5,2	6,0	4,9	-0,4	-2,7	-0,5	1,3
Belgien	0,9	7,1	3,3	4,4	4,4	0,3	-3,7	-0,9	1,3
Dänemark	3,9	10,9	10,0	1,4	7,1	4,9	4,5	0,4	4,6
Deutschland	-0,8	0,6	3,0	4,1	2,7	-4,2	-6,4	-2,2	-0,9
Griechenland	8,4	6,8	10,6	11,0	8,0	6,5	5,7	13,7	4,9
Spanien	2,1	5,0	10,0	8,8	5,7	3,0	1,7	3,2	4,6 f
Frankreich	0,0	-0,1	7,0	8,3	7,8	1,9	-1,6	-0,2 f	3,3 f
Irland	17,4	18,0	15,5	15,1	7,6	-1,5	2,8	3,6	6,0 f
Italien	3,6	2,1	4,0	5,0	6,9	1,9	1,2	-1,8	2,1
Niederlande	6,3	6,6	4,2	7,8	1,4	-0,1	-4,5	-3,2	1,6 f
Österreich	2,6	1,4	3,5	2,3	6,5	-2,1	-3,4	6,2	3,7
Portugal	5,7	13,9	11,5	6,4	3,8	0,8	-5,1	-9,9	1,3
Finnland	6,7	13,8	8,4	2,5	4,1	3,9	-3,1	-1,5	4,6
Schweden	4,5	-0,3	7,8	8,2	5,7	-1,0	-2,6	-1,5	5,1
Großbritannien	5,7	6,8	12,7	1,6	3,6	2,6	2,7	2,3	5,6
Norwegen	10,3	15,5	13,1	-5,6	-3,6	-0,7	-1,0	-2,0	8,9
USA	8,1	8,0	9,1	8,2	6,1	-1,8	-3,1	4,5	9,0

f = Prognose

Quelle: Eurostat

Ein bedeutsamer Einflussfaktor auf die Ausrüstungsinvestitionen ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Dies ist daran zu erkennen, dass höhere Wachstumsraten des BIP mit einem höheren Auslastungsgrad der Anlagen einhergehen und dadurch höhere Ausrüstungsinvestitionen induziert werden. So führte der massive Einbruch des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 zu einem Nachfrageausfall und zu einem schlechteren Auslastungsgrad der Unternehmen und in der Folge zu einem deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen.⁷⁹

⁷⁹ Vgl. Sachverständigenrat: (2004, S.139f.)

Allerdings war der Rückgang in den USA auch auf einen typischen Fall von Überinvestitionen zurückzuführen. Nach den extrem hohen Wachstumsraten der Investitionen bis zum Jahr 2000, kam es aufgrund eines Nachfrageschocks in den USA im Jahr 2001 zu einem rapiden Rückgang der Investitionen.⁸⁰ Die dadurch ausfallenden Ausrüstungsinvestitionen haben wiederum auf Europa zurückgewirkt, da die Exporte an Investitionsgütern in die USA erheblich zurückgegangen sind. Im Zuge der globalen Konjunkturkrise konnten in Europa lediglich Griechenland, Irland und Spanien ein hohes Wachstum der Investitionen halten, mussten allerdings auch erhebliche Wachstumseinbußen hinnehmen.

Tabelle 5: Veränderung der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen

Veränderung der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen in % zum Vorjahr								
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Belgien	-7,3	-1,9	1,0	22,5	6,1	-10,7	0,8	0,4
Dänemark	12,9	0,3	-7,9	3,5	6,7	15,6	-3,2	-2,7
Deutschland	-6,8	-11,7	0,4	6,5	-2,2	-0,5	-2,4	-11,2
EU (15 Länder)	-1,2	-3,9	5,4	6,7	6,0	5,5	0,4	7,4
Eurozone	0,6	-4,5	4,6	7,8	5,1	8,0	-0,6	7,3
Finnland	6,4	17,3	-2,8	1,8	-0,1	11,5	6,8	1,9
Frankreich	1,6	-6,6	1,9	8,0	13,0	1,3	1,7	7,4
Griechenland	8,9	17,3	6,1	6,7	21,6	3,1	0,1	14,9
Großbritannien	-18,0	-0,6	15,0	-2,2	13,2	12,9	4,8	13,4
Irland	19,6	27,4	16,6	35,4	32,5	32,1	10,5	-3,6
Italien	20,2	6,7	10,8	5,3	3,9	8,6	-21,3	44,9
Luxemburg	6,7	-3,2	18,0	7,1	-1,3	12,7	16,9	6,8
Niederlande	8,0	-5,1	6,8	8,6	11,5	14,8	12,1	1,2
Norwegen	6,2	21,3	5,7	3,6	-5,7	6,9	10,3	4,9
Österreich	-5,4	-31,0	-2,3	-2,5	-8,6	-21,0	14,2	-0,7
Portugal	19,4	11,0	-3,2	13,2	-0,8	10,0	-13,2	3,6
Schweden	0,4	-10,2	3,1	8,1	-0,1	-0,7	11,7	-1,8
Spanien	-10,1	1,7	14,5	8,7	1,2	11,2	14,7	6,0

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

Die Entwicklung der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen verläuft in den Staaten der Europäischen Union äußerst unterschiedlich. Allerdings ist das Wachstum in den meisten Staaten im Jahr 2001 und in den Folgejahren sehr schwach ausgefallen. In vielen Staaten kam es sogar zu negativen Wachstumsraten. Die Entwicklung zeigt in Deutschland einen nahezu dramatischen Rückgang der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen. Hier gehen seit dem Jahr 2000 die Bruttoanlageinvestitionen zurück und sind nach drei Jahren rückläufiger Investitionen im Jahr 2004 mit über 11 % Rückgang geradezu eingebrochen. Auffällig ist, dass sich in den Staaten, in denen die Wachstumsrate der Bruttoanlageinvestitionen von

⁸⁰ Vgl. Bofinger, P.: (2003, S. 365)

2001 bis 2003 relativ hoch geblieben ist, wie zum Beispiel in Spanien, Großbritannien oder auch Finnland, eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten ist. In der Europäischen Union haben sich die Bruttoanlageinvestitionen der Staaten im EU-Durchschnitt seit 1998 mit Ausnahme von 2002 relativ konstant entwickelt.

Auch die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe, das für Konjunkturschwankungen sehr anfällig ist, wurde vom Einbruch der Weltkonjunktur stark beeinflusst. So stagniert die Wertschöpfung in diesem Sektor seit dem Jahr 2000 in den EU-15 mit einer durchschnittlichen realen Wachstumsrate von 0,4 %, nachdem in den Jahren 1999 ein reales Wachstum von 2,2 % und 2000 ein reales Wachstum von 2,5 % erreicht werden konnte. Besonders stark ist Deutschland betroffen. Hier kam es zu einem starken Rückgang der Wertschöpfung im Baugewerbe der von 2001 bis 2004 jahresdurchschnittlich 4,4 % betrug.

7.2. Investitionen in Bildung

Die Lissabon-Strategie hat zum Ziel, Europa zu einem dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen und die Investitionen in die Humanressourcen zu fördern. Dazu gehören Bildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen sowie Forschung und Entwicklung. Ein Ziel auf dem Weg dorthin ist, dass 3 % des BIP im Bereich Forschung und Entwicklung investiert werden sollen. Im Jahr 2003 betragen in den EU-15 die Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung 2 % des BIP. Als einziges Land konnte Finnland die Zielvorgabe mit 3,5 % des BIP erreichen.

Übereinstimmung besteht in der Europäischen Kommission und im Kok-Bericht, dass Bildung und der technische Fortschritt dazu beitragen, das Wachstum zu erhöhen. Bei der Messung von Zusammenhängen zwischen Investitionen im Bildungssektor sowie im Bereich der Forschung, der Entwicklung neuer Technologien sowie Produktivitätsfortschritten treten allerdings Schwierigkeiten auf. Diese bestehen darin, dass häufig nur der Input gemessen werden kann und nicht der Output. Die durch den Input direkt induzierten Innovationen sind schwer feststellbar. Weiterhin muss davon ausgegangen werden, dass zwischen dem Zeitpunkt des Investitionsinputs und dem gesteigerten Innovationsoutput in der

Regel ein längerer Zeitraum liegt. Dieser kann bis zu zehn Jahre betragen.⁸¹ Bei erhöhten Investitionen im Bildungssektor kann der Zeitraum sogar noch größer sein, wenn die Investitionen im Bereich der Primärbildung erfolgen. Die direkten Auswirkungen sind dann nicht mehr messbar. Aufgrund dieser Schwierigkeiten wird in der Betrachtung eine Trennung zum einen nach Investitionen in Bildung und zum anderen nach Investitionen in Forschung und Entwicklung vorgenommen.

Tabelle 6: Investitionen im Bildungssektor

Investitionen im Bildungssektor in % der Gesamtinvestitionen								
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,0
Deutschland	2,2	2,3	2,2	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9
Finnland	3,6	3,5	3,4	3,1	2,8	2,7	2,9	3,4
Frankreich	3,1	3,0	2,9	2,9	3,0	2,9	2,8	..
Griechenland	2,5	2,1	2,8	2,4	3,2	3,5	3,5	3,5
Irland	1,5	1,9	1,7	1,5	1,6	1,7	1,8	..
Italien	1,2	1,4	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6
Niederlande	1,2	1,2	1,0	0,9	0,9	1,0	1,1	1,2
Österreich	2,0	1,8	1,5	1,4	1,3	1,1	1,1	1,2
Portugal	2,7	2,6	2,8	2,7	3,1	3,3
Spanien	1,6	1,8	1,6	1,6

Quelle: OECD: National Accounts of OECD Countries 2004

Bei einer Betrachtung der Investitionen im Bildungssektor fällt auf, dass die Investitionen aller Staaten im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2002 insgesamt 2 % der Gesamtinvestitionen ausmachen. Die jährliche Schwankung dieses Mittelwertes beträgt lediglich 0,1 Prozentpunkte. Die Investitionen im Bildungssektor in Deutschland 1995 lagen mit 2,2 % der Gesamtinvestitionen knapp über dem Durchschnitt der betrachteten Länder. Dies hat sich bis zum Jahr 2002 geändert. Die Investitionen im Bildungssektor sind in Deutschland kontinuierlich zurückgegangen und lagen 2002 mit 1,9 % der Gesamtinvestitionen knapp unter dem Durchschnitt von 2,0 %. Ebenso wie in Deutschland ist der Anteil der Investitionen im Bildungssektor auch in Österreich zurückgegangen. Insgesamt liegen Belgien, die Niederlande, Österreich, Irland, Italien und Spanien mit dem Anteil der Investitionen im Bildungssektor unter dem Durchschnitt, während neben Deutschland auch Finnland, Frankreich, Griechenland und Portugal über dem Durchschnitt liegen.

Tabelle 7: Veränderung der Investitionen im Bildungssektor

Veränderung der Investitionen im Bildungssektor

⁸¹ Vgl. Handler, H.; Böheim, M.; Falk, M.; Walterskirchen, E.: (2004, S. 38)

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	2,8	9,8	13,3	12,4	-8,3	-3,7	-2,2
Deutschland	0,1	-1,6	-5,1	2,0	-1,6	-3,4	-7,3
Finnland	2,6	15,7	2,5	-5,0	3,9	17,1	11,4
Frankreich	-2,3	-3,1	6,8	10,2	8,5	-0,8	..
Griechenland	-3,0	49,7	0,6	53,6	21,7	9,8	7,7
Irland	47,9	15,0	6,3	32,8	26,5	11,3	..
Italien	29,0	15,4	9,6	2,2	16,6	1,8	2,6
Niederlande	7,0	-13,8	-3,3	12,9	17,1	15,3	5,7
Österreich	-6,3	-15,0	-1,7	0,6	-10,9	-5,4	11,8
Portugal	3,2	27,0	11,5	22,2	17,5
Spanien	15,2	-2,0	8,9

Quelle: OECD: National Accounts of OECD Countries 2004

Bei der Betrachtung der Veränderung in Tabelle 7 fällt auf, dass Deutschland, Belgien, Frankreich und Österreich die geringsten durchschnittlichen Wachstumsraten und teilweise negative Wachstumsraten, hingegen Griechenland, Italien, Irland und Portugal die höchsten durchschnittlichen Wachstumsraten aufweisen.

Von den in Tabelle 8 betrachteten Staaten sind Griechenland und Portugal hervorzuheben, die sowohl beim Anteil der Investitionen im Bildungssektor als auch beim Wachstum der Investitionen im Bildungssektor überdurchschnittlich gut abschneiden. Dies ist durch Aufholprozesse zu erklären. Weiterhin sind Finnland mit dem größten Anteil der Bildungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen und Irland mit der größten durchschnittlichen Wachstumsrate der Investitionen im Bildungssektor hervorzuheben. Spanien, die Niederlande, Belgien und Österreich bilden hingegen das Schlusslicht. Negativ fallen aufgrund der im Durchschnitt negativen Wachstumsrate der Bildungsinvestitionen auch Deutschland und Österreich auf.

Tabelle 8: Anteil und Wachstum der Investitionen im Bildungssektor

Durchschnittliches Wachstum der Investitionen im Bildungssektor Durchschnitt 8,3 %	
über 8,3 %	unter 8,3 %

Investitionen im Bildungssektor in % der Gesamtinvestitionen	Durchschnitt 2,0 %	An teil über 2,0 %	Griechenland (2,9/20,0) Portugal (2,9/16,3)	Finnland (3,2/6,9) Frankreich (2,9/3,2) Deutschland (2,1/-2,4)
	An teil unter 2,0 %	An teil unter 2,0 %	Irland (1,7/23,3) Italien (1,5/11,0)	Spanien (1,7/7,4) Niederlande (1,1/5,8) Belgien (1,1/3,4) Österreich (1,4/-3,8)

Quelle: OECD: National Accounts of OECD countries 2004; eigene Berechnungen

Ein Vergleich der EU mit den USA zeigt beispielsweise, dass die Ausgaben für tertiäre Bildung in Europa lediglich 1,4 % des BIP betragen, während sie in den USA mit 3 % mehr als doppelt so hoch sind.⁸² Das lebenslange Lernen ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Lissabon-Strategie. Die Wissensgesellschaft stellt aufgrund des immer schneller werdenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels hohe Anforderungen an Erwachsene. Lernen. Das Ziel der Lissabon-Strategie liegt bei einer Beteiligung von 12,5 % der Erwachsenen am lebenslangen Lernen. Im Jahr 2003 beteiligten sich ungefähr 10 % der Erwachsenen.⁸³ Das lebenslange Lernen wird durch verschiedene Projekte gefördert. Eines der Projekte ist das Projekt: „Lernende Regionen“ mit dem in Deutschland 74 „Lernende Regionen“ mit 118 Millionen Euro bis zum Jahr 2007 gefördert werden. Fast 50 Millionen Euro davon werden vom Europäischen Sozialfond übernommen.⁸⁴ Der Bereich des lebenslangen Lernens wird insbesondere in Schweden, Dänemark und Finnland gefördert. Andere Staaten investieren nicht in ausreichendem Maße und wenden überholte Strategien zur Qualifizierung des Human-Kapitals an.⁸⁵

Höhere Investitionen in Bildung können die Arbeitsproduktivität erhöhen und damit zu Wachstum beitragen. Diese Ausgaben und Investitionen müssen in den Ländern mit negativen Wachstumsraten sowie in den Ländern, deren Anteil der Investitionen im Bildungssektor an den Gesamtinvestitionen zu gering ist, zumindest erhöht werden.

⁸² Vgl. Pisani-Ferry, J.: (2004, S. 3)

⁸³ Vgl. Europäische Kommission: IP/03/1520 vom 11. November 2003

⁸⁴ Vgl. http://www.innovations-report.de/html/berichte/bildung_wissenschaft/bericht-22343.html

⁸⁵ Vgl. Europäische Kommission: Gemeinsamer Beschäftigungsberichts 2004/2005 KOM (2005)13 vom 27.01.2005: (2005, S. 13)

7.3. Investitionen in Forschung und Entwicklung

In Tabelle 9 ist zu erkennen, dass die Ausgaben für den Bereich Forschung und Entwicklung in Finnland und Schweden höher sind als in den restlichen Staaten, während sich Dänemark im Durchschnitt der betrachteten Staaten befindet. Bei der Arbeitsproduktivität fällt auf, dass diese drei Staaten ein erhöhtes Wachstum der Arbeitsproduktivität vom ersten zum zweiten Beobachtungszeitraum aufweisen. Ein weiterer interessanter Aspekt ist der Anteil des F+E-Personals an den Erwerbstätigen. In Finnland beträgt dieser 3,06 %, in Schweden 2,56 % und in Dänemark 2,26 %. Diese drei Staaten sind die einzigen Staaten in Europa, mit einem Anteil von über 2 %. Dann folgen Belgien mit 1,84 %, Deutschland mit 1,74 % und Frankreich mit 1,71 %. Sie liegen aber noch deutlich über den EU-15, in denen der Anteil an F+E-Personal lediglich 1,54 % der Erwerbstätigen beträgt.⁸⁶

Tabelle 9: Forschung und Entwicklung - Wachstum der Arbeitsproduktivität

	F+E Ausgaben (in % des BIP)	Durchschnittl. Wachstum der Arbeitsproduktivität (GDP/total hours)	
	1999-2001	1980-1990	1990-2000
Belgien	2,0	2,6	2,3
Dänemark	2,1	1,9	2,3
Deutschland	2,5	2,5	1,9
Frankreich	2,2	3,2	2,0
Finnland	3,3	3,7	3,7
Schweden	4,2	1,6	2,2
Großbritannien	1,9	2,3	1,4

Quelle: Weltbank: (2004); Nicoletti, G.; Scarpetta, St.: (2003, S. 14f.)

Mittelfristig ist der Zusammenhang zwischen den Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie der Produktivitätserhöhung und den in einer Wirtschaft verwendeten Technologien deutlich zu erkennen.⁸⁷ Dabei gibt es in Europa auch positive Entwicklungen. Die F+E-Aufwendungen lagen in Europa im Jahr 2002 in der Summe von Hochschulsektor und staatlichem Sektor gerechnet in Kaufkraftstandards (KKK) höher als in den USA. Allerdings waren die F+E-Investitionen im privaten Sektor mit 116.163 Millionen KKS gegenüber 177.112

⁸⁶ Vgl. Frank, S.: (2005b, S. 1)

⁸⁷ Vgl. Denis, C.; McMorrow, K.; Röger, W.: (2004, S. 57)

Millionen KKS deutlich geringer als in den USA.⁸⁸ Auch betrug der Prozentsatz der vom privaten Sektor finanzierten F+E-Aufwendungen in den EU-25 lediglich 55,4 % und liegt damit deutlich unter dem EU-Ziel, 66 % der F+E-Aufwendungen privat zu finanzieren.⁸⁹ Wenn jährlich 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung investiert und zu einem Drittel staatlich und zu zwei Dritteln privat finanziert werden sollen, müssen zum einen die staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöht werden, zum anderen müssen die privaten F+E-Aufwendungen im Vergleich zu den staatlichen überproportional gesteigert werden.

Im Bereich der EU-15 sind die Investitionen ungefähr gemäß den Zielvorgaben verteilt. Im Jahr 2003 wurden 34,4 % der Investitionen in Forschung und Entwicklung vom staatlichen Sektor getätigt, während 65,6 % der Investitionen in Forschung und Entwicklung vom Unternehmenssektor getätigt wurden. Weiterhin fällt auf, dass in Finnland und Schweden die einen hohen Anteil von F+E Investitionen am BIP haben über 70 % der Investitionen in F+E von Unternehmen getätigt werden und in den westlichen Industriestaaten der Unternehmensanteil bei 66 % und mehr liegt. Einen zu geringen Anteil der F+E Investitionen weisen Griechenland, Spanien, Italien und Portugal auf. Grundsätzlich sind die F+E Investitionen im Verhältnis zum BIP in diesen Staaten besonders niedrig.

Eine weitere wichtige Fragestellung besteht darin, in welchen Bereichen in Forschung und Entwicklung investiert werden soll. Hier sollten Bereiche bevorzugt werden, dessen Innovationen zum einen eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität begünstigen und zum anderen Innovationen bringen, die sich in neuen technisch hochwertigen Produkten niederschlagen sowie ein hohes Wachstumspotential beinhalten. Zu diesen Bereichen sind die umweltfreundlichen Technologien zu zählen, da die negativen Auswirkungen der hohen Ölpreise auf die europäische Konjunktur verringert werden könnten, wenn die Entwicklung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden kann. Dies ist möglich, wenn durch Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien wirtschaftliche realisierbare Innovationen zu einer breiteren Anwendung von erneuerbaren Energien führen.⁹⁰

⁸⁸ Vgl. Frank, S.: (2005a, S. 6)

⁸⁹ Vgl. Frank, S.: (2005a, S. 2)

⁹⁰ Vgl. Randzio-Plath, Ch.: (2004, S. 198)

7.4. Makroökonomische Impulse des IKT-Sektors

Der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist von besonderer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union sowie für Wachstums- und Beschäftigungspotentiale, weil er ein besonders großes Wachstumspotential verspricht. Dieses entsteht überwiegend durch das Produktivitätswachstum, das durch den Einsatz von IKT-Technologien zu erreichen ist.

Informations- und Kommunikationstechnologien können das Wachstum unterschiedlich fördern. Zum einen bieten Investitionen in IKT die Möglichkeit, die Arbeitsproduktivität in allen Wirtschaftssektoren deutlich zu steigern. Gleichzeitig bietet diese Branche ein überdurchschnittliches Wachstumspotential.⁹¹ Das hohe Wachstumspotential hängt damit zusammen, dass Investitionen die Arbeitsproduktivität stark erhöhen können. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist ein Problem, so dass eine Förderung von Investitionen in diesem Sektor wichtig ist. Hier hat Europa Nachholbedarf. In den USA ist die Arbeitsproduktivität im Zeitraum von 1997 bis 2002 mit durchschnittlich 2,2 % stärker angestiegen als im Zeitraum von 1991 bis 1996, als die Arbeitsproduktivität im jährlichen Durchschnitt um 1,4 % anstieg. Diese Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität geht nachweislich auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zurück.⁹² Beim Vergleich von fünf IKT-Branchen haben die USA in vier Branchen einen deutlichen Vorsprung gegenüber der EU. Die EU ist lediglich in einer IKT-Branche den USA überlegen, nämlich dem Telekommunikationssektor.⁹³ Informations- und Kommunikationstechnologien haben einen doppelten positiven Einfluss auf die Entwicklung der Produktivität. Von der IKT-Produktion gehen dynamische Expansionseffekte aus, aber auch von der Nutzung von IKT, soweit sie an IKT-Investitionen gebunden ist.⁹⁴ Diese Technologien sind auch in Europa verfügbar. Trotzdem ging das durchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität von 2,2 % im Zeitraum 1991 bis 1996 auf 1,5 % im Zeitraum 1997 bis 2002 zurück.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Companó, R.; Pascu, C.; Desruelle, P. und Bugelman, J.-C.: (2004, S. 30)

⁹² Vgl. Tabellini, G.; Wyplosz, Ch.: (2004, S. 6f.)

⁹³ Vgl. Denis, C.; McMorrow, K; Röger, W.: (2004, S. 56)

⁹⁴ Vgl. Welfens, P. J. J.: (2005, S. 187)

⁹⁵ Vgl. Tabellini, G.; Wyplosz, Ch.: (2004, S. 6f.)

Dies lässt darauf schließen, dass in Europa im Bereich der IKT Nachholbedarf besteht. Im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ragen im Bereich der IKT Irland, Finnland und Schweden aus den Analysen für die Union (EU-15) aufgrund ihrer starken IKT-Herstellungprofile hervor. Die positive Entwicklung der IKT-Branchen in diesen Ländern wirkte sich positiv auf die nationale Wirtschaftslage aus.⁹⁶ Auch der technische Fortschritt ist in diesen drei Staaten stärker ausgeprägt, weil der technische Fortschritt in den IKT-Branchen zum Wachstum der Arbeitsproduktivität erheblich beigetragen hat. Der Wachstumsbeitrag betrug in Finnland und Irland fast 0,9 Prozentpunkte, während es in Schweden 0,5 Prozentpunkte waren. In Frankreich, Deutschland und Belgien betrug der Effekt hingegen lediglich 0,2 Prozentpunkte.⁹⁷ Dabei ist eine Parallele zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu erkennen. Finnland weist gefolgt von Schweden mit Abstand den größten Zuwachs bei der Arbeitsproduktivität auf. Ein größerer Zuwachs der Arbeitsproduktivität ist allerdings auch durch den Einsatz von IKT-Technologien nicht übergangslos zu erreichen, sondern wird eine Zeitspanne benötigt, weil die positiven Auswirkungen auf sich warten lassen. Die USA konnten aufgrund von Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien ein stärkeres Produktivitätswachstum erreichen. Allerdings weisen neuere Studien darauf hin, dass Unternehmen, die in IKT investieren, mittelfristig planen müssen, um die entsprechenden Produktivitätszuwächse zu erreichen, weil beispielsweise die Belegschaft umgeschult und/oder die Arbeit reorganisiert werden muss. Vergleichbare Zuwächse in den schwächeren Staaten der Union werden folglich einige Jahre brauchen.⁹⁸

Von daher empfiehlt sich eine mittelfristige Strategie in bezug auf erhöhte Investitionen im Bildungssektor und im Bereich von Forschung und Entwicklung. Eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für den Bereich Forschung und Entwicklung hat positive Auswirkungen auf das Wachstum von Forschung und Entwicklung im privaten Sektor. Untersuchungen zeigen, dass eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zu einer Steigerung von privat finanzierter Forschung und Entwicklung führt und der positive Effekt in großen Unternehmen verstärkt auftritt und größere Auswirkungen hat als in kleineren Unternehmen.⁹⁹ Ein Schwerpunkt muss auch auf die Entwicklung geringer entwickelter Regionen gelegt werden, weil

⁹⁶ Vgl. Bogdanowicz, M.; Burgelman, J.-C.: (2003, S. 12)

⁹⁷ Vgl. Welfens, P. J. J.: (2005, S. 188)

⁹⁸ Vgl. Sioli, L.; Zangl, P.: (2005, S. 178)

⁹⁹ Vgl. Ali-Yrkkö, J.: (2005, S. 10)

eine starke Konzentration bei den Forschungsausgaben festzustellen ist. Auf die zehn Top-Regionen in der EU entfallen ungefähr 1/3 der damit verbundenen Aufwendungen. 17 der 25 Regionen mit der niedrigsten Forschungs- und Entwicklungsintensität sind Ziel-1-Regionen und somit Regionen mit Entwicklungsrückstand. In Griechenland beispielsweise konzentriert sich die Hälfte der Forschungsausgaben auf die Hauptstadtregion. In Spanien konzentrieren sich ¾ der F+E-Ausgaben auf nur drei Regionen. Weiterhin werden davon 30 % in der Region um Madrid getätigt.¹⁰⁰ Durch eine makroökonomische Koordinierung der Investitionen muss also zur sozialen Kohäsion beigetragen werden.

Weiterhin wurde festgestellt, dass in der EU erhebliche wissenschaftliche Kompetenzen vorhanden sind, die allerdings lediglich in kleinere und weniger innovative Firmenneugründungen umgesetzt werden.¹⁰¹ Die Ursachen hierfür werden häufig in der Existenz von Regulierungshindernissen oder in der Organisationsform der Neugründungen gesehen. In Europa sind die neu gegründeten Unternehmen häufig abhängiger von größeren Unternehmen, als beispielsweise in den USA. Dies liegt unter anderem daran, dass sie häufig als Teil eines größeren Unternehmens gegründet werden.¹⁰² Dies führt dazu, dass in ihnen die Innovationskraft geringer ist, da der ökonomische Zwang zum Erfolg nicht so groß ist wie in kleinen Einzelunternehmen.

Die Förderung von Innovationen in KMU müsste demnach im Verhältnis zur Förderung von Innovationen in Großunternehmen überdurchschnittlich erfolgen, um die Innovationskraft von KMU überproportional zu erhöhen. Der Grund der höheren Innovationskraft von KMU liegt darin begründet, dass diese auf den Erfolg Ihrer Innovationen zwingend angewiesen sind, während dies in Großunternehmen nicht der Fall ist.

7.5. Makroökonomische Impulse durch Investitionen in soziale Infrastruktur

Die Investitionen in die soziale Infrastruktur sind in vielen Staaten zurückgegangen bzw. nach wie vor unzureichend. Dies gilt nicht nur für Ältere und Pflegebedürftige. Das gilt auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für die Kinderbetreuung

¹⁰⁰ Vgl. Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission: (2003, S. 30)

¹⁰¹ Vgl. Bottazzi, L.; Da Rin, M.; Giavazzi, F.: (2003, S. 35)

¹⁰² Vgl. Bottazzi, L.; Da Rin, M.; Giavazzi, F.: (2003, S. 35)

insbesondere und die Strukturen einer Gesellschaft, die auf Geschlechtergleichheit setzt.

Die Investitionen in Kinderbetreuung zeigen, dass die Erwerbsquote der Frauen in denjenigen Staaten steigt, in denen die Geschlechtergleichstellung proaktiv gefördert wird, und zwar über eine Gleichstellungsgesetzgebung, Frauenförderungsmaßnahmen, Gender-Mainstreaming und Genderbudgeting. Eine erfolgreiche Politik des Gender-Mainstreaming ist nur in den skandinavischen Staaten zu erkennen.¹⁰³ In Schweden und Dänemark beträgt die Frauenerwerbsquote über 70%. Dies lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass in Dänemark und Schweden die Kinderbetreuung weiter verbreitet ist als in der Europäischen Union. So betrug die Quote der Kinderbetreuung in Schweden im Jahr 2003 für bis zu dreijährige Kinder 73,7 % und für vier- bis fünfjährige 95,8 % und in Dänemark im Jahr 2002 für bis zu dreijährige Kinder 68 % und vier- bis fünfjährige 94 %. Dies stellt im europäischen Vergleich einen sehr hohen Standard dar. In Deutschland betrug die Quote für bis zu dreijährige Kinder im Jahr 2002 lediglich 8,5 % während die Quote für Kinder von vier bis fünf Jahren bei 89,8 % lag. Ähnliche Werte sind in Österreich zu erkennen. Hier lag im Jahr 2003 für bis zu dreijährige eine Betreuungsquote von 11,0 % vor, während bei den vier- bis fünfjährigen Kindern die Betreuungsquote bei 85,2 % lag.¹⁰⁴ Höhere Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen tragen demnach zur Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen bei. Die Erwerbsquote von Frauen lag im Jahr 2003 in Deutschland bei 59 % lag und in Österreich bei 62,8%. Wie die Kinderbetreuung kann die Ganztagschule zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, da sie die Möglichkeit einer flexibleren Arbeitsaufnahme schafft. Eine höhere Frauenerwerbsquote fördert wie eine höhere Erwerbstätigkeit Älterer das wirtschaftliche Wachstum, weil eine höhere Nachfrage besteht und mehr Investitionen getätigt werden. Insofern dürfen Investitionen in die soziale Infrastruktur nicht allein unter Kostengesichtspunkten gesehen werden. Sie müssen als Zukunftsinvestitionen bewertet werden.

Neben der höheren Frauenerwerbsquote durch Investitionen in soziale Infrastrukturen werden zusätzlich auch Arbeitsplätze im sozialen Bereich geschaffen.

¹⁰³ Vgl. Europäische Kommission: Gemeinsamer Beschäftigungsberichts 2004/2005 KOM (2005)13 vom 27.01.2005: (2005, S. 11)

¹⁰⁴ Vgl. Europäische Kommission: Annex to the Joint Employment Report 2004/2005 SEC (2005)67/2 vom 27.1.2005: (2005, S. 153f.)

Weiterhin führen die erhöhten Investitionen in Ganztagschulen zu einer Erhöhung des Bildungsstands. Dies ist für die wissensbasierte Gesellschaft von Bedeutung und zeigt sich zum Beispiel in den Ergebnissen der PISA-Studie¹⁰⁵, in der die Staaten, in denen die Ganztagschule zum Beispiel weiter verbreitet war, zu den Staaten gehört haben, die im Bildungsvergleich vordere Ränge einnehmen. Ausgaben für Sozialpolitik haben einen konsumtiven Anteil und einen Investitionsanteil, die dem Staat erlauben, ökonomische und soziale Effizienz zu kombinieren.¹⁰⁶ Investitionen in soziale Infrastruktur haben somit viele positive Effekte. Die Frauenerwerbsquote kann besser gesteigert werden und zusätzliche Arbeitsplätze werden geschaffen. Diese Faktoren haben auch direkten Einfluss auf die Entwicklung der Binnennachfrage. Weiterhin kann durch die Verbesserung der Bildung die Qualifizierungsfähigkeit der Kinder erhöht werden, so dass ein weiterer Beitrag für die wissensbasierte Gesellschaft geleistet wird.

8. Die unterschätzte Binnennachfrage

Große Anstrengungen und Aufmerksamkeit gelten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.¹⁰⁷ Dagegen werden keine Maßnahmen zur Erhöhung beziehungsweise Stabilisierung der Binnennachfrage ergriffen. Die Bedeutung der Binnennachfrage ist relativ einfach zu erkennen, wenn man bedenkt, dass nur ungefähr 40 % der in Europa erstellten Güter und Dienstleistungen in Drittregionen exportiert werden, während ungefähr 60 % der Güter und Dienstleistungen auf die Binnennachfrage entfallen. Diese Unterschätzung der Binnennachfrage ist im Sapir- und Kok-Bericht zu erkennen und selbst in der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 wurde die Binnennachfrage nicht ihrer Bedeutung entsprechend behandelt.

8.1. Investitionen und Konsum als Bestandteil der Binnennachfrage

Die Binnennachfrage setzt sich aus den inländischen privaten Investitionen, dem inländischen privaten Konsum sowie den Investitionen und dem Konsum des Staates zusammen. Somit kann eine Erhöhung der Binnennachfrage auf ein Wachstum der inländischen privaten Ausrüstungsinvestitionen, dem Wachstum des

¹⁰⁵ Vgl. <http://www.pisa.oecd.org>

¹⁰⁶ Vgl. Fourage, Didier: (2003, S. 10)

¹⁰⁷ Vgl. ???

inländischen privaten Konsums und dem Wachstum von staatlichen Investitionen und staatlichem Konsum zurückgehen. Der private Konsum betrug im Jahr 2004 in den EU-15 ungefähr 58 % der Binnennachfrage, während der Staatskonsum und die Bruttoanlageinvestitionen jeweils ungefähr 21 % der Binnennachfrage ausgemacht haben. In den letzten Jahren haben sich diese Faktoren in Europa eher schwach entwickelt, weil die Entwicklung der privaten und staatlichen Investitionen schwach war. Die staatlichen Investitionen sind in den EU-15 im Jahr 2003 wieder stärker gestiegen, nachdem sie 2002 stagnierten. Die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt sind hingegen in den Jahren 2002 und 2003 zurückgegangen. Auch der private und staatliche Konsum weisen seit dem Jahr 2000 beständig sinkende Wachstumsraten auf. Von zentraler Bedeutung ist die Antwort auf die Frage, wie diese Schwäche der Binnennachfrage überwunden werden kann. Deutschland als größte EU-Volkswirtschaft wird dabei exemplarisch untersucht.

8.2. Die Entwicklung des staatlichen Konsums

In der folgenden Betrachtung des Konsums in der Europäischen Union wird zwischen dem staatlichen und dem privaten Konsum unterschieden. Der Staatskonsum liegt in den hier betrachteten Volkswirtschaften ungefähr zwischen 14 % und 28 %. Gemessen am Staatskonsum der EU-15 Staaten mit einem Staatskonsum am BIP zwischen 19,9 % und 21,0 % ist auffallend, dass Irland mit einem Maximum von 16,5 % und Griechenland mit einem Maximum von 17,7 % deutlich darunter liegen. Die USA liegen mit einem maximalen Staatskonsum gemessen am BIP von 15,6 % allerdings noch deutlich niedriger. Über dem Maximum der EU-15 Staaten liegen Dänemark mit 25,3 % vor Frankreich mit 23,2 %, den Niederlanden mit 22,7 % sowie Schweden mit 26,6 % im Minimum.¹⁰⁸ Auffällig ist, dass Griechenland und Irland den geringsten Staatskonsum im Verhältnis zum BIP hatten, obwohl der Staatskonsum gleichzeitig überdurchschnittlich gestiegen ist. In Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Schweden wuchs der Staatskonsum hingegen unterdurchschnittlich. Dies weist darauf hin, dass es in Europa zu einer Angleichung des Staatskonsums kommt. Weiterhin ist auffällig, dass Dänemark und Schweden, deren Staatsausgaben für Bildung vergleichsweise hoch sind, einen hohen Staatskonsum aufweisen. Bei der Entwicklung ist auffällig, dass das Wachstum des Staatskonsums in den

¹⁰⁸ Vgl. Tabelle 17 im Anhang

europäischen Volkswirtschaften Deutschland und Österreich im Durchschnitt der Jahre von 2001 bis 2004 weit unter 1 % lag, während der Staatskonsum in diesem Zeitraum in den USA bei fast 3 % und in Großbritannien sogar bei 3,6 % lag. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Haushalte in Deutschland und Österreich konsolidiert wurden, während in den USA und Großbritannien eine im Vergleich expansivere Fiskalpolitik möglich war.

Tabelle 10: Reale Veränderung der staatlichen Konsumausgaben

Reale Veränderung der staatlichen Konsumausgaben in % zum Vorjahr

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-15	1,6	1,1	1,5	2,0	2,2	2,4	3,1	1,8	1,9
Eurozone	1,7	1,4	1,4	1,8	2,3	2,4	3,1	1,6	1,6
Belgien	2,4	0,2	1,1	3,6	2,3	2,8	2,3	2,7	2,5
Dänemark	3,4	0,8	3,1	2,0	0,9	2,7	2,1	1,0	0,2
Deutschland	1,8	0,3	1,9	0,8	1,1	1,0	1,9	0,1	0,4
Griechenland	0,9	3,0	1,7	2,1	14,8	-3,2	8,3	-2,3	6,5
Spanien	1,3	2,9	3,7	4,2	5,6	3,5	4,1	3,9	4,9 f
Frankreich	2,3	2,1	-0,1	1,5	2,8	2,9	4,6	2,4	2,6 f
Irland	3,4	5,1	5,8	7,4	8,1	11,3	8,4	2,6	2,8 f
Italien	1,0	0,2	0,2	1,3	1,7	3,9	1,9	2,3	0,6
Niederlande	-0,4	3,2	3,6	2,5	2,0	4,2	3,8	2,7	0,2 f
Österreich	1,5	3,0	2,3	3,0	0,2	-1,4	1,1	0,4	0,9
Portugal	3,4	2,2	4,1	5,6	4,1	3,3	2,3	0,3	1,2
Finnland	2,6	2,9	2,0	1,4	0,0	2,4	3,8	1,2	2,1
Schweden	0,6	-0,9	3,4	1,7	-1,2	0,9	2,3	0,8	0,3
Großbritannien	1,3	-0,4	1,2	3,5	2,3	2,6	3,8	3,2	4,7
Norwegen	3,1	2,5	3,3	3,2	1,3	5,8	3,7	1,4	2,0
USA	0,4	1,8	1,6	3,1	1,7	3,1	4,0	2,9	1,8

f = Prognose

Quelle: Eurostat

8.3. Die Entwicklung des privaten Konsums

Die Konsumquote befindet sich in den europäischen Staaten ungefähr zwischen 40 % und 74 %. Somit weist der private Konsum die größte Spreizung von den drei Größen Investitionsquote, staatliche Konsumquote und private Konsumquote auf. Bei ihr beträgt der Anteil bei den EU-15 Staaten im Minimum 57,4 % und im Maximum 58,5 %. Besonders auffällig sind Schweden, Norwegen und Luxemburg die jeweils eine maximale Konsumquote von unter 50 % aufweisen. Auf der anderen Seite sind Großbritannien mit einem Minimum von 64,0 % und Griechenland mit einem Minimum von 67,2 % die beiden europäischen Staaten, die im Minimum stark nach oben abweichen. Sie sind vergleichbar mit den Quoten in den USA, die im Minimum 66,8 % aufweisen.¹⁰⁹ Bei den Veränderungen im Zeitraum von 1996 bis

¹⁰⁹ Vgl. Tabelle 17 im Anhang

2003 ist ein starker Rückgang der Zuwachsraten im Zeitraum 2001 bis 2003 zu erkennen. In Deutschland hat sich die Entwicklung des privaten Konsums seit 1999 abgeschwächt und stagniert zurzeit. Allerdings ist in der Entwicklung des Konsums in Deutschland kein grundsätzlicher Strukturbruch im Vergleich zu früheren Stagnationsphasen zu erkennen.¹¹⁰

Tabelle 11: Reale Veränderung des privaten Konsums

Reale Veränderung des privaten Konsums in % zum Vorjahr

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-15	1,9	1,9	3,1	3,6	2,9	1,9	0,6	:	:
Eurozone	1,6	1,6	3,0	3,5	2,7	1,8	0,0	:	:
Belgien	1,2	2,0	3,2	2,2	3,5	0,7	0,2	2,1	2,2
Dänemark	2,5	2,9	2,3	0,7	-0,7	-0,3	0,6	0,8	4,2
Deutschland	0,9	0,5	1,7	3,6	2,0	1,8	-0,8	-0,1	-0,4
Griechenland	2,4	2,7	3,5	2,4	2,0	3,0	3,1	4,0	3,3
Spanien	2,2	3,2	4,4	4,7	4,1	2,8	2,8	2,9	:
Frankreich	1,3	0,1	3,4	3,2	2,7	2,6	1,5	1,4	:
Irland	6,7	7,5	8,2	8,9	9,5	5,3	2,8	2,3	:
Italien	1,2	3,2	3,2	2,6	2,7	0,8	0,4	1,4	1,0
Niederlande	4,0	3,0	4,9	4,8	3,2	1,4	0,8	:	:
Österreich	3,5	0,0	1,6	2,0	4,0	1,0	-0,3	0,6	1,5
Portugal	3,0	3,4	5,1	5,2	2,8	1,0	1,1	-0,3	2,4
Finnland	3,7	3,4	4,2	3,4	3,1	1,8	1,4	4,4	3,3
Schweden	1,6	2,7	3,0	4,2	4,3	0,4	1,4	1,5	1,9
Großbritannien	3,8	3,7	3,8	4,6	4,4	3,1	3,2	2,3	3,3
Norwegen	6,9	3,4	2,8	3,3	4,0	1,9	3,1	2,8	4,2
USA	3,2	3,4	4,9	:	:	:	:	:	:

Quelle: Eurostat

Insgesamt ist besonders im Vergleich von Europa mit den USA zu erkennen, dass in den USA eine weitaus höhere private Konsumquote und eine deutlich niedrigere staatliche Konsumquote vorzufinden sind als im Durchschnitt der EU-15 Staaten. Bei der Investitionsquote ist hingegen kein auffällig großer Unterschied zwischen den USA und den EU-15 Staaten festzustellen. Dies bedeutet, dass der private Konsum in den USA im Vergleich zum staatlichen Konsum einen weitaus größeren Stellenwert hat, wies dies im Vergleich in den EU-15 der Fall ist. Die Ursache dafür liegt unter anderem an der extrem niedrigen Sparquote die in den USA zu beobachten ist. Dadurch wird der Anteil des privaten Konsums am BIP im Vergleich zu Europa erhöht. Der Konsum hat somit in den USA eine noch größere Bedeutung als in Europa.

¹¹⁰ Vgl. Sachverständigenrat: (2004, S. 137f.)

8.4. Ursachen für die Schwäche der Binnennachfrage in der Europäischen Union

Viele Bestandteile der Binnennachfrage in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in den EU-15 haben sich also in den vergangenen Jahren schwach entwickelt, so dass sich die Frage nach der realen Veränderung der Binnennachfrage in der EU im Vergleich zu anderen Regionen/Länder stellt.

Tabelle 12: Reale Veränderung der Binnennachfrage

Reale Veränderung der Binnennachfrage in % zum Vorjahr

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU-15	1,4	2,0	3,8	3,5	3,2	1,2	0,8	1,4	2,3
Eurozone	1,1	1,7	3,5	3,5	3,0	0,9	0,3	1,2	2,0
Belgien	0,9	2,7	2,7	2,5	3,7	0,4	0,5	1,7	3,0
Dänemark	2,2	4,9	4,0	0,1	2,4	1,0	1,9	0,6	3,7
Deutschland	0,3	0,6	2,4	2,8	1,9	-0,8	-1,9	0,5	0,4
Griechenland	3,3	3,5	4,6	3,8	5,6	2,3	4,3	5,4	4,2
Spanien	1,9	3,5	5,7	5,6	4,6	2,9	2,8	3,2	4,2 f
Frankreich	0,7	0,7	4,0	3,6	4,1	2,0	1,5	1,2	3,7 f
Irland	7,8	9,4	10,3	7,6	9,0	3,7	3,6	3,0	3,4 f
Italien	0,9	2,7	3,1	3,2	2,3	1,4	1,2	1,2	1,0
Niederlande	2,8	3,9	4,8	4,3	2,5	1,8	0,5	-0,5	0,5
Österreich	2,7	0,6	2,3	3,0	3,0	-0,3	-0,8	2,3	0,6
Portugal	3,0	5,1	6,7	5,9	2,9	1,6	-0,3	-2,7	2,1
Finnland	3,8	4,8	4,2	2,0	2,5	1,8	0,5	3,1	4,2
Schweden	0,9	1,1	4,3	3,3	3,6	-0,3	0,7	0,9	0,9
Großbritannien	3,2	3,7	5,2	4,1	4,0	3,1	3,1	2,5	3,9
Norwegen	4,4	6,7	5,7	0,3	2,3	1,1	1,8	0,5	5,9
USA	3,8	4,8	5,4	5,5	4,5	0,9	2,6	3,4	4,9

f = Prognose

Quelle: Eurostat

Die Binnennachfrage in den EU-15 von 2001 bis 2003 ist kaum gewachsen und konnte sich erst im Jahr 2004 leicht erholen (siehe Tabelle 12). Trotzdem ist das Wachstum immer noch geringer als in den USA, wo das Wachstum der Binnennachfrage nur im Jahr 2001 schwächer ausgefallen ist als in den vergangenen vier Jahren in Europa. Auch im Jahr 2004 ist in vielen Volkswirtschaften der EU-15 wie Deutschland, Italien, Österreich und der Niederlande eine ausgesprochene Schwäche der Binnennachfrage zu beobachten. Daher muss berücksichtigt werden, auf welche Faktoren diese Schwäche der Binnennachfrage zurückzuführen sind, insbesondere zum Beispiel auf die Investitionen und auf den privaten Konsum.

Die entscheidenden Faktoren für die Schwäche der Binnennachfrage sind in der Europäischen Union in Faktoren des privaten Konsums und der privaten Investitionen zu unterteilen. Die Schwäche des privaten Konsums ist auf geringe Lohnsteigerungen, eine schlechte Beschäftigungsentwicklung, steigende Arbeitslosigkeit sowie die Verunsicherung der Verbraucher aufgrund von Reformen und ungewissen Zukunftsaussichten zurückzuführen. Die Schwäche der Investitionen hat abgenommen und ist überwiegend auf schlechte Absatzerwartungen zurückzuführen. Die große Bedeutung der Binnennachfrage ist auch daran zu erkennen, dass sie einen weitaus größeren Anteil an der jährlichen Wertschöpfung in Europa ausmacht als die Exporte. So stellen die Exporte in Deutschland nur 35 % soviel Nachfrage dar, wie die Binnennachfrage. Ähnlich sieht es bei der Betrachtung der EU-15 und der EU-25 aus.

Die Gründe für die verhaltene Investitionstätigkeit der Unternehmen in Europa sind im Inland zu suchen, da sich sowohl die Ertragslage als auch die Ertragsaussichten der Unternehmen im Umfeld des Außenhandels nicht messbar verschlechtert haben. Zur Erklärung der verhaltenen Investitionstätigkeit muss also die Binnennachfrage untersucht werden, und zwar sowohl die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern als auch die Entwicklung des privaten Verbrauchs sowie die staatlichen Konsumausgaben. Die Binnennachfrage wird nicht durch den Bausektor, der starke Einbußen zu verzeichnen hat unterstützt. Auch der staatliche Sektor stützte Wachstum nicht, weil die Mitgliedstaaten der Euro-Zone aufgrund des Stabilitäts- und Wachstumspakt zur Konsolidierung der Staatshaushalte eine Reduzierung der Staatsausgaben anstrebten. Auch haben die Bürger das Vertrauen in die Zukunft verloren und sind verunsichert. Die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung hat bei den Unternehmen und den Verbrauchern zu Nachfragezurückhaltung geführt. So wurde für Deutschland festgestellt, dass Investitionen von Unternehmen verschoben beziehungsweise nicht durchgeführt worden sind.¹¹¹ Dies gilt auch für den privaten Konsum, weil gleichzeitig die Sparquote beispielsweise in Deutschland von 9,7 % im Jahr 2000 auf 10,9 % im Jahr 2004 gestiegen ist. Es kam anders als in früheren Jahren trotz der hohen Exportzuwächse zu keiner Belebung der Binnenkonjunktur und insbesondere der

¹¹¹ Vgl. Kirchesch, K.: (2004, S. 536f.)

Investitionstätigkeit. Diese Entwicklung ist beispielhaft für die größte Volkswirtschaft und auf mehrere Ursachen zurückzuführen:

1. Der Zusammenhang von Auslands- und Inlandsnachfrage ist schwach ausgeprägt.

Der Zusammenhang von Auslands- und Inlandsnachfrage ist sehr fragwürdig. Grundsätzlich ist zwar beispielsweise in Deutschland ein Vorlauf der Exporte gegenüber der Binnenkonjunktur zu erkennen. Allerdings ist das Übergreifen der Impulse von der Auslandsnachfrage auf die Binnennachfrage nicht zwangsläufig, da kein direkter Zusammenhang zwischen einer zunehmenden Exportnachfrage und der Binnennachfrage besteht und erfolgt nur wenn die Unternehmen die von der erhöhten Exportnachfrage profitieren vermehrt Ausrüstungsinvestitionen und Arbeitskräfte nachfragen.¹¹² Das gleiche gilt auch für die Europäische Union. Daher kann für die Schwäche der inländischen Investitionen auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verantwortlich gemacht werden, da sich ihre Wettbewerbsfähigkeit trotz des schlechten Umfeldes in der Weltwirtschaft eher verbessert hat. Dies ist auch an der guten Exportsituation erkennbar. So sank zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter im internationalen Vergleich geringfügig, da der Euro gegenüber dem Dollar und an den Dollar gekoppelte Währungen aufgewertet wurde. In Europa hingegen, das den Hauptabsatzmarkt für deutsche Unternehmen darstellt (70 % der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union), hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund des geringen Anstiegs der Lohnstückkosten sogar verbessert.¹¹³

2. Die Kapazitäten der Unternehmen sind schlecht ausgelastet.

Die Investitionstätigkeit hat sich nicht übermäßig erhöht, weil es an Auslastung der Unternehmen fehlt. In den vergangenen Jahren waren die Kapazitäten der Unternehmen beispielsweise in Deutschland unterausgelastet. Diese Tatsache und die schwachen Absatzperspektiven auf dem Inlandsmarkt machten es nicht rentabel,

¹¹² Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: (2004, S. 389ff)

¹¹³ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: (2005, S. 11)

die Kapazitäten auszuweiten und Ausrüstungsinvestitionen zu tätigen. So kam es nicht zu einem Investitionsanstieg.¹¹⁴

Ein schlechter Auslastungsgrad führt prinzipiell dazu, dass weniger Investitionen durchgeführt werden und verhindert somit Investitionen. Die Ursache hierfür liegt nicht an fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen. Die Gewinne, die aufgrund der erhöhten Exporte erzielt werden konnten, wurden von den Unternehmen vorrangig zum Schuldenabbau beziehungsweise zur Anlage auf den Kapitalmärkten verwendet, weil den Unternehmen starke Investitionsmotive fehlten.¹¹⁵ Belegen lässt sich dieser Zustand auch durch die Motive, die für die getätigten und die geplanten Investitionen genannt wurden. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag im Jahr 2004 und liegt im Jahr 2005 im Bereich der Ersatzinvestitionen, die relativ konjunkturunabhängig sind. Die Ersatzinvestitionen stellten ungefähr ein Drittel aller 2004 getätigten Investitionen dar, während die Erweiterungsinvestitionen lediglich ein Viertel der gesamten Investitionen ausmachten.¹¹⁶

Die Entwicklung soll an dieser Stelle anhand der westdeutschen Industrie exemplarisch dargestellt werden. Insgesamt hat sich für 2004 ein Anstieg der Investitionen im Vergleich zum Vorjahr im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe von 1 % ergeben. Der Investitionsanstieg wird für das Jahr 2005 mit real 2 % erwartet. Die Höhe dieses realen Anstieges ist allerdings auch darauf zurückzuführen, dass die Preissteigerungen im Bereich der Ausrüstungsgüter 2004 sehr gering waren und sich aller Voraussicht nach auch 2005 nicht übermäßig stark entwickeln werden.¹¹⁷ Ein steigender Auslastungsgrad dürfte grundsätzlich dazu beitragen, dass die Investitionen in der Europäischen Union erhöht werden, da zum einen die Absatzaussichten steigen und zum anderen durch die dann herrschende positive Stimmung die psychologische Effekte hat.

Tabelle 13: Anlageinvestitionen in Deutschland

¹¹⁴ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: (2004, S. 374)

¹¹⁵ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: (2004, S. 324)

¹¹⁶ Vgl. Weichselberger, A.: (2005, S. 38)

¹¹⁷ Vgl. Weichselberger, A.: (2005, S. 34ff)

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in
Preisen von 1995 -

	2003	2004	2005
Ausrüstungsinvestitionen	-1,4	1,5	4,3
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	4,7
Bauinvestitionen	-3,2	-1,7	-1,2
Anlageinvestitionen insgesamt	-2,2	-0,1	1,4

Quelle: Arbeitskreis Konjunktur (2005, S. 13)

3. Die schwache Entwicklung des privaten Konsums.

Die Entwicklung der Binnennachfrage in der Europäischen Union war in den vergangenen Jahren schwach. Während in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2004 sogar ein Rückgang der Binnennachfrage zu verzeichnen war, ist in Europa für den Zeitraum 2001 bis 2003 eine Stagnation der Binnennachfrage zu beobachten, die sich aber im Jahr 2004 mit einem Wachstum der Binnennachfrage von 2,3 % in den EU-15 aufzulösen begann. Die schwache Binnennachfrage 2004 sowie in den Vorjahren ist neben der schwachen Entwicklung der inländischen Investitionen auf die schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs zurückzuführen. Dies lag an dem Vertrauensschwund, den Zukunftsängsten, den schlechten Arbeitsmarktaussichten und Reallohnseinbußen. In Deutschland wurden überdies die steuerlichen Entlastungen 2004 durch die Belastungen der Gesundheitsreform und den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen weitgehend aufgewogen.¹¹⁸ Die Kaufbereitschaft der Verbraucher wurde durch die Unsicherheit um den Arbeitsplatz und die künftige Einkommensentwicklung gedämpft. Weiterhin war im Jahr 2004 der Aufschwung im Euroraum lediglich als konjunkturelle Erholung angekommen, so dass sich die Binnennachfrage nicht beleben konnte.¹¹⁹ Im Jahr 2004 kam es zu einem realen Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland um 0,3 %. Dies ist vor allem auf die schwache Entwicklung des privaten Einkommens zurückzuführen. Auch erhöhte sich die Sparquote weiter, da aufgrund der Unsicherheit über die Belastungen durch die Sozialreformen das Konsumentenvertrauen stark beeinträchtigt wurde. Wenn 2005 die Verunsicherung der Verbraucher verringert werden kann, indem ihnen die Effekte von Steuerreform, Gesundheitsreform und Arbeitsmarktreform in ihrem verfügbaren Einkommen transparent werden, werden die privaten Haushalte Prognosen zufolge ihren Konsum real erhöhen.¹²⁰ Die Nachfrage der privaten Haushalte wird sich aber

¹¹⁸ Vgl. Wohler, E.: (2004, S. 454)

¹¹⁹ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: (2005, S. 20)

¹²⁰ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur: (2005, S. 14)

dennoch 2005 nur geringfügig erhöhen, da die Zunahme des verfügbaren Einkommens gering ist. Den Prognosen zufolge wird sich der private Konsum 2005 real gegenüber 2004 um ungefähr 0,8 % erhöhen.¹²¹ Eine schwache Entwicklung der Binnennachfrage in Deutschland hat auch Auswirkungen auf die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, da viele Importe in Deutschland aus der Europäischen Union stammen und somit auch der Export dieser Staaten in Mitleidenschaft gezogen wird.

4. Unsicherheit und Arbeitslosigkeit schwächen die Binnennachfrage in Europa.

Neben Deutschland sind aber auch andere Staaten der Europäischen Union von einer schwachen Binnennachfrage betroffen. In den EU-15 Staaten sanken die Bruttoanlageinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2002 um 0,3 % und im Jahr 2003 um 0,2 %. Das Wachstum des privaten Konsums in den EU-15 ist von einem durchschnittlichen jährlichem Wachstum von 5,7 % im Zeitraum 1996 bis 2000 über 3,7 % im Jahr 2001 und 3,1 % im Jahr 2002 auf 1,3 % im Jahr 2003 gefallen. Das Wachstum des privaten Konsums in Deutschland lag zwar bereits vorher mit durchschnittlich 2,3 % Wachstum von 1996 bis 2000 deutlich unter dem Wachstum der EU-15. Im Vergleich zum früheren Abstand konnte Deutschland allerdings deutlich aufholen. In der Europäischen Union nahmen die Konsumausgaben im Jahr 2004 um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr zu. Dies ist zwar ein größeres Wachstum als im Jahr 2003 als der private Konsum nur um 1 % gewachsen ist, aber das Wachstum des privaten Konsums blieb hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Nur in wenigen europäischen Volkswirtschaften war eine dynamischere Entwicklung zu erkennen. Dies spiegelt sich auch in den Indikatoren des Verbrauchervertrauens wider, die sich 2004 nicht merklich aufgehellt haben. Neben den geringen Lohnsteigerungen sind noch weitere Faktoren für die schwache Entwicklung des privaten Konsums verantwortlich. Dies sind die schwache Beschäftigungsentwicklung sowie die Planung beziehungsweise die Umsetzung von Reformen im Rentenversicherungs- und im Gesundheitssektor. Diese Entwicklungen sorgten für Verunsicherung bei den europäischen Verbrauchern aufgrund der

¹²¹ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: (2004, S. 376)

Arbeitsmarktentwicklung. Die Arbeitslosenquote in den EU-15 hat sich seit dem Jahr 2001 beständig erhöht. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit führt durch das geringere Einkommen zu einem Rückgang des Konsums aber auch zur Verunsicherung der Bevölkerung in Bezug auf die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes. Diese Unsicherheit, die in Befragungen der Europäischen Kommission festgestellt wurde, führt zu einer Schwächung des privaten Konsums, da die privaten Haushalte bei Unsicherheit dazu tendieren, ihre Sparquote zu erhöhen. So stieg die Brutto-Ersparnis des privaten Sektors in den EU-15 von 18,1 % im Jahr 2000 auf 19,9 % im Jahr 2004.

Tabelle 14: Brutto-Ersparnis des privaten Sektors in % des BIP

Brutto-Ersparnis des privaten Sektors in % des BIP					
	2000	2001	2002	2003	2004
EU-15	18,1	18,3	19,2	19,5	19,9
Dänemark	18,3	19,1	19,9	20,7	20,5
Deutschland	18,9	19,6	20,5	21,1	22,8
Frankreich	20,0	19,8	20,7	20,1	20,0
Finnland	18,2	19,5	19,7	18,7	19,0
Schweden	14,9	16,8	19,4	19,1	19,1
Großbritannien	12,1	12,7	15,0	16,0	15,8
Italien	18,6	19,0	19,1	19,2	18,8

Quelle: Europäische Kommission: Frühjahrsprognose 2005

Die Verunsicherung bewirken Reformen, deren Nutzen und Notwendigkeit für Haushalte und Unternehmen nicht einsichtig sind, sowie Reformen von denen Nachteile erwartet werden. Weiterhin wirkten der Ölpreisanstieg sowie administrierte Preiserhöhungen dämpfend auf die real verfügbaren Einkommen. Insbesondere die Arbeitsmarktsituation in Europa trägt zur Erklärung des schwachen privaten Konsums bei.¹²² Dies macht deutlich, dass die Schwäche der Binnennachfrage zu einem großen Teil auf psychologische Komponenten zurückzuführen ist. Die Verbraucher schränken ihren Konsum ein, weil ihr verfügbares Einkommen stagniert. Gleichzeitig steigen aufgrund von Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und Reformen Zukunftsängste und die Verbraucher sparen.

In Europa muss eine Belebung der Binnennachfrage erfolgen, die zum einen den Unternehmen Anreize für eine Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen gibt und damit mehr Beschäftigung ermöglicht und zum anderen zur Erhöhung des privaten

¹²² Vgl. Sachverständigenrat: (2004, S. 68f.)

Konsums beiträgt. Weiterhin muss demnach eine Verunsicherung der Bevölkerung vermieden werden, da dies zu einer Verschlechterung der Situation führen würde.

Die Investitionen in der Europäischen Union sind im Jahr 2004 um 2 % gestiegen, nachdem sie drei Jahre lang rückläufig waren. Diese Entwicklung bewirkt allerdings noch keine spürbare Dynamik, weil der durchschnittliche Investitionsanstieg von 1996 bis zum Jahr 2000 bei über 4 % lag. Es wurden aber von den Unternehmen vermehrt Investitionen vorgenommen, weil der weltwirtschaftliche Aufschwung als robust gilt und daher verbesserte Absatzerwartungen erzeugte, die Investitionen rentabel erschienen ließ.¹²³ Die Erholung im Jahr 2004 ist also auch auf positive Zukunftserwartungen und somit psychologische Faktoren zurückzuführen.

8.5. Wirtschaftswachstum, Binnennachfrage und Lohnzurückhaltung

Die Lohnpolitik beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung.¹²⁴ Dies geschieht überwiegend über die Lohnentwicklung. Die Entwicklung der Löhne hat Auswirkungen auf die Kostensituation der Unternehmen und dadurch auch auf deren Nachfrage nach Arbeitskräften und somit auch auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Bei geringeren Löhnen werden tendenziell mehr Arbeitskräfte eingestellt, während bei hohen Löhnen tendenziell weniger Arbeitskräfte eingestellt werden. Als wichtige Erklärung für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und damit auch für eine schwächere wirtschaftliche Entwicklung könnten daher zu hohe Löhne angesehen werden.¹²⁵ Somit sollte eine relative Senkung der Löhne im Verhältnis zu anderen Staaten zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit beitragen können. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie am Beispiel Deutschlands sehr gut zu erkennen ist.

Dies zeigt, dass beispielsweise vom Sachverständigenrat festgestellt wurde, dass die Tarifrunde 2004 vom Ziel der Beschäftigungssicherung gekennzeichnet war, so dass die Tarifverdienste auf Stundenbasis um 1,3 % gestiegen sind. Damit wurde der lohnpolitische Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft, so dass von den Lohnabschlüssen nach Ansicht des Sachverständigenrats, grundsätzlich beschäftigungsfreundliche Wirkungen ausgingen.¹²⁶ Aber auch längerfristig verzeichnet Deutschland im internationalen Vergleich geringe Lohnerhöhungen. So

¹²³ Vgl. Sachverständigenrat: (2004, S. 72f.)

¹²⁴ Vgl. Bofinger, P.: (2003, S. 152f.)

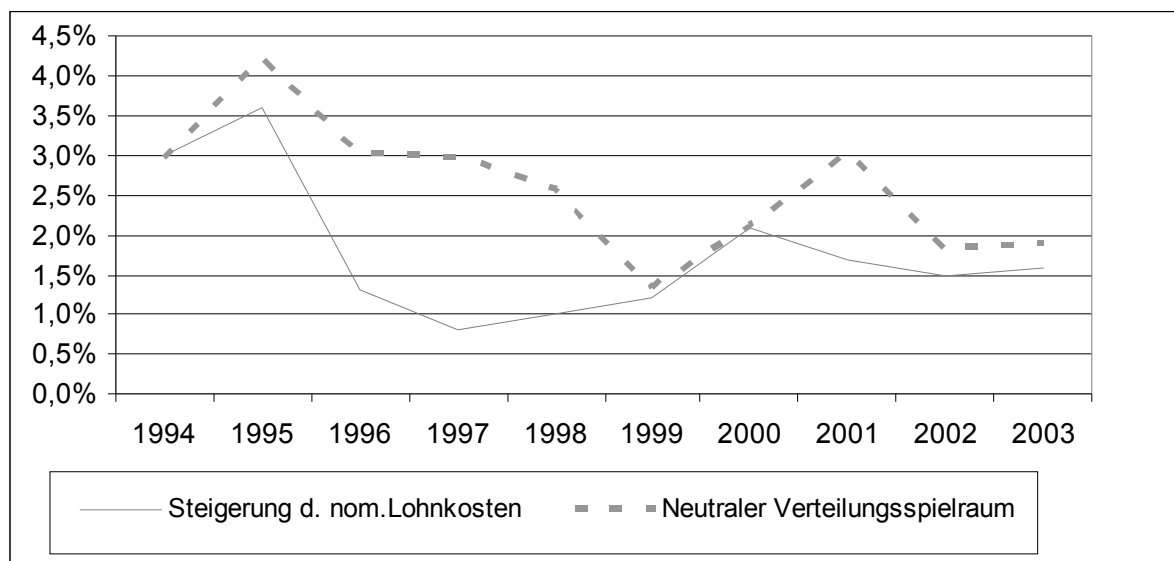
¹²⁵ Vgl. Bofinger, P.: (2003, S. 152f.)

¹²⁶ Vgl. Sachverständigenrat: (2004, S. 195)

ist Deutschland bei der Betrachtung der Nominallohnentwicklung im Zeitraum 1991 bis 2003 von 22 betrachteten Staaten auf Platz 19. Aber auch bei der Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten befindet sich Deutschland im unteren Drittel. Diese sind im Zeitraum von 1996 bis 2003 in Deutschland um jährlich durchschnittlich 0,4 % zurückgegangen.¹²⁷ Somit kann davon ausgegangen werden, dass in Deutschland in den vergangenen 13 Jahren Lohnzurückhaltung ausgeübt wurde.¹²⁸

Dies lässt sich auch dadurch bestätigen, dass der so genannte neutrale Verteilungsspielraum¹²⁹ im Zeitraum 1994 bis 2003 lediglich in den Jahren 1994, 1999 und 2000 durch die Nominallohnerhöhungen ausgeschöpft wurde, während er in den sieben anderen Jahren zumeist bei weitem nicht ausgeschöpft werden konnte. Der Saldo aus den Nominallohnerhöhungen und dem neutralen Verteilungsspielraum stellt den Ausschöpfungsgrad des neutralen Verteilungsspielraums durch die Lohnerhöhungen dar und wird als Verteilungsbilanz bezeichnet.¹³⁰

Abbildung 2: Entwicklung von Lohnkosten und Verteilungsspielraum



Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 18, Reihe 1.3, 2003; Eigene Berechnungen

Trotz dieser Lohnzurückhaltung befindet sich Deutschland in der Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum von 1991 bis 2003 nur auf dem vorletzten Platz. Obwohl theoretisch das Verhalten der Sozialpartner mit der Politik der

¹²⁷ Vgl. IAB: (2004, S. 3)

¹²⁸ Vgl. Hirschel, D.: (2004, S. 438ff)

¹²⁹ als neutraler Verteilungsspielraum ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität plus Inflationsrate definiert

¹³⁰ Vgl. Schulten, T.: (2004, S. 351)

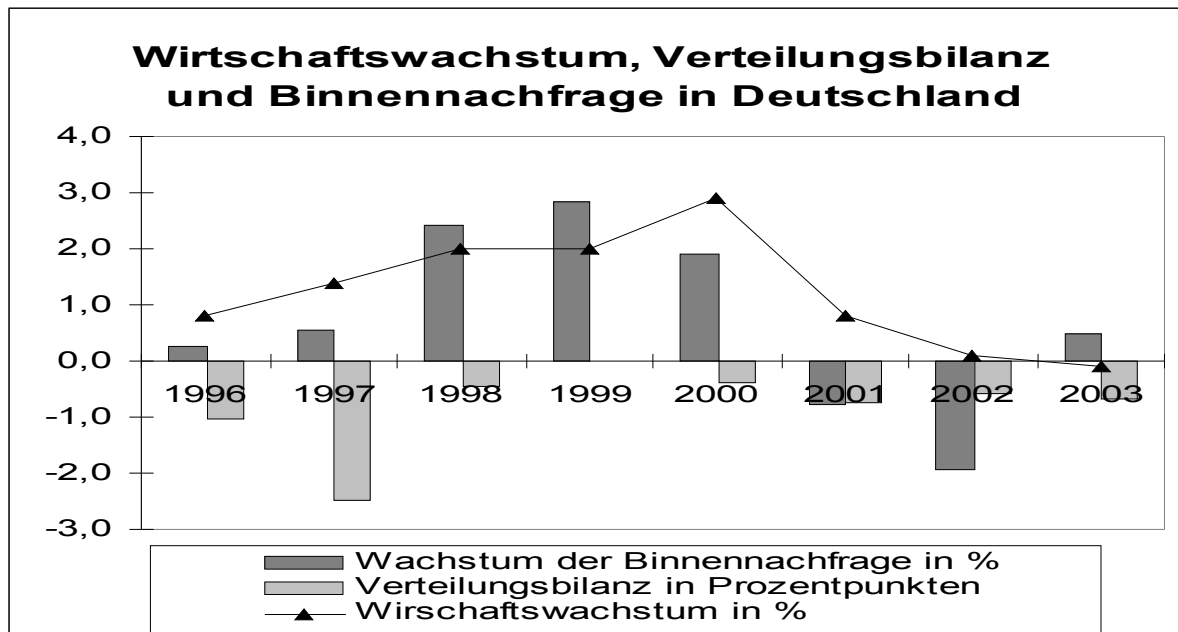
Lohnzurückhaltung zu einer Erhöhung der Beschäftigung und damit zu einer erhöhten Binnennachfrage hätte führen müssen, wenn überwiegend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschaffen worden wäre, verbesserte die im Vergleich zu den anderen Staaten starke Lohnzurückhaltung die Beschäftigungsentwicklung nicht.¹³¹ Lohnzurückhaltung als einzelnes Instrument hat offensichtlich nicht die gewünschten Wirkungen auf die Beschäftigung. Eine moderate Lohnpolitik kann demnach ohne weitere wachstumsfördernde und die Binnennachfrage unterstützende Maßnahmen keine positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt erzielen.¹³²

Die Bedeutung der Lohnpolitik als Instrument hat sich im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion weiter erhöht, da durch den Wegfall des Wechselkursmechanismus innerhalb der EWWU und der auf Preisstabilität ausgerichteten Europäischen Zentralbank weniger Einflussmöglichkeiten für die wirtschaftspolitischen Akteure bestehen. Allein die Fiskal- und die Lohnpolitik sind Instrumente, die zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung weiter bestehen. Neben der Entwicklung der Staatsausgaben hat die Binnennachfrage einen starken Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Binnennachfrage setzt sich aus den Bruttoanlageinvestitionen sowie dem privaten und staatlichen Konsum zusammen. Der private Konsum wird erheblich von der Lohnentwicklung beeinflusst. Eine starke Lohnzurückhaltung könnte Ursache für einen schwachen privaten Konsum und eine schwächere Binnennachfrage sein. Dieser Zusammenhang wird vergleichsweise für Deutschland, Finnland, Frankreich und Großbritannien untersucht. Deutschland und Frankreich werden aufgrund ihrer zentralen Stellung als Volkswirtschaften im Euro-Raum untersucht, während Finnland aufgrund seines großen Arbeitsproduktivitätswachstums und seiner Vorreiterrolle im Bereich der IKT berücksichtigt wird. Großbritannien wird aufgrund seines im Vergleich höheren Wirtschaftswachstums in die Betrachtung aufgenommen.

Abbildung 3: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Deutschland

¹³¹ Vgl. Hirschel, D.: (2004, S. 441f.)

¹³² Vgl. IAB: (2004, S. 3)

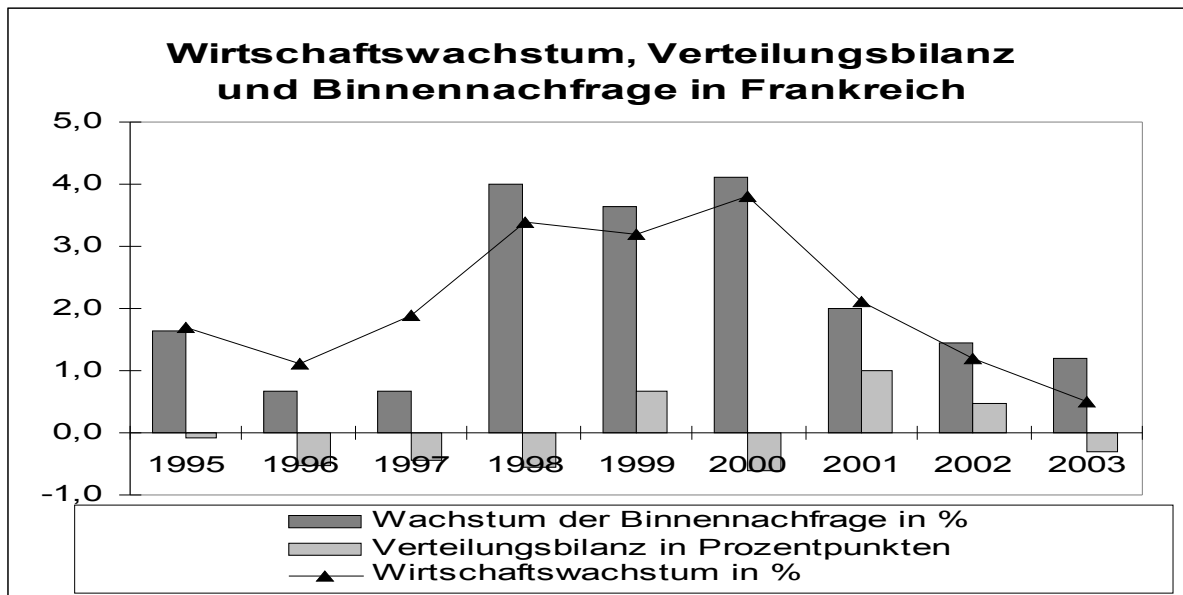


Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 18, Reihe 1.3, 2003; Eurostat; OECD; Eigene Berechnungen

In Abbildung 3 hat sich das Wachstum der Binnennachfrage ähnlich wie die Entwicklung der Verteilungsbilanz in den Jahren 1997 bis 2001 entwickelt. Im Jahr 2002 ist es allerdings zu einem übermäßig starken Rückgang der Binnennachfrage gekommen, obwohl die Verteilungsbilanz geringfügig besser als im Vorjahr ausgeschöpft werden konnte. Dieses Ergebnis ist wie der dramatische Einbruch des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 auf den Schock vom 11. September 2001 sowie die weltweite Konjunkturkrise zurückzuführen. Die im Verhältnis positive Entwicklung der Verteilungsbilanz ist durch den Rückgang des Wirtschaftswachstums zu erklären, weil die Verteilungsbilanz von der Größe des neutralen Verteilungsspielraums abhängig ist, der im Jahr 2002 deutlich niedriger ausgefallen ist. Der Verteilungsspielraum ist wiederum vom Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate abhängig. Das geringe Anwachsen der Arbeitsproduktivität im Jahr 2002 führte dazu, dass der Verteilungsspielraum besser ausgeschöpft werden konnte und die Verteilungsbilanz besser als im Jahr 2001 ausfiel. Trotzdem konnte die verbesserte Ausschöpfung des Verteilungsspielraums keinen positiven Einfluss auf die Binnennachfrage nehmen, weil diese Entwicklung durch das geringe Wirtschaftswachstums bedingt und nicht auf starke Lohnerhöhungen zurückzuführen war.¹³³

¹³³ Vgl. Schulten, T.: (2004, S. 351)

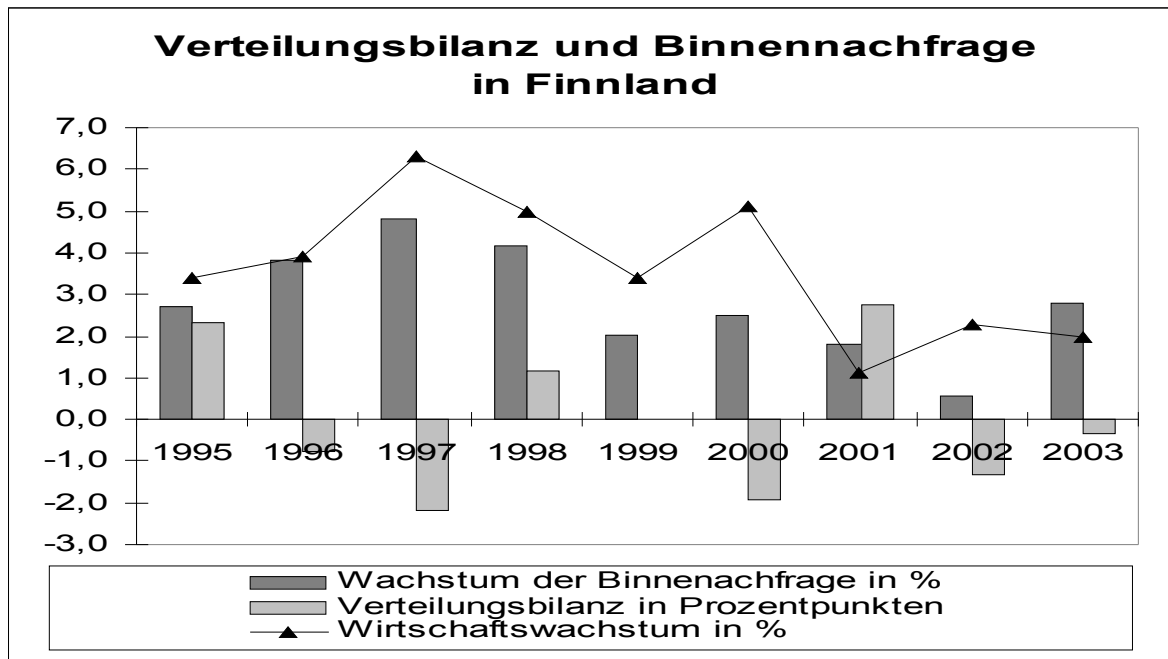
Abbildung 4: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Frankreich



Quelle: Eurostat; OECD; eigene Berechnungen

In Frankreich war eine sehr ähnliche Entwicklung in Bezug auf das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Binnennachfrage zu beobachten. Während die Verteilungsbilanz abgesehen vom Jahr 2001 jedes Jahr im Durchschnitt relativ konstant ausgeschöpft werden konnte. In der Summe der Jahre 1996 bis 2003 wurde die Verteilungsbilanz in Frankreich lediglich um 0,3 Prozentpunkte nicht ausgeschöpft, während sie in Deutschland um 6,4 Prozentpunkte nicht ausgeschöpft werden konnte. Auf diesen Umstand könnte zurückzuführen sein, dass sich die Binnennachfrage in Frankreich positiver entwickelt hat als in Deutschland. Weiterhin ist Frankreich nicht so exportabhängig wie Deutschland. Auch dies erklärt den stärkeren Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Binnennachfrage in Frankreich.

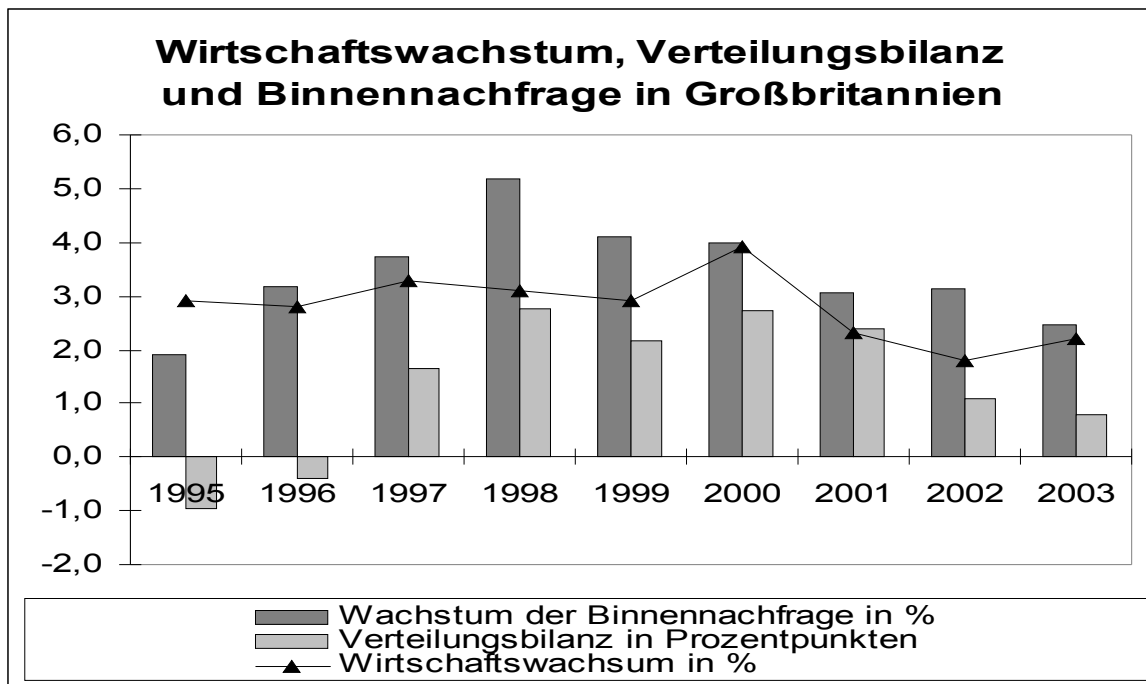
Abbildung 5: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Finnland



Quelle: Eurostat; OECD; eigene Berechnungen

In Finnland ist eine besonders interessante Entwicklung zu beobachten. Von 1995 bis 1997 hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich erhöht. Dies hatte Rückwirkungen. Über den starken Anstieg der Arbeitsproduktivität konnte der neutrale Verteilungsspielraum immer schlechter ausgeschöpft werden konnte und die Verteilungsbilanz fiel schlechter aus. Aufgrund des starken Wirtschaftswachstums konnte die Binnennachfrage allerdings trotzdem steigen. Die gegensätzliche Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Verteilungsbilanz ist nahezu im gesamten Zeitraum zu erkennen. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1999. Damals gingen sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die Verteilungsbilanz im Vergleich zum Vorjahr zurück und ein starker Rückgang der Binnennachfrage war zu erkennen. Im Verlauf der Jahre von 1995 bis 2003 wurde die Verteilungsbilanz im Durchschnitt lediglich um 0,3 Prozentpunkte nicht ausgeschöpft.

Abbildung 6: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Großbritannien



Quelle: Eurostat; OECD; eigene Berechnungen

In Großbritannien ist der Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Binnennachfrage und der Entwicklung der Verteilungsbilanz deutlich zu erkennen. Von 1995 bis 1998 hat sich die Verteilungsbilanz fortlaufend positiv entwickelt und ist mit immer höheren Wachstumsraten bei der Binnennachfrage einhergegangen. Gleichzeitig gab es ein relativ konstantes Wirtschaftswachstum um die 3 %. Seit 1999 sind Verteilungsbilanz und das Wachstum der Binnennachfrage zurückgegangen, während sich kein eindeutiger Zusammenhang zum seit 2001 zurückgegangenen Wirtschaftswachstum zeigt. Der große Einfluss, der von der Ausschöpfung der Verteilungsbilanz auf die Entwicklung der Binnennachfrage in Großbritannien ausgeht, könnte auch auf den hohen Anteil des privaten Konsums am BIP zurückgeführt werden. Allerdings konnte die Verteilungsbilanz in Großbritannien im Zeitraum von 1995 bis 2003 um 12,2 Prozentpunkte über einer neutralen Entwicklung ausgeschöpft werden. Dies müsste eine Ursache des hohen Wachstums der Binnennachfrage sein.

Die Betrachtung dieser vier Staaten lässt auf einen Zusammenhang von der Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums und der Entwicklung der Binnennachfrage schließen. Der Zusammenhang wird allerdings teilweise von anderen Einflüssen überlagert, von denen einer die wirtschaftliche Entwicklung ist. Dafür spricht, dass die Binnennachfrage in Großbritannien am stärksten gewachsen

ist. Dort konnte der Verteilungsspielraum am besten ausgeschöpft werden. In Deutschland gab es das geringste Wachstum der Binnennachfrage, aber auch gleichzeitig die geringste Ausschöpfung des Verteilungsspielraums.

Eine stabile Lohnpolitik, die ein gleichmäßiges Ausschöpfen des neutralen Verteilungsspielraums zum Ziel hat, soll Unsicherheit vermeiden helfen. Dies gilt sowohl für die Arbeitnehmer aufgrund der Sicherheit der Einkommensentwicklung und der Sicherheit der Arbeitsplätze als auch für die Arbeitgeber bezüglich der Planungssicherheit ihrer Investitionen. Die Verwendung des neutralen Verteilungsspielraums als Orientierungspunkt für Lohnerhöhungen in einer europaweit koordinierten Lohnpolitik ist sinnvoll, da nach dem Wegfall des stabilisierenden Wechselkursmechanismus nach Überlegungen von DIW und WSI innerhalb der Europäischen Währungsunion neue makroökonomische Stabilitätsbedingungen geschaffen werden müssen. Zu diesen Stabilitätsbedingungen gehört auch eine Tarifpolitik die sich eng an den nationalen Verteilungsspielräumen orientieren soll.¹³⁴ Durch die koordinierte Lohnpolitik soll verhindert werden, dass sich auf dem Arbeitsmarkt Verzerrungen bilden, die nicht mehr durch Wechselkursänderungen ausgeglichen werden können.

Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums kann nicht losgelöst von der Reallohnentwicklung betrachtet werden. Die Reallöhne in den großen Volkswirtschaften in Europa in den vergangenen Jahren sind nur sehr geringfügig gestiegen und teilweise sogar gesunken (siehe Tabelle 15). Hervorzuheben sind Deutschland und Italien. Dort lag die durchschnittliche Reallohnerhöhung zwischen 2001 und 2003 unter 0,5 % im Jahr. Derartig niedrige Reallohnerhöhungen bewirken, dass der private Konsum stagniert und die Unternehmen Absatzprobleme haben. Dies liegt zum einen an dem geringen zusätzlichen verfügbaren Einkommen, das den Arbeitnehmern zur Verfügung steht und zum anderen an der Verunsicherung, die die Arbeitnehmer in Zeiten geringer Lohnerhöhung und hoher Arbeitslosigkeit empfinden.

Tabelle 15: Reale Lohnentwicklung

Reale Lohnentwicklung - Veränderung in % zum Vorjahr									
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Belgien	0,9	-0,4	1,7	0,7	2,7	-0,1	1,7	2,7	..
Dänemark	1,4	2,7	2,2	2,7	0,3	1,6	2,4	0,8	1,4

¹³⁴ Vgl. Schulten, T. (1999, S. 131ff)

Deutschland	..	0,0	-0,9	0,4	0,8	0,7	-0,3	0,2	0,3
Finnland	3,9	1,7	0,6	4,1	0,9	0,9	2,3	0,0	2,1
Frankreich	0,7	0,2	1,0	1,3	1,8	0,5	1,4	1,0	0,2
Griechenland	..	1,3	8,8	1,5	6,8	4,1	3,8	3,7	1,6
Großbritannien	1,0	0,8	3,1	4,6	3,5	5,2	4,0	2,7	2,1
Irland	..	1,8	3,0	3,2	3,8	3,5	5,6	0,7	..
Italien	-1,4	1,7	2,5	-3,6	0,8	0,5	1,0	-0,1	0,3
Niederlande	0,6	-0,1	0,2	2,6	2,1	2,3	0,1	0,4	..
Österreich	2,9	0,0	0,3	1,8	1,7	0,6	-0,8	0,7	1,5
Portugal	11,2	3,1	3,4	3,9	4,6	4,6	1,3	1,0	..
Schweden	0,1	6,6	3,0	1,7	0,8	6,2	2,2	0,9	0,3
Spanien	-0,5	0,8	1,5	1,4	1,5	1,0	1,6	0,8	1,6

Quelle: OECD; eigene Berechnungen

In Europa gibt es eine sehr moderate Lohnentwicklung. Die lediglich moderaten Lohnerhöhungen beziehungsweise die ausgeprägte Lohnzurückhaltung wegen der Beschäftigungsorientierung der Tarifverhandlungen können zu zusätzlichen Komplikationen führen. Aufgrund der historisch niedrigen Inflationsrate in Europa kann es zusammen mit angebotsorientierten Strukturreformen dazu kommen, dass die Inflationsrate weiter sinkt und deflationäre Tendenzen drohen.¹³⁵

8.6. Maßnahmen gegen die Schwäche der Binnennachfrage

Die Schwäche der Investitionen im Binnenmarkt ist auf eine schlechte Auslastung der Kapazitäten und unsichere Absatzerwartungen zurückzuführen.¹³⁶ Neben der Entwicklung der Weltwirtschaft wurde das negative Investitionsklima vor allem durch Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte verstärkt. Die staatliche Investitionsquote erreichte beispielsweise in Deutschland im Jahr 2004 eine Höhe von 1,4 %. Dieses Niveau ist im internationalen Vergleich wie im intertemporalen Vergleich sehr niedrig. Die öffentlichen Investitionen, die häufig Infrastrukturmaßnahmen sind, sind auch 2004 stark zurückgegangen. Das gleiche gilt für den privaten Konsum, der seit Jahren stagniert.

Wenn durch eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen eine Förderung der privaten Investitionen angestrebt werden soll, könnten die Investitionen vorzugsweise im Bereich Bildung sowie F+E erhöht werden und damit gleichzeitig das Ziel der Lissabon-Strategie in Bezug auf die F+E-Investitionen unterstützen. Als Folge einer derartigen Umschichtung der Staatsausgaben und Erhöhung der

¹³⁵ Vgl. European Trade Union Confederation: (2005, S. 5)

¹³⁶ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: (2004, S. 374)

staatlichen Investitionen könnten sich der Auslastungsgrad und die Ertragsaussichten der Unternehmen verbessern und somit weitere Investitionen von Seiten der Unternehmen induzieren. Allerdings müsste sich die Erhöhung der Investitionen ohne eine Erhöhung der Gesamtbelastungen von Unternehmen und Verbrauchern vollziehen, damit der positive Effekt nicht egalisiert werden kann.¹³⁷

Neben der Investitionsförderung von Unternehmen ist die Förderung des privaten Konsums ein wichtiger Bestandteil der Stabilisierung der Binnennachfrage. Ein Beispiel für die Ankurbelung des privaten Konsums ist in Schweden zu finden. In Schweden ist der private Konsum im Jahr 2003 um real 1,5 % gestiegen. Die Ursache dafür lag unter anderem in erheblich erhöhten staatlichen Transferzahlungen, denen nur mäßige Steuererhöhungen gegenüberstanden.¹³⁸ 2004 expandierte der private Konsum weiter. Diese Entwicklung wurde insbesondere auf das allgemein verbesserte Konjunkturklima zurückgeführt.¹³⁹ Nach einem realen Wachstum des privaten Konsums im Jahr 2003 in Höhe von 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr hat sich das reale Wachstum auf 1,9 % im Jahr 2004 erhöht. Allerdings befindet sich Schweden im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten aufgrund des niedrigeren Staatsdefizits in der Lage, durch erhöhte Transferzahlungen den privaten Konsum anzukurbeln.

Eine Erhöhung des privaten Konsums nach schwedischem Vorbild ist in der Europäischen Union nicht möglich. Aufgrund des notwendigen Konsolidierungskurses in vielen Mitgliedstaaten ist keine Erhöhung der staatlichen Transferzahlungen und somit kein positiver Impuls auf den privaten Konsum über eine Erhöhung der Transferzahlungen zu erwarten. Dabei spielen die Zukunftserwartungen allerdings im Verbraucher- und Unternehmensverhalten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Allerdings schwankt der private Konsum geringer als die inländischen Investitionen.¹⁴⁰ Die Investitionen haben im Vergleich zum privaten Konsum die stärkeren Auswirkungen auf die Schwankungen, denen das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausgesetzt ist.

¹³⁷ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: (2004, S. 400f.)

¹³⁸ Vgl. Kuntze, O.-E.: (2004, S. 26)

¹³⁹ Vgl. Kuntze, O.-E.: (2004, S. 29)

¹⁴⁰ Vgl. OECD: (2004c) <http://www.oecd.org/dataoecd/6/49/20209188.pdf>

Im nordischen Modell sind viele Faktoren zu erkennen, die zur Stabilisierung der Binnennachfrage beitragen. So liegt der Staatskonsum in Dänemark, Finnland und Schweden über dem Durchschnitt der EU-15. Aber auch die stärker ausgebaute soziale Sicherung und die verbesserte Frauenerwerbstätigkeit (alle drei Staaten hatten das Ziel von 60 % Erwerbstätigenquote bei Frauen bereits 2003 weit übertroffen) sowie die höhere Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer tragen zur Stärke von Binnennachfrage und privatem Konsum bei. Grundsätzlich ist eine Erhöhung des privaten Konsums durch eine Erhöhung der Reallöhne möglich, daher sollten Lohnerhöhungen die sich an den Produktivitätssteigerungen orientieren angestrebt werden.

8.7. Mehr Binnennachfrage durch bessere Instrumente

Ein mögliches Instrument zur Erleichterung von öffentlichen Investitionen sind die „öffentlich-private Partnerschaften“ (Public Private Partnership - PPP). Sie bieten die Möglichkeit, öffentliche und private Mittel, Kenntnisse und Personaleinsätze zu bündeln und dadurch zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen beizutragen und Investitionen zu steuern.¹⁴¹ Die meisten Staaten beginnen mit PPP-Vorhaben im Verkehrssektor. Allerdings sind PPP-Strukturen von Land zu Land unterschiedlich entwickelt, weil die PPP an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden.¹⁴²

Auch auf europäischer Ebene gibt es Finanzmittel, die für Investitionen und PPP genutzt werden können. Dies sind unter anderem der Haushalt der Europäischen Union, vor allem die Strukturfonds, das 7. Forschungsrahmenprogramm, die Europäische Investitionsbank sowie der Europäische Investitionsfond. Nicht zu vergessen sind die nationalen Haushalte sowie die nationalen Investitionsvorhaben.

Investitionsanreize bieten die Programme der Europäischen Investitionsbank (EIB), die mit der Steuerung über den Europäischen Investitionsfond (EIF) eine wichtige Rolle in der Lissabon-Strategie übernommen hat. Auch über die so genannte Innovation-2010-Initiative (i2i) wurden seit dem Jahr 2000 über 24,1 Milliarden Euro an Darlehen gewährt. Über 80 % dieser Mittel waren für den privaten Sektor bestimmt.¹⁴³ Das Programm i2i fördert Investitionen im Innovationsbereich und trägt

¹⁴¹ Vgl. EIB: (2004, S. 3) und EIB: (2004, S. 14)

¹⁴² Vgl. EIB: (2004, S. 6)

¹⁴³ Vgl. EIB: (2005, S. 1)

somit zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Stärkung der F+E in Europa bei. Weiterhin verfügt die EIB über das Kreditprogramm Quick Start, das verschiedene Projekte umfasst. Allein für dieses Programm hat die EIB bis 2006 Mittel in Höhe von 20 Milliarden Euro vorgesehen.¹⁴⁴ Die EIB stellt zudem für KMU bis 500 Mitarbeiter Investitionsdarlehen bis zu einer Höhe von 12,5 Mio. Euro zur Verfügung.¹⁴⁵ Weiterhin werden im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007 – 2013 für den Bereich der Forschung voraussichtlich 67,8 Mrd. Euro vorgesehen.¹⁴⁶

Weitere Anreize gehen von den Strukturfonds aus. Die in den Europäischen Strukturfonds verfügbaren Mittel sind seit 1989 gestiegen. Für den Zeitraum 2000 bis 2006 stehen insgesamt rund 195 Milliarden Euro zur Verfügung.¹⁴⁷ Für die Strukturpolitik sieht die neue Planung 2007 bis 2013 ungefähr 336 Mrd. Euro vor.¹⁴⁸ Wichtig ist, dass diese Mittel genutzt werden. Die Schwierigkeiten bestehen darin, dass bei der Finanzierung von Investitionen durch die Nutzung der Europäischen Strukturfonds eine Kofinanzierung erforderlich ist. Je nach Förderbedürftigkeit der Region und Art des Projekts werden maximal 85 % des Projekts durch Zuschüsse finanziert.¹⁴⁹ Problematisch ist überdies, dass die unterschiedlichen Finanzmittel zwar für sich genommen für Investitionen zur Verfügung stehen, aber keine Abstimmung und Koordinierung der Investitionen erfolgt. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Lissabon-Strategie wäre es von Vorteil, wenn die erwähnten Finanzmittel abgestimmt werden und zusammen auf die Ziele der Lissabon-Strategie ausgerichtet werden wie dies jetzt der Beschlusslage der Union entspricht.

9. Der Beitrag der Geldpolitik zu Wachstum und Beschäftigung

Grundsätzlich sollte das Ziel der Geldpolitik eine langfristige und eine kurzfristige Komponente haben. Langfristig soll die Geldpolitik für Preisstabilität sorgen während sie kurzfristig auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung im Konjunkturzyklus beitragen soll. Die Schwierigkeit, die dabei besteht, ist das kurzfristige Ziel zu bedienen, ohne das langfristige aufzugeben.¹⁵⁰

¹⁴⁴ Vgl. http://www.innovations-report.de/html/berichte/wirtschaft_finanzen/bericht-25600.html

¹⁴⁵ Vgl. <http://www.eib.org/projects/dynamic.asp?cat=38>

¹⁴⁶ Vgl. Europäische Kommission: IP/05/389 vom 06. April 2005

¹⁴⁷ Vgl. Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission: (2001, S. 1)

¹⁴⁸ Vgl. <http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-132032-16&type=LinksDossier> und Europäische Kommission: IP 05/389 vom 6. April 2005

¹⁴⁹ Vgl. Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission: (2001, S. 4)

¹⁵⁰ Vgl. Wyplosz, Ch.: (2005, S. 73)

Der Beitrag der Geldpolitik zu Wachstum und Beschäftigung war in den ersten Jahren der Währungsunion durch eine große Zurückhaltung in der Abstimmung mit anderen Akteuren der makroökonomischen Politik geprägt. Dabei muss sich die Geldpolitik sich an den Grundsätzen der europäischen Wirtschaftspolitik ausrichten und sogar die Wirtschaftspolitiken unterstützen, wenn so- Artikel 105 des EU-Vertrages- die Preisstabilität davon nicht berührt wird. Diese Zielhierarchie prägt die Geldpolitik des Euro-Systems. Allerdings wird die sekundäre Zielsetzung nicht bzw. nicht mit der gleichen Präzision definiert wie die primäre Zielsetzung der Preisstabilität.

Das vorrangige Ziel der Preisstabilität ist von Bedeutung. Hohe Inflationsraten haben negative Effekte für die Volkswirtschaft, weil eine Währung dann die ihr zugeordneten Funktionen nur dann erfüllen kann, wenn ihr Wert dauerhaft stabil ist. Dabei muss aber die enge Definition von einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex von unter 2% gegenüber dem Vorjahr“ kritisch gesehen werden, auch wenn dieser Beschluss des EZB- Rats von 1998 im Jahr 2003 nach einer Überprüfung der geldpolitischen Strategie dahingehend verändert wurde, dass Preisstabilität als vorhanden gilt, sofern mittelfristig eine Preissteigerungsrate unter, aber nahe an der 2% - Grenze erzielt wird. Diese ehrgeizige Definition gibt weniger Handlungsspielraum als dies die Inflationsziele der anderen großen Notenbanken tun. Hinzukommt, dass andere große Notenbanken sowohl auf Preisstabilität als auch auf Wachstum und Beschäftigung setzen. Auch die Europäische Union und der Euro-Raum brauchen eine Geldpolitik, die sowohl Preisstabilität gewährleistet als auch stabiles Wachstum und damit soziale Stabilität unterstützt. Die Geldpolitik muss die Wachstums- und Beschäftigungswirkungen ihrer Entscheidungen noch stärker als bisher berücksichtigen – wie dies die amerikanische oder britische Zentralbank tun. Schließlich hat der Euro-Raum im Jahr 2000 bereits einmal bewiesen, dass ein spannungsfreies und nicht-inflationstreibendes Wachstum möglich ist wie dies im Rahmen der Lissabon-Strategie angestrebt wird.

Die Europäische Zentralbank hat ein Inflationsziel, das weniger Spielraum als jedes andere Inflationsziel bietet, obwohl ihr vorrangiges Ziel, Inflationsgefahren zu bannen, nicht gefährdet ist.¹⁵¹ Es besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank für die Verwirklichung der Preisstabilität eine

¹⁵¹ Vgl. Monatsberichte der Europäischen Zentralbank 1999 und 2003

wichtige Voraussetzung ist. Notenbanken bedürfen aber auch der Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit. Diese muss ihre Ziele teilen. Dabei stellt sich die Frage, ob die Definitionshoheit ausschließlich den Zentralbanken überlassen bleiben sollte. Wäre es nicht legitim, die mittelfristig anzustrebenden Ziele politisch vorzugeben, vom Souverän, dem Parlament oder der Regierung?

Dabei ist es interessant, die unterschiedlichen Praktiken großer Währungsräume miteinander zu vergleichen. Die EZB verfügt von allen Zentralbanken über die größte Unabhängigkeit, da sie bei der Festlegung ihrer Zieldefinition frei ist und ihre Satzung nur durch eine einstimmige Vertragsrevision geändert werden kann.

- Die EZB verfolgt keine spezifische zahlenmäßige Zielvorgabe, sondern bevorzugt einen Schwellenwert, den sie selbst als "Inflationsrate von nahe bei, aber unter 2%" definiert hat.
- Die amerikanische Notenbank, die Federal Reserve, verfolgt keine ausdrückliche quantitative Zielvorgabe, und ihre allgemeinen geldpolitischen Ziele können durch ein vom Kongress erlassenes Gesetz geändert werden.
- Die japanische Zentralbank befindet sich in einer vergleichbaren Situation, d.h. es gibt keine feste Zielvorgabe, und die Ziele der Geldpolitik können durch Gesetz geändert werden.
- Die britische Notenbank, Bank of England dagegen verfolgt ein spezifisches symmetrisches Ziel von 2%, das von der Regierung des Vereinigten Königreichs festgelegt wurde.
- Die Bank von Neuseeland verfolgt ein Inflationsziel, das in Zusammenarbeit von Zentralbank und Regierung operationalisiert wird. Im Jahr 2004 betrug die angestrebte Bandbreite 1%-3%, bezogen auf den Verbraucherpreisindex.

Es ist eine umfassendere demokratische Debatte zu den Zielen und Definitionen der Geldpolitik erforderlich. Die Festlegung einer präzisen numerischen Zielvorgabe für die Inflation macht es möglich, den Erfolg der Geldpolitik besser beurteilen zu können. Diese Zielvorgabe muss aber demokratisch legitimiert und in das makroökonomische Politikraster eingepasst sein. Die Definition der Preisstabilität ist am Ende eine politische Frage und deshalb darf sie in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht lediglich der Zentralbank überlassen bleiben.

Sechs Jahre nach Einführung des Euro ist es an der Zeit, die europäische Geldpolitik neu zu bewerten. Die Zinsen sind europaweit niedriger als je zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch sollten vor allem die Definition des Inflationsziels untersucht und die kritischen Stimmen gehört werden, denen zufolge die EZB ihre Zinssätze oft zu zögerlich und in zu kleinen Schritten anpasst. Eine Geldpolitik, die nicht nur auf Stabilität setzt, sondern auch Wachstum und Beschäftigung in Europa ankurbelt, kann einen größeren Beitrag zur Erholung leisten als die bisherige. Eine enge globale Währungszusammenarbeit ist wünschenswert, um zusätzliche negative Wirkungen durch internationale Währungsinstabilität zu vermeiden, auch wenn dieser Kooperation Eigeninteressen anderer Weltregionen entgegenstehen.

Damit ist die Frage nach den grundlegenden Aufgaben und Funktionen des Zentralbankwesens erneut gestellt. Auch wenn Preisstabilität ein absolutes Muss ist und eine unabhängige Autorität sie am effizientesten durchsetzen kann, muss die Frage beantwortet werden, wie eine Zentralbank darüber hinaus zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beitragen kann. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zwar indirekt über die Preisstabilität, doch welche Politik verfolgt sie, wenn die Stabilität nicht gefährdet ist? Schließlich ergibt sich für die Geldpolitik eine zwingende institutionelle Verantwortung, auf aktive Weise zu Beschäftigung und nachhaltigem Wachstum beizutragen. Dies ist umso notwendiger im Euroraum, wo der Aufschwung weiterhin wenig dynamisch, die Binnennachfrage sehr schwach ist und auch die Investitionstätigkeit keineswegs als rege bezeichnet werden kann. Der Euroraum ist noch immer von exportgestütztem Wachstum abhängig, ohne dass diese Impulse zu mehr Investitionen und stärkerer Binnennachfrage führen. Im Jahre 2005 wird für den Euroraum und die EU mit einem Wachstum von lediglich 1,7% bzw. 2% gerechnet. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen ist dieses Wachstum sehr gering

Von daher sollten die Zentralbanken gerade in Krisenzeiten eine proaktive Rolle übernehmen, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. In Bezug auf den Beitrag zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, muss die Union die Rolle der EZB neu austarieren. Die Europäische Zentralbank betont immer wieder, dass es den europäischen Verbrauchern an Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung mangelt. Deshalb könnte die EZB auch etwas unternehmen,, um das Vertrauen und die

Binnennachfrage zu stärken statt sich ausschließlich auf externe Impulse zu verlassen.

Es trifft zu, dass die Zinsen so niedrig sind wie niemals zuvor. Doch sind die europäischen Probleme europäisch nur dann zu lösen, wenn auch die EZB sich als ein wichtiger Akteur neben anderen begreift und ein abgestimmtes Verhalten aller möglich macht. Gebraucht werden angemessene und situationsgerechte Lösungen. Sie müssen berücksichtigen, dass die Inflation unter Kontrolle ist und sich die Inflationsrate innerhalb des Zielkorridors bewegt, dass es Zurückhaltung bei den Löhnen gibt und dass der Wechselkurs des Euro weiterhin deutlich stärker ist, als in früheren Jahren. Aus all diesen Gründen gibt es einen Spielraum für einen ausgewogenen Policy-Mix, der Wachstum und Beschäftigung begünstigt.

Dies wirft auch die Frage auf, welche Rolle die EZB bei der notwendig stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten übernehmen sollte. Notwendig ist eine Abstimmung, die die Unabhängigkeit der EZB intakt lässt, gleichzeitig aber auch die Verantwortung der EZB für vernünftige Entscheidungen der anderen Akteure berücksichtigt, die sie in einem verlässlichen geldpolitischen Umfeld bewegen können müssen. Sollte die Rolle ex-ante oder ex-post wahrgenommen werden? Diese schwierige Debatte sollte nicht die Tatsache verschleiern, dass es Spielraum für einen Dialog zwischen der Geldpolitik und anderen Politikbereichen gibt, wenn auch keine klaren und unmittelbaren Verfahren für eine gemeinsame Beschlussfassung. Die Lösung könnte darin bestehen, mehr Mechanismen für einen – kontinuierlichen und formalisierten – Meinungsaustausch zwischen der EZB und den Finanzministern im Rahmen des makroökonomischen Dialogs einzurichten und sich nicht ausschließlich auf Diskussionen in der Eurogruppe zu verlassen.

Die Globalisierung hat zu einer Zunahme von Kommunikation, Handel und Reisen sowie der Macht internationalisierter Finanzmärkte geführt und neue Herausforderungen für das Zentralbankwesen gebracht. Die grundlegende Aufgabe der Zentralbank in einer modernen demokratischen Gesellschaft besteht in erster Linie darin, den Wert ihrer Währung zu erhalten. Die Zentralbank ist die Hüterin der Kaufkraft des Geldes. Doch im Zusammenhang mit der Globalisierung und extremen Kapitalbewegungen von einem Ende des Globus zum anderen sehen sich die

Zentralbanken mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert. So ist es ein Phänomen der letzten Jahrzehnte, dass die größeren Zentralbanken die Inflation zwar erfolgreich eingedämmt haben, die realen Zinssätze auf historischen Niedrigstand gesunken sind und ein relativer wirtschaftlicher Wohlstand herrscht, dass es aber viele Krisen und hohe Instabilität gibt. Wellen von Booms und rasante Abschwünge bei den Vermögensgütern wie z.B. den Aktien und Immobilien sind an der Tagesordnung. Insofern sind die Zentralbanken wie die EZB gefordert, auf diese Veränderungen so zu reagieren, dass Finanzstabilität gefördert wird. Auch sie hat Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung.

10. Der Beitrag der Steuerpolitik zu Wachstum und Beschäftigung

Das störungsfreie Funktionieren des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion behindert die mangelnde Koordinierung der Steuersysteme und Steuerpolitiken.¹⁵² In der Steuerpolitik gilt das Prinzip der Einstimmigkeit, weil Steuerfragen als Fragen nationaler Souveränität in der nationalen Zuständigkeit geblieben sind- mit Ausnahme der Harmonisierung der indirekten Steuern, über die allerdings auch nur einstimmig entschieden werden kann.

Gesunde öffentliche Finanzen sind von zentraler Bedeutung für ein Gesellschaftsmodell, das auf eine wissensbasierte Gesellschaft, technologischen Fortschritt sowie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt setzt. Auch deswegen kommt die Europäische Union nicht ohne eine Koordinierung in der Steuerpolitik, vor allem der Unternehmensbesteuerung aus. Diese Steuerkoordinierung ergänzt um weitere Kooperationen muss bei der Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung ansetzen und könnte durch die Einführung eines Mindestsatzes ergänzt werden. Die durch den unfairen Steuerwettbewerb bedingten Wettbewerbsverzerrungen wirken sich negativ auf das störungsfreie Funktionieren des Binnenmarktes sowie auf die Ziele der Lissabon-Strategie aus.

Makroökonomisch gesehen verschenkt die Union ihre Wettbewerbsvorteile und Wachstumschancen durch den ungezügelter Steuerwettbewerb. Der Entwurf einer europäischen Verfassung hat daran nichts geändert. Es gelingt nicht, über

¹⁵² Vgl. Altmann, J.: (2000, S. 580)

steuerpolitische Entscheidungen zum störungsfreien Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen wie dies der Vertrag fordert. Allerdings bedarf es einer neuen Dynamik in der EU-Steuerpolitik, da die meisten Mitgliedstaaten vor den gleichen Problemstellungen stehen. Sie sind mit der Tatsache konfrontiert, dass Unternehmen von einem Standort aus den Binnenmarkt versorgen können, so dass unterschiedliche Steuersysteme für den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr den Wettbewerb verzerren.

Da sich mit der Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten der unfaire Steuerwettbewerb verschärft hat, sind Überlegungen richtig, das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit für die Koordinierung der Steuerpolitiken zu nutzen. Damit können sich einige Mitgliedstaaten zu einer abgestimmten Steuerpolitik verabreden, andere können sich fernhalten, aber sich später beteiligen. In einem durch die Währungsunion und die Integration der Finanzmärkte vollendeten Binnenmarkt dürfen die schädlichen Auswirkungen eines unfairen Steuerwettbewerbs ökonomisch nicht unterschätzt werden.

Mit der europäischen Steuerkoordinierung soll keineswegs ein einheitliches Steuersystem für alle gefunden werden. Gerade im EU-Binnenmarkt bedarf es aber einer gewissen Konvergenz, um einen schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden. Diesem Ziel diene das 1997 beschlossene Monti- Paket, das einen äußerst pragmatischen Ansatz verfolgte und dabei nur in einem bescheidenen Maße erfolgreich war. Die Notwendigkeit der Koordinierung ist mit der EU- Erweiterung noch dringender geworden.

Diese Koordinierung kann unterschiedliche Ansätze verfolgen. Keinesfalls muss sie zu einer Vereinheitlichung der Steuersätze führen. Zum einen können sich die EU-Mitgliedstaaten mit ihren offenen Volkswirtschaften darauf einigen, vergleichbare Steuerstrukturen einzuführen und ein Gleichgewicht zwischen den direkten und indirekten Steuern zur Finanzierung der Staatshaushalte herzustellen wie dies in den nordeuropäischen Staaten, aber auch in vielen neuen EU- Mitgliedstaaten der Fall ist. Dabei ist der Anteil der indirekten Steuern an Steuereinnahmen mit weniger als 30% in Belgien und Deutschland am geringsten. Dieser auch vom belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt verfolgte Ansatz¹⁵³ soll zu Wachstum und

¹⁵³ Vgl. Verhofstadt, Guy: (2005)

Beschäftigung beitragen, weil indirekte Steuern die Produktion nicht direkt belasten, auf alle Waren und Dienstleistungen erhoben und von der erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Bevölkerung bezahlt werden muss.

Notwendig sind auch Fortschritte bei der Unternehmensbesteuerung. Dazu gehören systematische Ansätze sowie die Bereitschaft, die steuerlichen Regelungen auf ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit im Binnenmarkt, aber vor allem auch auf die Investitionsentscheidungen inländischer und ausländischer Anleger. Von Bedeutung dafür ist auch die Vereinheitlichung von Definitionen der wichtigsten steuerlichen Begriffe wie zum Beispiel die europaweit einheitliche Definition für die steuerliche Bemessungsgrundlage. Wie sie bereits 1990 die von der Europäischen Kommission einberufene Ruding- Kommission gefordert hat. Darüber hinaus wird überlegt werden müssen, ob es Mindest- und Höchstsätze bei der Tarifierung geben sollte wie bei der Harmonisierung der Mehrwertsteuer oder ob es ausreicht, sich auf einen steuerlichen Mindestsatz zu einigen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es hierzu auch ohne eine rechtliche Regelung kommen kann, wenn sich die EU- Mitgliedstaaten auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage einigen, weil es hier systemimmanente Zusammenhänge gibt. Je breiter die Bemessungsgrundlage ist, desto niedriger sind in der Regel die Steuersätze und umgekehrt.

Tabelle 16: Steuerquoten im internationalen Vergleich

	Unternehmensbesteuerung in verschiedenen Staaten					
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Österreich	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	25,0
Belgien	40.2 (39.0)	40.2 (39.0)	40.2 (39.0)	33.9 (33.0)	33.9 (33.0)	33.9 (33.0)
Dänemark	32,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Finnland	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	26,0
Frankreich	37.8 (33.3)	36.4 (33.3)	35.4 (33.3)	35.4 (33.3)	35.4 (33.3)	35.0 (33.3)
Deutschland	42.2 (40.0)	26.4 (25.0)	26.3 (25.0)	27.9 (26.5)	26.4 (25.0)	26.4 (25.0)
Griechenland	40,0	37,5	35,00	35,0	35,0	n.a.
Irland	24,0	20,0	16,0	12,5	12,5	12,5
Italien	37,0	36,0	36,0	34,0	33,0	33,0
Niederlande	35,0	35,0	34,5	34,5	34,5	31,5
Norwegen	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	23,75
Portugal	32,0	32,0	30,0	30,0	25,0	25,0
Spanien	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schweden	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Großbritannien	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
USA	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0

Quelle: OECD

Zur steuerlichen Koordinierung dazu gehört auch die verbesserte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Steuerbetruges, da diese

Einnahmen in Milliardenhöhe den Staaten entgehen. Allein durch Mehrwertsteuerbetrug entgehen den Mitgliedstaaten nach Schätzungen des Europäischen Rechnungshofes jährlich fast 100 Mrd. Euro. Von daher sind die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten zu verbessern.

11. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Teil der makroökonomischen Steuerung

Die vom Europäischen Gipfel am 22. und 23. März 2005 beschlossene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes¹⁵⁴ nimmt die langjährigen Auseinandersetzungen und Orientierungen auf. Sie führen weg von den wenig hilfreichen Verfahrensansätzen zur Einleitung von Verfahren wegen der Erreichung eines übermäßigen Defizits zu einem vernünftigeren Gleichgewicht in fiskalischen Entscheidungsfindungsprozessen.¹⁵⁵ Es war richtig, die monetären Stabilitätsanstrengungen durch Politiken der finanziellen Solidität zu ergänzen. Aber aus dem Interesse der Inflationsbekämpfung darf keine prozyklische Fiskalpolitik veranlasst werden, weil hiervon weitere deflationierende Entwicklungen zu erwarten sind. Auch sind die Länder mit hohen Neuverschuldungsraten wie Deutschland und Frankreich diejenigen Staaten, die über durchaus niedrige Inflationsraten verfügen. Damit wird die Ausgangsthese des SWP entkräftet, dass Staaten mit hohen Defizitquoten hohe Inflationsraten haben. Die europäischen Finanzminister haben sich den Forderungen aus Wissenschaft und Politik angeschlossen, das Regelwerk des Paktes flexibler und transparenter zu gestalten und ihn damit konjunkturellen Entwicklungen anzupassen. Seit langem geht es bei der Bewertung der öffentlichen Finanzen in der Union zu recht mehr um die Qualität der öffentlichen Finanzen als um kurzfristige Punktlandungen bei wirtschaftswissenschaftlich umstrittenen und nicht beweisbaren optimalen Zielvorgaben.

Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt will den Grundsatz solider Staatsfinanzen als europäisches Politikziel verankern. Die Einhaltung dieses Grundsatzes ist entscheidend für das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stabilitätsorientierung der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Europa und erleichtert die stabilitätsorientierte Politik der EZB. Insofern bildet der Maastricht-

¹⁵⁴ Vgl. Europäischer Rat: (2005, Nr. 3 und Anlage II)

¹⁵⁵ Vgl. Verordnung (EG) 1997 Nr. 1466/97 und 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 sowie die Entschließung des Rats über den Stabilitäts- und Wachstumspakt vom 17. Juni 1997, Amsterdam

Vertrag in Artikel 104 eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme für die Stabilität des Euro. Eine Wirtschafts- und Währungsunion kann langfristig nur funktionieren, wenn auch die nationalen Finanzpolitiken eng koordiniert und abgestimmt werden. Zur Sicherung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind solide Finanzen wichtig. Allerdings steht schon heute der Euroraum finanzpolitisch besser da als die USA:

- die Defizite in Europa haben sich wesentlich verringert: waren es zwischen 1991-1995 noch rund -5,0 % des BIP im EU-Durchschnitt, wurde 2004 trotz des schwachen Wachstums ein Defizit von -2,6 % erreicht
- der Schuldenstand hat sich im Euroraum weitestgehend stabilisiert
- die Inflation ist niedrig, sie lag zwischen 2000-2004 bei rund 2 % und damit niedriger als in den 50 Jahren Deutsche Bundesbank¹⁵⁶

Allerdings war das Instrument des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als Konkretisierung der Zielvorgabe zu rigide. Bei richtiger Anwendung seiner Regeln sollten die nationalen Finanzpolitiken durchaus die notwendige Flexibilität haben, um mit der Konjunktur atmen zu können. Das Prinzip des Paktes beruht nämlich darauf, dass nach ausreichenden Konsolidierungserfolgen die automatischen Stabilisatoren arbeiten können. Dies ist aber nicht der Fall. Der SWP stieß zu recht immer wieder auf Kritik, weil er die Entwicklung der konjunkturellen Lage nicht einbezog. Zahlreiche Reformvorschläge sahen zum Beispiel vor, das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts zu Ausgabenobergrenzen zu wechseln, die Defizitwerte zu verändern, das nominale durch das strukturelle Defizit zu ersetzen oder Ausgaben aus der Defizitberechnung herauszurechnen. Auch seine Abschaffung wurde gefordert.

Die jetzige Reform des SWP¹⁵⁷ wird zu einem funktionsfähigen und glaubwürdigen Stabilitätspakt zur Koordinierung der nationalen Finanzpolitiken beitragen. Es besteht zwischen allen Mitgliedstaaten der EU Einvernehmen, dass die Referenzwerte für die übermäßige Verschuldung – 3 % Defizit; 60 % Schuldenstand – nicht geändert werden, dass aber Flexibilität und politische Handlungsspielräume auch im Rahmen der Handhabung dieses Koordinierungsinstruments bestehen. In seinem Beschluss hat auch der Europäische Gerichtshof den von der EU-

¹⁵⁶ Vgl. Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission 2005

¹⁵⁷ Vgl. <http://www.euractiv.com/Article?tcmuri=tcm:31-134488-16&type=LinksDossier>

Kommission angestrebten Automatismus beim Defizitverfahren abgelehnt.¹⁵⁸ Er hat deutlich gemacht, dass der Ecofin-Rat bei der Anwendung der gemeinsamen Regeln über ein Ermessen verfügt, weil Regeln, die allein auf das kurzfristige Erreichen quantitativer Vorgaben ausgerichtet sind, die Glaubwürdigkeit dieser Regeln schwächen kann. So fällt eine Notenbank nicht „automatisch“ eine Zinsentscheidung, weil ein einzelner Indikator einen Grenzwert überschritten hat. Es hat sich gezeigt, dass der Pakt in der Vergangenheit nicht zu einer ausreichenden Konsolidierung in konjunkturell „guten Zeiten“ beitragen konnte. Zudem wurden in Zeiten schwachen Wachstums zum Teil restriktive und prozyklische Maßnahmen empfohlen, die den von allen angestrebten Konsolidierungserfolg gefährdeten. Der Pakt war in seiner jetzigen Form nicht flexibel genug, um auf unterschiedliche ökonomische Bedingungen wirtschaftspolitisch reagieren zu können. Das existierende Regelwerk muss zukünftig so ausgelegt werden wie dies in der Ratsentschließung zum Stabilitätspakt von Kommission, Mitgliedstaaten und Rat im Jahr 1997 und im Maastricht-Vertrag versprochen wurde. Die Regeln müssen für alle gleichermaßen gelten. Ungleichbehandlung legt letztlich den Keim für die Missachtung der Vorschriften.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der sich auf Artikel 99 und 104 des Vertrages über die Europäische Union gründet, ist sowohl ein makroökonomisches Instrument als auch ein Verfahren der politischen Koordinierung. Zu Recht knüpft der Beschluss des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 wieder an Artikel 104 des Maastricht-Vertrages an, der im Gegensatz zum Pakt Flexibilität im politischen Handeln und sowohl Maßnahmen als auch eine an der jeweiligen Wirtschaft-, Haushalts- und Beschäftigungslage ausgerichtete Beurteilung des Haushaltsdefizits vorsah. Die vom Rat beschlossenen „Verbesserungen“ stellen in fünf Handlungsfelder klar, dass prozyklische Politiken zu vermeiden sind und Glaubwürdigkeit durch angemessene Politikentscheidungen wiederherzustellen ist. Damit wird die Flexibilität und makroökonomische Logik wiederhergestellt, die im Interesse der Funktionstüchtigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion zu den Formulierungen im Vertragstext geführt hatte. Diese Entscheidung war ökonomisch vernünftig.

¹⁵⁸ Vgl. Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 13. Juli 2004 Rechtssache C 27/04

Die deutschen Vorschläge zur Verschärfung der Vertragsartikel durch den SWP hatten ihre Grundlage in der Ablehnung der Währungsunion durch die Bevölkerungsmehrheit und in der Angst vor unsoliden Partnern mit expansiven Haushaltspolitiken. Von Anfang an war die Starrheit des Paktes umstritten, weil er der Fiskalpolitik in der Währungsunion eine Zwangsjacke verpasste und keinerlei wachstumsfördernde Elemente enthielt. Abgestellt wurde einseitig und starr auf die umstrittenen Haushaltskriterien und die mit ihrer Erfüllung verbundene finanzpolitische Solidität als Grundlage für die monetäre Stabilität. Die Vorschläge des Europäischen Parlaments, für öffentliche Investitionen einen Handlungsspielraum im Pakt zu verankern, wurden vom Europäischen Finanzministerrat 1996 abgelehnt. Das galt auch für die so genannten „golden rules“ die zum Beispiel in Großbritannien zwischen Investitions- und Konsumausgaben unterscheiden und die Investitionsausgaben nicht in das Haushaltsdefizit einrechnen, wenn Zinsen und Tilgungen aus dem laufenden Haushalt bedient werden können.

Die anhaltende Wachstumsschwäche, hohe Arbeitslosigkeit und geringe Binnennachfrage sowie Steuerausfälle und steigende Belastungen des Sozialbudgets in fast der Hälfte der EU-Volkswirtschaften machten klar, dass der SWP prozyklische Politiken erzwang, Perioden mit schwachem Wachstum und Stagnation nicht berücksichtigte, auf besondere Umstände und die Qualität der öffentlichen Finanzen weniger abstellte als auf nominale Größen, die Verfahren zur Umsetzung von Maßnahmen unrealistisch waren und die Zusammenarbeit der Institutionen besser geregelt werden musste.

Zudem sah der Maastricht-Vertrag nicht vor, Sanktionen automatisch zu verhängen.¹⁵⁹ Dem Ministerrat blieb das Recht der politischen Entscheidung, auch in Abweichung von den Empfehlungen der Europäischen Kommission. Die jetzigen Beschlüsse, die in eine reformierte Rechtsverordnung einfließen müssen, schaffen wieder den politisch notwendigen und ökonomisch sinnvollen Spielraum – auch für Absprachen über nationale Sondersituationen. Die Grundregeln des Paktes, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nicht über 60 % und das Defizit über 3 % steigen zu lassen, bleiben erhalten. Dem dient auch die Verabredung, dass die Mitgliedstaaten in Phasen guten Wachstums die Sanierung ihrer Budgets mit

¹⁵⁹ Vgl. Vertrag über die Europäische Union vom 07.02.1992 Artikel 104c

verstärktem Nachdruck verfolgen werden. Gleichzeitig kann in Zukunft vermieden werden, dass durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein Aufschwung prozyklisch gebremst und damit Stagnation oder Wachstumsrückgang verlängert werden. In Zukunft werden die Netto-Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten für die europäische Einigung als Elemente in der Gesamtbeurteilung positiv berücksichtigt werden wie Strukturreformen, die mittelfristig zu Einsparungen führen. Der Konsolidierungspfad bei Defizitüberschreitungen kann den wirtschaftlichen Gegebenheiten und den realen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten besser angepasst und ein Spielraum von bis zu drei Jahren für die Konsolidierung eingeräumt werden. Diese Entscheidungen dürfen allerdings weder zu inflationsfördernden haushaltspolitisch relevanten Entwicklungen führen noch außer acht lassen, dass eine rein nationale Betrachtung von Haushaltspolitiken auch zu prozyklischen Entwicklungen im Euroraum führen kann, wenn die gesamtwirtschaftliche Beurteilung des Euroraums außer acht gelassen wird.

Mit der Reform des SWP enthält die Lissabon-Strategie einen neuen Schwung. Sie will nämlich eine richtige Mischung und eine hohe Synergie unterschiedlicher politischer Steuerungsimpulse herstellen. Dies war bisher wegen der Sparzwänge und restriktiven Haushaltspolitiken in den großen Volkswirtschaften nicht möglich, die immerhin über 2/3 des Bruttoinlandsprodukts der Euro-Volkswirtschaften umfassen. Die Sparzwänge führten zwar zu einer weiteren Haushaltskonsolidierung, trugen aber gleichzeitig zur Investitionsschwäche und zur Schwächung der Binnennachfrage bei.

12. Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa

Die Lissabon-Strategie setzt auf eine institutionelle Aufwertung der Mehr- Ebenen-Demokratie durch die schärfere Konturierung der Koordinierungsprozesse. Sie zeitigen schließlich positive Ergebnisse, weil die Wachstumsverluste durch den Mangel an strategischem Handeln und gemeinschaftlichen Politikansätzen sowie Politikumsetzungsprozesse entstanden sind. Bereits das Weißbuch von Kommissionspräsident Delors war daher ein Plädoyer für eine andere Gestaltung und Entscheidung im Bereich der Wirtschaftspolitiken, die eine Angelegenheit von gemeinsamen Interesse sind. Eine Währungsunion braucht eine Wirtschaftsunion, um die Effekte einer einheitlichen Währung und eines Binnenmarktes optimieren zu

können. Von daher war es richtig, auf einen fiskalischen Rahmen zu setzen. Es blieb falsch, die Investitions- und Nachfrageseite auszusparen. Diese Politikfelder sind für die Lissabon-Strategie und ihre Umsetzung entscheidend. Ihre mangelnde Umsetzung war verantwortlich für das Scheitern der Lissabon-Strategie, nicht die Tatsache, dass nur sieben EU- Mitgliedstaaten alle seit 2000 beschlossenen 40 Richtlinien in nationales Recht umgesetzt haben.

Mit den so genannten Frühjahrsgipfeln machte der Europäische Rat wie vom Europäischen Parlament gefordert die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zur Chefsache. Der Rat soll eine „koordinierende Rolle im Hinblick auf die Sicherstellung der Gesamtkohärenz und der wirksamen Überwachung der Fortschritte auf dem Weg zu dem neuen strategischen Ziel spielen“¹⁶⁰. Die Staats- und Regierungschefs ziehen jedes Frühjahr Bilanz der wirtschafts- und sozialpolitischen Lage der Union. Die Fortschritte der einzelnen Länder werden verglichen, analysiert und bewertet.

Die offene Methode der Koordinierung soll zu mehr Konvergenz und Kohärenz beitragen. Diese Methode wurde als Begriff erst in Lissabon offiziell eingeführt und dazu beitragen innerhalb einer gesetzten Frist gemeinsam verabredete Ziele erreichen. In den Schlussfolgerungen von Lissabon 2000 wird die offene Methode der Koordinierung folgendermaßen definiert: „Festlegung von Leitlinien für die Union mit einem jeweils genauen Zeitplan für die Verwirklichung der von ihnen gesetzten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele; gegebenenfalls Festlegung quantitativer Indikatoren und Benchmarks im Vergleich zu den Besten der Welt, die auf die in den einzelnen Mitgliedstaaten und Bereichen bestehenden Bedürfnisse zugeschnitten sind, als Mittel für den Vergleich der bewährten Praktiken; Umsetzung dieser europäischen Leitlinien in die nationale und regionale Politik durch Vorgabe konkreter Ziele und den Erlass entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der nationalen und regionalen Unterschiede“¹⁶¹. Den Verabredungen liegen Selbstverpflichtungen eines jeden Mitgliedstaates zugrunde, wobei jeder nach dem Subsidiaritätsprinzip seinen eigenen Lösungsweg wählen kann. Besondere Bedeutung gewinnt dabei der wechselseitige Lernprozess, bei dem es darum geht, über Informations- und Erfahrungsaustausch von den besten Ergebnissen („Best Practices“) zu lernen und gegebenenfalls zu übernehmen. Die Vergleichsverfahren von Benchmarking, in denen der Vergleich von Leistungen zwischen den

¹⁶⁰ Siehe: Europäischer Rat: (2000, Nr. 36)

¹⁶¹ Siehe: Europäischer Rat: (2000, Nr. 37)

Mitgliedstaaten erfolgt und Peer Reviews, in denen eine externe Überprüfung der Maßnahmen im Rahmen der Qualitätssicherung durch „Peers“, d. h. die Bewertung einer Leistung eines Mitgliedstaates durch die anderen EU-Mitgliedstaaten, sollen Standards setzen und Verbesserungen erzielen. Die EU-Kommission wertet in einem sogenannten „Synthese-Bericht“ die Reformfortschritte mit einer Benchmarking-Methode auf dem Hintergrund von Indikatoren zur gesamtwirtschaftlichen und politikspezifischen Situation aus, um ein differenziertes Bild der wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Lage zu erhalten.

Die offene Methode der Koordinierung kombiniert Politiken, in denen der Mitgliedstaat zuständig, aber eine informelle Koordinierung notwendig ist. Die im Konsens beschlossenen Leitlinien werden auf die Mitgliedstaaten übersetzt, berücksichtigen nationale Besonderheiten und geben der nationalen Ebene Handlungsspielraum. Allerdings hat diese Methode die Rolle der Europäischen Kommission gestärkt, weil sie die Lissabon-Strategie begleitet, bewertet, den Synthese-Bericht erstellt und auch die Empfehlungen zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und zu den beschäftigungspolitischen Maßnahmen ausspricht, so dass Synergieeffekte auf der makroökonomischen Ebene organisiert werden könnten. Allerdings kann die Kommission nur Empfehlungen und keine Vorschläge entwickeln. So ist nicht sie bestimmend für das Verfahren, sondern der Rat. Insofern ist die offene Methode der Koordinierung ein Ausdruck für die föderalen und konföderalen Elemente der Union, die durch den Entwurf der Europäischen Verfassung bestätigt werden. Ihre Struktur ist allerdings auch Ausdruck für modernes Regieren, weil die Zivilgesellschaft über die Sozialpartner partizipiert. Mit dem Beschluss des Frühjahrsgipfels 2005 werden alle Akteure auf nationaler Ebene stärker in die Umsetzung einbezogen. Damit wird die Lissabon-Strategie demokratiepolitisch besser abgesichert. Dies kommt in der Empfehlung der Europäischen Kommission zu den integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (KOM(2005)141) vom 12.4.2005 zum Ausdruck. Hier bestand ein Defizit. Das zeigt sich daran, dass die nationalen Parlamente weder in den zuständigen Ausschüssen noch in den Plenarsitzungen von ihren Regierungen Erklärungen zu den Stabilitäts- oder Konvergenzprogrammen verlangen noch die Grundzüge der Wirtschaftspolitik oder die Beschäftigungsleitlinien Gegenstand parlamentarischer Beratungen auf nationaler Ebene waren. Mehr Transparenz und demokratische Partizipation wären notwendig gewesen, um den Erfolg

herbeizuführen. Dies wird jetzt zu recht nachgeholt als Ergebnis der enttäuschenden Halbzeitbilanz von Lissabon. Das Europäische Parlament hatte wiederholt demokratische Defizite angeprangert. In den jährlichen Tagungen der Ausschüsse hatte insbesondere der Wirtschafts- und Währungsausschuss die umfassende parlamentarische Beteiligung auf europäischer und nationaler Ebene gefordert. Der Europäische Rat hat die Halbzeitbilanz zu recht dazu genutzt, um den Prozess der Koordinierung offener zu gestalten und Verantwortlichkeiten für die nationalen Ebenen zu benennen. Auch die den jährlichen Frühjahrsgipfel vorbereitenden Dialoge sind nicht zu unterschätzen, insbesondere nicht die mit den Sozialpartnern. Aber bis heute steht ein Dialog der drei Institutionen aus. Von einer Art „Gemeinsamer Standpunkt“ in den Festlegungen der wirtschafts-, beschäftigungs-, fiskal- und sozialpolitischen Zielsetzungen ist die Europäische Union nach wie vor weit entfernt. Dieser vordemokratische Zustand ist nicht hinnehmbar, wenn der notwendige europäische Mehrwert für alle sichtbar werden soll. Aber auf Dauer wird Europa eine europäische Wirtschaftsregierung brauchen, die nach den Maßgaben des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rats Vorgaben für wirtschaftspolitische Maßnahmen macht. Im Bereich der Wirtschaftsgesetzgebung ist dies bereits im Gesetzgebungsbereich der Fall, weil 80% dieser Gesetzgebung auf europäischer Ebene beschlossen werden.

Die Lissabon-Strategie hatte das Defizit an wirtschaftspolitischen Handlungsschritten übertüncht und darauf gesetzt, dass die Primärgesetzgebung die Wirkungen zeitigte, die im Rahmen der Lissabon-Strategie von der Synergie der unterschiedlichen Politikfelder von Gemeinschaftsinteresse hätten kommen müssen. Es war richtig, endlich wieder auf Ziele und einen Zeitplan zu setzen wie im Bereich der Binnenmarktstrategie. Institutionell gab es aber Schwachstellen, weil die Lissabon-Ziele über strukturpolitische Zeitpläne verfügten, aber über kein gesamtwirtschaftliches Konzept. Hinzukamen in der Tat zu viele und komplexe Ziele. Dies ist aber kein Vorwurf an die Lissabon-Strategie, weil sie von Anfang an zu überdehnt in ihren Ansprüchen und zu ehrgeizig in ihren Indikatoren als Maßstab für Erfolg war.

Wichtige Instrumente der politischen Koordinierung sind die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ und die „Beschäftigungsstrategie“. Seit 2002 sind sie im Rahmen der Lissabon-Strategie zeitlich und inhaltlich besser aufeinander abgestimmt. Die

Grundzüge der Wirtschaftspolitik dienen der Überwachung der Mitgliedstaaten. Seit 1994, dem Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird jeder Mitgliedstaat jährlich von der Europäischen Kommission und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss beurteilt. Auf Empfehlung der Kommission beschließt der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister mit qualifizierter Mehrheit allgemeine wirtschaftspolitische Leitlinien für die Union sowie darüber hinaus Empfehlungen an das Eurogebiet sowie jeden einzelnen Mitgliedstaat. Die Lissabon-Strategie stärkte die Rolle der Grundzüge der Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Prozessen. Die Vielzahl der bestehenden Prozesse zur politischen Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wurde durch weitere Verfahren der offenen Methode der Koordinierung ergänzt. Außerdem wurden Benchmarking-Verfahren eingeführt, um eine Übersicht über die Fortschritte in der Lissabon-Strategie sichtbar zu machen. Im Frühjahr 2003 verabschiedete die Europäische Kommission zum ersten Mal ihren Vorschlag für die Empfehlungen für die Wirtschaftspolitischen Leitlinien und für die Beschäftigungspolitischen Leitlinien (2003 – 2005) am gleichen Tag und in gestraffter Form, um die Kohärenz und Effizienz des Reformfahrplans zu verbessern. Dieses Verfahren bewährt sich.

Verbindliche Weiterentwicklungen der offenen Methode der Koordinierung sind weder im Entwurf einer Europäischen Verfassung noch im Kok- Gutachten noch im Kommissions- Bericht oder den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates 2005 zu finden. Das kann den Einstieg in eine Renationalisierung von makroökonomischen Entscheidungsprozessen bedeuten, die den Handlungsanforderungen eines europäischen Wirtschaftsraums nicht genügen können. Wenn bereits 80 % der Wirtschaftsgesetzgebung auf europäischer Ebene entschieden werden, bedarf es der Koordinierung aller makroökonomischen Ansätze überall dort, wo anders als in der Geldpolitik noch keine Vergemeinschaftung der Politiken stattgefunden hat wie zum Beispiel in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in der Fiskalpolitik, bei der Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und der Steuerpolitik sowie in den anderen Feldern auf dem Weg zu einer Modernisierung des EU-Gesellschaftsmodells. Schließlich haben die vergleichsweise höheren Wachstumsraten der vergangenen Jahre auf dem gleichen Binnenmarkt stattgefunden wie heute. Insofern muss das makroökonomische Management und sein Ausfall zur Wachstumsschwäche beigetragen haben. Von daher wird die Herstellung von Synergieeffekten über eine europäische Globalsteuerung immer

wichtiger, die angesichts der Kompetenzfragen allein über die offene Methode der Koordinierung erreichbar ist. Dabei ist die eindeutige Arbeitsteilung zwischen den Ebenen einer Mehr- Ebenen- Demokratie von besonderer Bedeutung. Die offene Methode der Koordinierung hatte aber auch deswegen Durchsetzungsschwächen, weil weder Anreize noch Sanktionen Bestandteil dieser Methode sind. Trotz der Empfehlungen des Kok- Berichts und der jahrelangen Forderung des Europäischen Parlaments lehnen die EU-Mitgliedstaaten sogar eine öffentliche Durchsetzungsschelte ab, weil diese sie in schwierigen Wahlkampfzeiten erreichen könnte. So wird die offene Methode der Koordinierung weniger konkrete Zielvorgaben und Umsetzungspläne enthalten und nicht einmal Anreize, Sanktionen oder öffentliche Kritik zulassen. Damit wird die Lissabon-Strategie entwertet. Ein Vergleich lohnt: Das Binnenmarkt-Projekt konnte nur erfolgreich sein, weil es über konkrete und strikte Ziel- und Zeitvorgaben verfügte und die Kommission die Befugnis hatte, die Nicht-Umsetzung der EG-Richtlinien zu sanktionieren. Das immer noch fehlende europäische Gemeinschaftspatent ist nicht nur ökonomisch von Nachteil. Es symbolisiert die Schwäche der Lissabon-Strategie, die auf den Mangel an Verständigungs- und Koordinierungsbereitschaft zurückzuführen ist. Dabei gibt es einsichtige Argumente. Schließlich können Entscheidungen in einer europäischen Volkswirtschaft auf andere europäische Volkswirtschaften und Auswirkungen auf Zinsen und Wechselkurse, aber auch die Inflationsentwicklung, den Zugang zu Diensten der Daseinsvorsorge haben. Derartige Effekte werden internalisiert so wie Mitnahmeeffekte unter den Mitgliedstaaten eingeschränkt werden. Die Politikkoordinierung bleibt von daher notwendig, möglich, ökonomisch und demokratiepolitisch wünschbar.¹⁶²

Eine Effizienzsteigerung wird aber auf Dauer nur möglich sein, wenn in die Koordinierungsprozesse die Finanzielle Vorausschau, der Haushalt der Gemeinschaft, insbesondere die Strukturfonds, die Reform der Agrarpolitik, die gemeinschaftlichen Investitionsanstrengungen zum Beispiel über das Forschungsrahmenprogramm oder die Europäische Investitionsbank einbezogen werden und die Gemeinschaftsressourcen für die Lissabon-Strategie mobilisiert werden.

13. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

¹⁶² Vgl. Collignon, St.: (2004, S. 223ff.)

1. Die Lissabon-Strategie verfolgt zu recht eine globale Strategie, eine starke Wettbewerbsfähigkeit mit den anderen Zielvorstellungen einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft, einer Modernisierung des europäischen Sozialmodells über die Investitionen in Humanressourcen und soziale Integration sowie nachhaltigem und anhaltendem Wachstum auf einem günstigen Niveau über einen angemessenen makroökonomischen Policy-Mix verbindet. An dieser Strategie ist festzuhalten, weil sie eine umfassende und komplexe Strategie ist und interdependente Politikfelder in Richtung auf ein investitionsgestütztes nachhaltiges Wachstum orientiert. Sie versucht eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung für ein europäisches Gesellschaftsmodell. Dieses Gesellschaftsmodell setzt auf eine bessere Lebensqualität für alle anstatt auf individuellen Reichtum, auf nachhaltige Entwicklung anstatt auf materielles Wachstum und kann als soziale Marktwirtschaft auf deutliche Erfolge setzen. Es sollte an dieser Strategie festgehalten werden, die auf Flexibilität und Wettbewerb, auf ein hohes Niveau an Sozial- und Arbeitsplatzschutz und das Prinzip der Nachhaltigkeit setzt. Es gibt nicht nur das amerikanische, sondern auch das skandinavische Modell, das erfolgreich ist. Im Gegensatz zum amerikanischen Modell setzt es zu recht auf Wachstum und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, aber gleichzeitig auch auf einen starken öffentlichen Sektor, hohe Steuern und die Nachhaltigkeit. Die ökonomische Produktivität ist vergleichbar hoch wie in den USA. Unterschiedlich ist die Verteilung der Produktivitätsgewinne. Das skandinavische Beispiel widerlegt, dass die Union ihre Strategie für eine verbesserte europäische Wettbewerbsfähigkeit auf den amerikanischen Weg abstellen muss. Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit können auch in Staaten erreicht werden, die vergleichsweise hohe Steuern verlangen, einen starken öffentlichen Sektor haben und hohe Investitionen in Humanressourcen tätigen.

Empfehlung 1: Der globale und komplexe Ansatz der Lissabon-Strategie muss beibehalten werden. Alle Politikfelder müssen gleichzeitig durch sowohl Reformen als auch Investitionen vorangetrieben werden.

2. Die Lissabon-Strategie bleibt trotz ihrer mageren Halbzeitbilanz eine Agenda für Europa. Die Europäische Union hat ihre Zwischenziele nicht erfüllt und ihr

Potenzial nicht verwirklicht. Ursache sind vor allem hausgemachte Faktoren. Es waren nicht die Strukturreformen, an denen es mangelte, sondern der Einbruch der öffentlichen und privaten Investitionen und der Binnennachfrage. Ursache dafür waren Ereignisse im Jahr 2001 wie z.B. das Platzen der Aktienblase, die Ölkrise, die Anschläge vom 11. September 2001 und der Einbruch der Weltkonjunktur. Allerdings wurden von der Union und den EU-Mitgliedstaaten keine Versuche unternommen, dieser negativen Entwicklung in Bezug auf Investitionen und Binnennachfrage durch eine makroökonomische Koordinierung der Wirtschaftspolitiken im Sinne der Lissabon-Strategie gegenzusteuern. Daher sollte die bislang ausgebliebene makroökonomische Koordinierung unterstützt von den Strukturreformen umgesetzt werden.

Empfehlung 2: Strukturreformen und makroökonomischen Orientierungen sind im Interesse von nachhaltigem Wachstum und einer Politik der Vollbeschäftigung effizient zu kombinieren.

3. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist ein wichtiger und richtiger Schritt, weil diese Reform das Versprechen der soliden Finanzen an die Konjunkturverläufe anpasst und dazu beiträgt, prozyklische Politiken zu vermeiden. Zu Recht wird weiterhin auf einen im Konjunkturverlauf ausgeglichenen Haushalt und auf Haushaltsdisziplin gesetzt. Mit der Reform wird aber den seit Jahren erhobenen Forderungen nach einem Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprochen, der in den sogenannten schlechten Zeiten öffentliche Investitionen zulässt und in sogenannten guten Zeiten zu Sparverhalten veranlasst. Allerdings bedarf es in Zukunft auch einer wirksamen Koordinierung der Haushaltspolitiken der EU-Mitgliedstaaten vor den jeweiligen Haushaltsberatungen in den nationalen Parlamenten.

Empfehlung 3: Über die begrüßenswerte Reform des SWP hinaus ist eine jährliche Abstimmung der Haushaltspolitiken der EU-Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung für die Koordinierung, um alle Finanzinstrumente auf die Umsetzung der Lissabon-Strategie zu orientieren. Dabei müssen die Empfehlungen an die Mitgliedstaaten sowohl im Rahmen des SWP und der Grundzüge der Wirtschaftspolitik koordiniert und sich ergänzend gestaltet werden.

4. Die Europäische Union bleibt unterhalb ihres Wachstumspotenzials. Das gilt vor allem für die vier großen Volkswirtschaften, die 80 % des BIP der Union und 80 % des in der Euro-Zone ausmachen. Die Ursachen liegen in der Investitionsschwäche und Konsumschwäche, die durch Strukturreformen nicht überwunden werden konnten. Strukturreformen waren und bleiben auf dem europäischen Binnenmarkt notwendig. Sie müssen aber mit offensiven makroökonomischen Orientierungen verbunden werden, weil sie isoliert durchgeführt zu kontraproduktiven Prozessen führen und Wachstum und Beschäftigung schwächen können. Es steht außer Frage, dass die Wettbewerbsbedingungen durch Strukturreformen verbessert werden können und müssen. Allerdings lässt eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen die gewünschten Effekte in Bezug auf das Wachstum vermissen, wenn die Nachfrage nicht entsprechend gestärkt wird. Für die Stärkung der Binnennachfrage ist eine auf europäischer Ebene abgestimmte makroökonomisch orientierte Wirtschaftspolitik nötig. Zu diesem Zweck sollte der makroökonomische Dialog verstärkt und verbindlicher werden.

Empfehlung 4: Alle makroökonomischen Akteure müssen in die offene Methode der Koordinierung einbezogen werden, auch die Europäische Zentralbank, weil nur eine ex-ante Koordinierung denkbar ist, die gleichzeitig zur Vertrauensbildung beiträgt. Deswegen ist auch das Europäische Parlament an dem makroökonomischen Dialog zu beteiligen.

5. Investitionen legen die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates. Sie können auch den Konjunkturverlauf eines Landes beeinflussen. Dies zeigen die öffentlichen Investitionen von Dänemark mit 8,5 % des BIP, von Schweden mit 7,66 % des BIP und Finnland mit 6,24 % des BIP im Vergleich zu den 5,1 % im EU-Durchschnitt. Für die EU kann auf das nordische Beispiel im Vergleich zu den USA verwiesen werden. Allerdings wird der Erfolg für die Europäische Union neben den niedrigen Zinsen, der Preisstabilität, den Strukturreformen und dem wieder belebten Vertrauen der Investoren und Verbraucher von einem Einsatz aller EU-Finanzinstrumente für die Erfüllung der Lissabon-Ziele abhängen sowie der zeitlichen und inhaltlichen Abstimmung der Union. Investitionen sind für Wachstum von zentraler Bedeutung. Neben den Investitionen in neue Anlagen und Maschinen sind vor

allem Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung von großer Bedeutung. Dies zeigt sich zum einen daran, dass in den Wachstumsmodellen der „Technische Fortschritt“ eine Variable zur Erhöhung des Wachstums darstellt. Zum anderen kann festgestellt werden, dass der Schlüssel zum Wirtschaftswachstum in den USA in den 90er Jahren die effektive Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien bei Investitionen war.¹⁶³ Neben den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 1% des BIP müssen die privaten Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung auf 2% des BIP verdoppelt werden. Für Europa heißt es überdies, in umweltfreundliche und erneuerbare Energien sowie weitere saubere Technologien zu investieren.

Durch die Investitionen in Innovation sowie Forschung und Entwicklung wird die Innovationsfähigkeit erhöht. Dies wird sich in neuen und besseren Produkten niederschlagen. Weiterhin erhöhen die verbesserte Bildung und Ausbildung der Erwerbstätigen und das lebenslange Lernen die Arbeitsproduktivität, so dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert wird. Die Investitionen in die sozialen Infrastrukturen tragen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit bei. Dies wirkt sich positiv auf die Binnennachfrage aus.

Empfehlung 5: Investitionen in Humanressourcen sind von großer Bedeutung. Dazu müssen Investitionen in Forschung und Entwicklung auf das 3%-Ziel der Lissabon-Strategie angehoben und Exzellenz-Zentren aufbauen geholfen und Innovationen und Beschäftigung gefördert werden. Das 7. Forschungs-Rahmenprogramm muss zum Erfolg beitragen und über seine spezifischen Programme die Grundlagen für europäische Spitzenforschungszentren legen. Dabei werden die Investitionen in Innovation, Forschung, Entwicklung, Bildung und lebenslanges Lernen, IKT sowie in die sozialen Infrastrukturen die wichtigsten Wachstums- und beschäftigungswirksamen Investitionen sein. Die Investitionen in soziale Infrastrukturen sind quantitativ und qualitativ auszuweiten.

6. Von zentraler Bedeutung ist die Nachfrage. Es ist notwendig, die aggregierte Nachfrage mit dem größeren aggregierten Angebot auf eine Ebene zu bringen.¹⁶⁴ Daher sollte die Binnennachfrage konsequent gestärkt werden und

¹⁶³ Vgl. Mann, C. L.: (2003, S. 10)

¹⁶⁴ Vgl. European Trade Union Confederation: (2005, S. 4)

damit den Unternehmen durch eine größere Nachfrage einen Anreiz zu geben, ihre Investitionen zu erhöhen. Dies ist sinnvoll, weil eine auf die ökonomische Stabilisierung ausgerichtete Fiskalpolitik potentiell effektiv ist.¹⁶⁵ Sie ist auch bei einer ungünstigen konjunkturellen Lage möglich. Die Erhöhung der Binnennachfrage führt zugleich zu einer Erhöhung des Auslastungsgrades. So fordert zu Recht auch das Europäische Parlament, dass im Rahmen der Lissabon-Strategie ein wachstumsorientiertes makroökonomisches Umfeld gewährleistet werden muss.¹⁶⁶ Die Transparenz der durchgeführten Maßnahmen ist dabei von einer besonders großen Bedeutung, damit das Vertrauen der Unternehmen und der Verbraucher gestärkt werden. Eine Verunsicherung senkt tendenziell die Binnennachfrage, da Investitionen mit geringerer Priorität verschoben und der private Konsum eingeschränkt werden können.

Empfehlung 6: Die Binnennachfrage ist durch vertrauensbildende Maßnahmen für Verbraucher und Unternehmen, durch Steueranreize für Investitionen, aber auch maßvolle Lohnerhöhungen in Übereinstimmung mit dem Produktivitätswachstum anzukurbeln.

7. Die europäische Geldpolitik hat ihren Auftrag in Bezug auf Preisstabilität und diesen Beitrag zur Lissabon-Strategie erfüllt. Von ihr als makroökonomischer Akteur werden vertrauensbildende Maßnahmen erwartet, um zu einem beschäftigungswirksamen Wachstum beizutragen. Preisstabilität ist dafür keine hinreichende Voraussetzung. Von daher muss die Geldpolitik zu einem Koordinierungsdialo g beitragen und über eine mittelfristige Perspektive der makroökonomischen Koordinierung der Lissabon-Strategie zum Erfolg verhelfen. Dazu kann auch mehr Transparenz der geldpolitischen Entscheidungen und ihrer Hintergründe, vor allem mehr Transparenz und Sicherheit in Bezug auf die Inflationsprognosen und eine möglicherweise flexiblere Definition der Preisstabilität beitragen. Die höhere Transparenz der geldpolitischen Entscheidungen sollte das Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher in die Entscheidungen der Europäischen Zentralbank erhöhen und so zu einer Stabilisierung ihrer Verhaltensweisen beitragen. Weiterhin kann eine flexiblere Definition der Preisstabilität dazu führen, dass die Angst

¹⁶⁵ Vgl. EEAG: (2003, S. 52)

¹⁶⁶ Vgl. Europäisches Parlament (2005)

vor Zinserhöhungen und damit die Gefahr einer Abbremsung der Konjunktur reduziert und somit die Hemmschwelle für Neuinvestitionen gesenkt wird.

Empfehlung 7: Die Geldpolitik muss ihrerseits die richtigen und rechtzeitigen Signale geben, um zu Wachstum und Beschäftigung beizutragen. Eine stärker wachstumsfördernde Geldpolitik der EZB ist gefordert. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank darf nicht als Argument dienen, sich einer ex-ante-Koordinierung zu entziehen.

8. Die Koordinierung der Steuerpolitiken fehlt als Element der Förderung von Wachstum und Beschäftigung in der Lissabon-Strategie. Dabei schaden dem Erfolg der Lissabon-Strategie sowohl die Steuerausfälle durch einen Mangel an Koordinierung sowie der ruinöse Steuerwettbewerb innerhalb der Union. Die Schwierigkeiten einer steuerlichen Koordinierung der EU-Steuerpolitiken hängen mit den fehlenden vertraglichen Grundlagen und dem Prinzip der Einstimmigkeit zusammen. Überdies sind Bemessungsgrundlagen und Steuersätze in den EU-Staaten sehr unterschiedlich. Insofern ist die Verabredung zur Entwicklung einer europäischen einheitlichen Bemessungsgrundlagen ein Fortschritt, wenn diese Definition verbunden wird mit einer formelhaften Gewinnaufteilung für alle EU-Mitgliedstaaten, in denen das Unternehmen investiert, so dass es nicht mehr zu Gewinn- oder Verlust-Verlagerungen kommen kann.

Empfehlung 8: Eine Koordinierung der Steuerpolitik sollte den Ehrgeiz verfolgen, Anreize zu verbessern, Gewinne im Inland anzulegen bzw. zu versteuern und insofern positiv auf Wachstum und Beschäftigung wirken.

9. Die Lissabon-Strategie bedarf zu ihrer Umsetzung eines starken öffentlichen Sektors und der Bündelung aller finanziellen Ressourcen, über die die Union und die Mitgliedstaaten verfügen, um die öffentlichen Ausgaben auf die Ziele der Lissabon-Strategie auszurichten. Wie das skandinavische Beispiel zeigt schließen sich hohe Steuern, ein starker öffentlicher Sektor und Wettbewerbsfähigkeit nicht aus. Das bedeutet, dass der EU-Haushalt angemessen finanziert werden muss, dass die Struktur- und Kohäsionspolitiken an den Vorgaben von Lissabon ausgerichtet werden müssen, dass die Europäischen Investitionsbank. die Engagements für die

Lissabon-Strategie durch ihre Politik ergänzen muss und dass die nationalen Haushalte das Engagement für die Lissabon-Strategie reflektieren.

Empfehlung 9: Alle Finanzinstrumente der Union sind auf die Ziele der Lissabon-Strategie auszurichten.

10. Die Zwischenbilanz zur Lissabon-Strategie fällt zu recht kritisch aus. Die Implementierungsschwäche ist überdeutlich. Die nationalen Aktionspläne und die Einpassung der nationalen Handlungsebenen sowie die Orientierung der Grundzüge und Leitlinien auf einen Drei-Jahres-Zeitraum können institutionell und politisch Fortschritte bringen. Demokratiepolitisch ist eine größere Partizipation der nationalen und regionalen Ebene zu begrüßen genauso wie die Partizipation der Sozialpartner. Die stärkere Einbeziehung der Mitgliedstaaten kann allerdings nicht auf eine noch effizientere Koordinierung verzichten. Sonst geht die Kohärenz der Strategie und ihrer Umsetzung verloren.

Empfehlung 10: Auf Dauer bedarf es auf der EU-Ebene einer demokratisch legitimierten supranationalen Politikebene. Eine interinstitutionelle Vereinbarung, die einen gemeinsamen Standpunkt von Europäischem Rat und Europäischem Parlament auf Vorschlag der Europäischen Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungsleitlinien vorsieht, wäre ein Anfang.

Literaturverzeichnis:

Ali-Yrkkö, Jyrki: Impact of Public R&D Financing on Private R&D, Working Paper Nr. 30, European Network of Economic Policy Research Institutes, Brüssel, 2005.

Altmann, Jörn: Wirtschaftspolitik: eine praxisorientierte Einführung, 7. Auflage, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart, 2000.

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004, in: Wirtschaft im Wandel, Nr. 13, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle, 2004, S. 342 – 407.

Arbeitskreis Konjunktur: IWH-Konjunkturprognose: Investitionszurückhaltung bremst Anspringen der Inlandsnachfrage in Deutschland, in: Wirtschaft im Wandel, 12/2004, 10. Jahrgang, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle, 2004, S. 323 – 325.

Arbeitskreis Konjunktur: Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht allmählich nach, in: Wirtschaft im Wandel, 1/2005, 11. Jahrgang, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle, 2005, S. 6 – 22.

Badinger, Harald: Wachstumseffekte der Europäischen Integration, Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Europafragen der Wirtschaftsuniversität Wien, Springer-Verlag, Wien, 2003.

Bofinger, Peter: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Pearson Studium, München, 2003.

Bogdanowicz, Marc; Burgelman, Jean-Claude: IKT, Strategie von Lissabon und EU-Erweiterung, in: The IPTS Report Nr. 77, Hrsg.: Institut für Technologische Zukunftsforschung (IPTS), Sevilla, 2003, S. 7 – 15.

Bottazzi, Laura; Da Rin, Marco; Giavazzi, Francesco: Research, patents and the financing of ideas: Why is the EU growth potential so low?, in: Economic policy-

making in the European Union – Proceedings of the first four meetings of the Group of Economic Analysis, editet by André Sapir and Mario Nava, Office for Official Publications of the European Union, Luxemburg, 2003.

Bretschger, Lucas: Wachstumstheorie, Wolls Lehr- und Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Oldenburg Wissenschaftsverlag GmbH, München, 2004.

Breuss, Fritz: EU-Osterweiterung: Ein Wachstumsimpuls für den gesamten Wirtschaftsraum?, in: Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt? Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie, Rolf Caesar / Konrad Lammers / Hans-Eckhart Scharrer (Hrsg.), HWWA Studies 76, Hamburg, 2005a.

Breuss, Fritz: Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Papers No. 244, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2005b.

Cecchini, Paolo: Europa'92, in Zusammenarbeit mit Michael Catinat und Alexis Jacquemin, Red.: John Robinson, Dt. Bearbeitung: Michael Stabenow, 1. Auflage, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1988.

Collignon, Stefan: Europa am Ende? – Wirtschaftsverfassung und demokratisches Defizit, in: Wege aus der Krise, Hrsg.: Christa Randzio-Plath, Baden-Baden, 2004, S. 219 – 232.

Companó, Ramón; Pascu, Corina; Desruelle, Paul und Burgelman, Jean-Claude: Erfüllung der Ziele von Lissabon für die Informationsgesellschaft: Wie die IKT-Vorausschau beitragen kann, in: The IPTS-Report Nr. 84, Hrsg.: Institut für Technologische Zukunftsforschung (IPTS), Sevilla, 2004, S. 30 – 38.

Denis, Cecile; McMorow, Kieran; Röger, Werner: An analysis of EU and US productivity developments, European Economy, Economic Papers, Nr. 208, Europäische Kommission, 2004.

DG Enterprise: Economic Assesment of the Barriers to the Internal Market for Services, Copenhagen Economics, Kopenhagen, 2005.

Engel, Charles; Rogers, John H.: European product market integration after the euro, in: Economic Policy Nr. 39, Blackwell Publishing Ltd for Centre for Economic Policy Research, Center for Economic Studies and Département et Labroatoire d'Economie Théorique Appliquée, Oxford, 2004, S. 349 – 375.

Europäische Investitionsbank (EIB): Die Rolle der EIB im Bereich öffentlich-private Partnerschaften, Luxemburg, 2004.

Europäische Investitionsbank (EIB): Innovation-2010-Initiative, EIB Jahrespressekonferenz 2005, Hintergrundinformation Nr. 02, Luxemburg, 03. Februar 2005.

Europäische Kommission: Growth, Competitiveness, Employment – The challenges and ways forward into the 21st century, White Paper, Office for Official Publications of the European Communities, Luxemburg, 1994.

Europäische Kommission: Finanzdienstleistungen: Abstecken eines Aktionsrahmens, Mitteilung der Kommission, Brüssel, 1998.

Europäische Kommission: Markt ohne Grenzen, in: EU-Nachrichten 27.8.2003, Themenheft Nr. 5, Hrsg.: Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 2003.

Europäische Kommission: Vorschlag über eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Brüssel, 2004a.

Europäische Kommission: Finanzdienstleistungen – Über den Berg – Vorbereitung für die nächste Phase der Kapitalmarktintegration, 10. Fortschrittsbericht, Brüssel, 2004b.

Europäische Kommission: Ergänzung zur Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt,
http://www.europa.eu.int/comm/internal_market/services/docs/strategy/2004-propdir/activities-covered_de.pdf, 2004c.

Europäische Kommission: Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze - Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon, Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2005, Brüssel, 2005.

Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Lissabon) 23. und 24. März 2000.

Europäischer Rat: Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten, 2003/578/EG, Amtsblatt der Europäischen Union, Brüssel, 2003.

Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Brüssel) 22. und 23. März 2005.

Europäisches Parlament: Pressemitteilung von der Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg vom 09.03.2005 – Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie, Straßburg, 2005.

European Economic Advisory Group (EEAG): Fiscal Policy and Macroeconomic Stabilisation of the Euro Area: Possible Reforms of the Stability and Growth Pact and National Decision-Making Processes, in: Report on the European Economy 2003, Chapter 2, Ifo Institute for Economic Research, München, 2003.

European Trade Union Confederation (ETUC): Strengthening Economic Governance in Europe by making the Stability and Growth Pact a Pact for Stability and Growth, ETUC, Brüssel, 2005.

Eurostat: <http://epp.eurostat.cec.eu.int>

Fouarge, Didier: Costs of non-social policy: Towards an economic framework of quality social policies – and the costs of not having them, Report for the Employment and Social affairs DG, Brüssel, 2003.

Frank, Simona: F+E-Ausgaben in der Europäischen Union, in: Statistik kurz gefasst – Wissenschaft und Technologie, Eurostat, Luxemburg, 2005a.

Frank, Simona: F+E-Personal in der Europäischen Union, in: Statistik kurz gefasst – Wissenschaft und Technologie, Eurostat, Luxemburg, 2005b.

Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission: inforegio – Die Strukturfonds richtig einsetzen: Eine Herausforderung für die Entwicklung der Union, Brüssel, 2001.

Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission: Strukturpolitik und der europäische Raum – Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt in Europa – Von Lissabon nach Göteborg, Brüssel, 2003.

Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission: The economic costs of non-Lisbon – A survey of the literature on the economic impact of Lisbon-type reforms, Occasional Paper, No. 16, Brüssel, 2005.

Grömling, Michael; Lichtblau, Karl; Weber, Alexander: Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung, Deutscher Instituts-Verlag GmbH, Köln, 1998.

Handler, Heinz; Böheim, Michael; Falk, Martin; Walterskirchen, Ewald: Strukturreformen in Österreich aus der Sicht der Lissabon-Agenda, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2004.

Hirschel, Dierk: Lohnzurückhaltung und Beschäftigung im internationalen Vergleich, in: WSI-Mitteilungen, Heft 8, 2004, S. 435 – 442.

Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB): Wege zu mehr Beschäftigung, IAB Kurzbericht, Nr. 14, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg, 2004.

Kirchesch, Kai: HWWA-Konjunkturforum – Konjunkturschlaglicht: Investitionen und Export, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 8, Hamburg, 2004, S. 536 – 537.

Kromphardt, Jürgen: Wachstum und Konjunktur, 3. Auflage, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1993.

Kok-Bericht - Bericht der hochrangigen Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Wim Kok: Die Herausforderung annehmen – Die Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 2004.

Kuntze, Oscar-Erich: Schweden: Konjunktur im Aufwind von Export und Inlandsnachfrage, in: ifo Schnelldienst, Nr. 4, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, 2004, S. 24 – 33.

London Economics: Quantification of the Macro-Economic Impact of Integration of EU-Financial Markets – Executive Summary of the Final Report, London, 2002.

Mann, Catherine L.: Globalization of IT Services and White Collar Jobs: The next Wave of Productivity Growth, International Economics Policy Briefs, Nr. PB03-11, International Institute of Economics, Washington, 2003.

Monti, Mario: Der Binnenmarkt und das Europa von morgen, Ein Bericht der Europäischen Kommission, Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, 1997.

Nicoletti, Giuseppe; Scarpetta, Stefano: Regulation, productivity and growth: OECD evidence, in: Economic Policy Nr. 36, Blackwell Publishing Ltd for Centre for Economic Policy Research, Center for Economic Studies and Département et Labroatoire d'Economie Théorique Appliquée, Oxford, 2003, S. 9 – 72.

OECD: National Accounts of OECD Countries, Detailed Tables, Volume IIa 1991-2002, OECD, Paris, 2004a.

OECD: National Accounts of OECD Countries, Detailed Tables, Volume IIb 1991-2002, OECD, Paris, 2004b.

OECD: OECD Economic Outlook, Nr. 76, 2-2004, OECD, <http://www.oecd.org/dataoecd/6/49/20209188.pdf>, Paris, 2004c.

OECD: OECD Employment Outlook, OECD, Paris, 2004d.

Pisani-Ferry, Jean: Fiscal Discipline and Policy Coordination in the Eurozone: Assessment and Proposals, Paris, 2002.

Pisani-Ferry, Jean: Growth Policies for Europe: Is there a common social democrat agenda?, in: Where Now für European Social Democracy?, Policy Network, London, 2004.

Randzio-Plath, Christa: Investitions- und Wachstumsinitiativen auf dem Prüfstand, in: Wege aus der Krise – Plädoyer für eine Europäische Wachstums- und Investitionsoffensive, Hrsg.: Christa Randzio-Plath, Baden-Baden, 2004, S. 187 – 201.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (Sachverständigenrat): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2004.

Sapir-Bericht – Report of an Independent High-Level Study Group established on the initiative of the President of the European Commission: An Agenda for an growing Europe – Making the EU Economic System Deliver, Brüssel, 2003.

Schulmeister, Stephan: Die „ausgeblendeten“ Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise – Ein Vergleich Entwicklung seit 1991 in den USA, Deutschland und in der übrigen Eurozone, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2004.

Schulten, Thorsten: Tarifpolitik in Euroland, in: Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Hrsg.: Arne Heise, Marburg, 1999.

Schulten, Thorsten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2003/2004, in: WSI-Mitteilungen Heft 7, 2004, S. 347 – 355.

Seidel, Martin: Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft, in: Der unvollendete Binnenmarkt, HWWA Studien 72, Hrsg.: Rolf Caesar, Hans-Eckart Scharrer, Hamburg, 2003, S. 29 – 49.

Siebert, Horst: How the EU can move to a higher growth path. Some considerations, in: Economic policy-making in the European Union – Proceedings of the first four meetings of the Group of Economic Analysis, editet by André Sapir and Mario Nava, Office for Official Publications of the European Union, Luxemburg, 2003.

Sioli, Lucilla; Zangl, Peter: The Impact of Information and Communication Technologies on Productivity Growth, in: Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt? Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie, Rolf Caesar / Konrad Lammers / Hans-Eckhart Scharrer (Hrsg.), HWWA Studien 76, Hamburg, 2005.

Stamer, Manfred: Strukturwandel und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, den USA und Japan, Shaker Verlag GmbH, Aachen, 2000.

Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2003, Fachserie 18, Reihe 1.3, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2004.

Tabellini, Guido; Wyplosz, Charles: Supply-Side Policy Coordination in the European Union, Report prepared for the Conseil de l'Activité Economique, Paris, 2004.

Verhofstaedt, Guy: A european ‚pentathlon‘ A community growth strategy for the European economy, Brüssel, 17. Februar 2005.

Weichselberger, Annette: Westdeutsche Industrie: Weiterhin kein deutlicher Investitionsanstieg zu erwarten – Die neuen Ergebnisse des ifo Investitionstests, in: ifo Schnelldienst, Nr. 1/2005, 58. Jahrgang, München, 2005, S. 34 – 39.

Welfens, Paul J. J.: Auf dem Weg in eine europäische Informations- und Wissensgesellschaft: Probleme, Weichenstellungen, Politikoptionen, in: Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt?

Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie, Rolf Caesar / Konrad Lammers / Hans-Eckhart Scharrer (Hrsg.), HWWA Studies 76, Hamburg, 2005.

Weltbank: World Development Indicators 2004, Washington, 2004.

Wohlers, Eckhardt: HWWA-Konjunkturforum – Deutschland im Schlepptau der Weltkonjunktur, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 7, Hamburg, 2004, S. 454 – 459.

Wyplosz, Charles: Fiscal Policy: Institutions versus Rules, in: National Institute Economic Review Nr. 191, London, 2005, S. 70 – 84.

Ziltener, Patrick: Hat der EU-Binnenmarkt Wachstum und Beschäftigung gebracht?, in: WSI-Mitteilungen, Heft 4, 2003, S. 221 – 227.

Verzeichnis der Tabellen

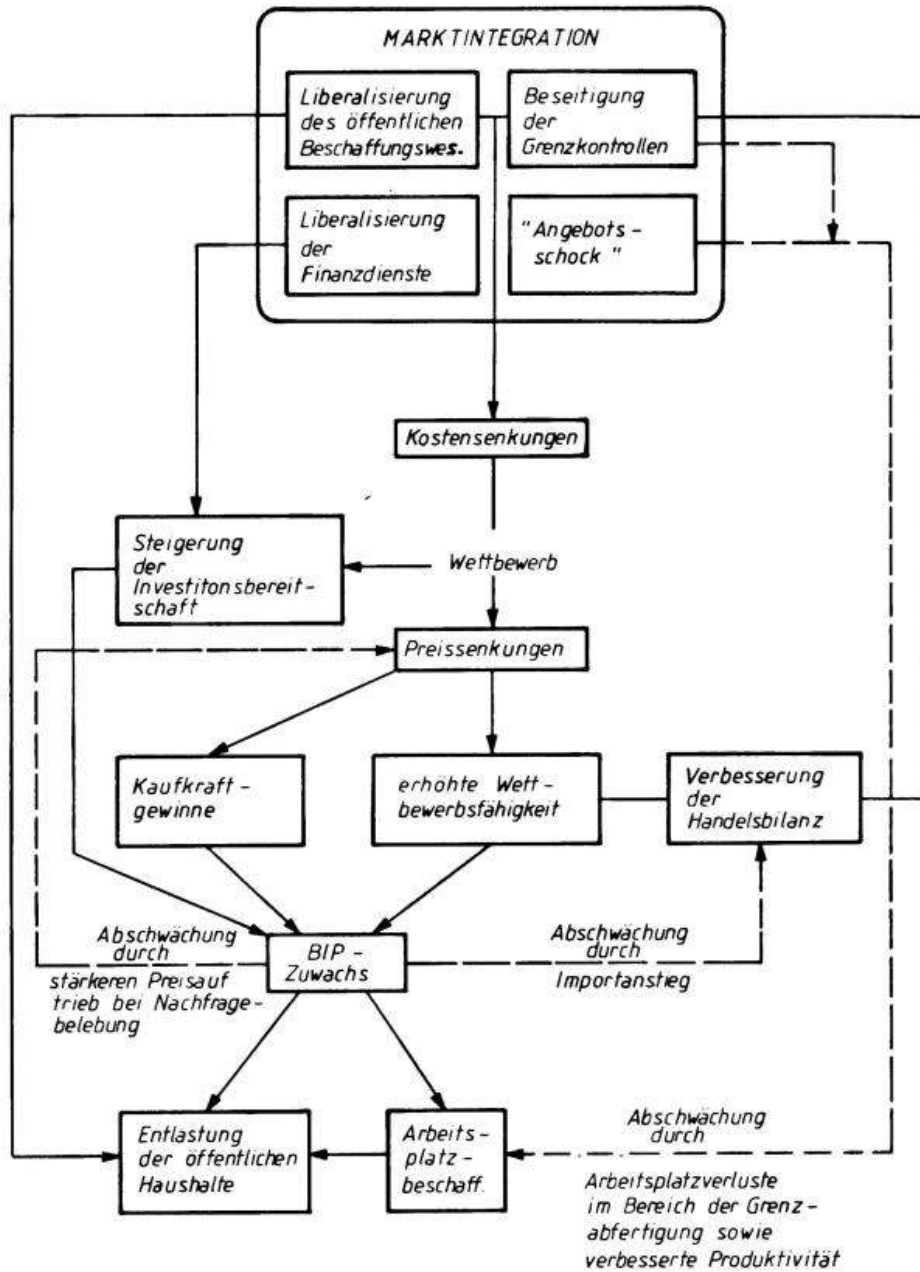
Tabelle 1: Reale Wachstumsrate des BIP.....	18
Tabelle 2: Öffentlicher Finanzierungssaldo.....	20
Tabelle 3: Harmonisierte Arbeitslosenquoten – insgesamt –.....	22
Tabelle 4: Reale Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen.....	37
Tabelle 5: Veränderung der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen.....	38
Tabelle 6: Investitionen im Bildungssektor.....	40
Tabelle 7: Veränderung der Investitionen im Bildungssektor.....	40
Tabelle 8: Anteil und Wachstum der Investitionen im Bildungssektor.....	41
Tabelle 9: Forschung und Entwicklung - Wachstum der Arbeitsproduktivität.....	43
Tabelle 10: Reale Veränderung der staatlichen Konsumausgaben.....	51
Tabelle 11: Reale Veränderung des privaten Konsums.....	52
Tabelle 12: Reale Veränderung der Binnennachfrage.....	53
Tabelle 13: Anlageinvestitionen in Deutschland.....	57
Tabelle 14: Brutto-Ersparnis des privaten Sektors in % des BIP.....	59
Tabelle 15: Reale Lohnentwicklung.....	68
Tabelle 16: Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	79
Tabelle 17: Privater, staatlicher Konsum und Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP.....	XVII
Tabelle 18: Binnenachfrage, Verteilungsbilanz und Wirtschaftswachstum.....	XIX

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Wachstumsfaktoren.....	16
Abbildung 2: Entwicklung von Lohnkosten und Verteilungsspielraum.....	61
Abbildung 3: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Deutschland.....	63
Abbildung 4: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Frankreich.....	64
Abbildung 5: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Finnland.....	65
Abbildung 6: Wirtschaftswachstum, Verteilungsbilanz und Binnennachfrage in Großbritannien.....	66
Abbildung 7: Mikroökonomische Auswirkungen der EG-Marktintegration.....	XV
Abbildung 8: Die EG-Marktintegration und ihre makro- ökonomischen Auswirkungen.....	XVI

Abbildung 8:

Die EG-Marktintegration und ihre makroökonomischen Auswirkungen



Quelle: Cecchini, P.: (1988, S. 135)

Tabelle 17: Privater, staatlicher Konsum und Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Belgien	Konsumquote	54,2	54,7	54,1	54,3	53,8	54,1	54,4	54,1	54,5
Belgien	Staatskonsum	20,4	21,7	21,2	21,1	21,2	21,1	21,7	22,3	22,8
Belgien	Investitionsquote	19,9	19,9	20,4	20,6	20,9	21,2	20,9	19,5	18,9
Dänemark	Konsumquote	50,5	50,3	50,2	50,3	49,6	47,7	47,1	47,2	47,2
Dänemark	Staatskonsum	25,8	25,9	25,5	26,0	25,8	25,3	25,9	26,3	26,6
Dänemark	Investitionsquote	18,6	18,6	19,6	20,6	19,8	20,0	20,3	20,6	20,0
Deutschland	Konsumquote	56,9	57,4	57,7	57,6	58,4	59,0	59,7	58,9	59,0
Deutschland	Staatskonsum	19,8	19,9	19,5	19,2	19,1	19,0	19,0	19,2	19,2
Deutschland	Investitionsquote	22,4	21,8	21,4	21,4	21,6	21,7	20,3	18,6	17,8
EU (15 Länder)	Konsumquote	57,4	57,7	57,8	57,9	58,3	58,4	58,5	58,3	58,2
EU (15 Länder)	Staatskonsum	20,7	20,7	20,2	19,9	20,0	20,0	20,2	20,7	21,0
EU (15 Länder)	Investitionsquote	19,8	19,6	19,4	19,8	20,2	20,6	20,1	19,4	19,1
Eurozone	Konsumquote	56,5	56,8	56,7	56,6	57,0	57,0	57,3	57,0	57,3
Eurozone	Staatskonsum	20,6	20,6	20,3	20,0	20,0	19,9	20,0	20,4	20,7
Eurozone	Investitionsquote	20,6	20,2	20,1	20,4	21,0	21,5	21,0	20,2	19,8
Finnland	Konsumquote	51,2	52,1	50,6	49,5	50,3	49,5	50,1	50,9	52,3
Finnland	Staatskonsum	22,8	23,2	22,3	21,6	21,6	20,6	21,0	21,7	22,3
Finnland	Investitionsquote	16,8	17,4	18,6	19,3	19,6	19,8	20,5	19,0	18,2
Frankreich	Konsumquote	55,5	55,8	55,0	54,8	54,8	54,4	54,7	54,7	55,5
Frankreich	Staatskonsum	23,9	24,2	24,2	23,4	23,3	23,2	23,2	23,9	24,3
Frankreich	Investitionsquote	18,8	18,5	18,0	18,4	19,2	20,2	20,1	19,4	19,2
Griechenland	Konsumquote	73,1	73,7	72,1	71,7	70,6	68,9	67,9	67,3	67,2
Griechenland	Staatskonsum	15,3	14,5	15,1	15,3	15,4	17,7	16,8	17,1	16,0
Griechenland	Investitionsquote	18,6	19,5	19,8	21,1	22,7	23,6	23,8	23,9	25,7
Großbritannien	Konsumquote	64,0	64,6	64,6	65,0	65,6	65,9	66,4	66,3	65,5
Großbritannien	Staatskonsum	19,5	19,1	18,2	17,8	18,3	18,6	19,1	20,0	20,9
Großbritannien	Investitionsquote	16,3	16,6	16,5	17,5	17,1	17,0	16,6	16,4	16,3
Irland	Konsumquote	54,2	53,7	51,1	49,0	47,6	46,7	45,7	44,7	45,2
Irland	Staatskonsum	16,5	15,8	15,2	14,4	14,0	14,0	14,8	15,3	15,8
Irland	Investitionsquote	17,6	19,4	20,9	22,5	24,2	24,6	23,4	22,6	23,6
Italien	Konsumquote	58,7	58,3	58,9	59,4	60,3	60,5	60,0	60,1	60,4
Italien	Staatskonsum	17,9	18,1	18,2	17,9	18,0	18,3	18,8	19,0	19,5
Italien	Investitionsquote	18,3	18,3	18,3	18,5	19,0	19,8	19,7	19,8	19,1
Luxemburg	Konsumquote	47,9	48,1	45,6	44,7	42,2	39,9	41,8	42,6	41,9
Luxemburg	Staatskonsum	18,4	18,9	17,9	16,8	16,8	15,7	16,9	17,6	18,2
Luxemburg	Investitionsquote	21,6	21,4	22,3	22,6	23,8	20,8	22,8	21,9	19,8
Niederlande	Konsumquote	49,0	49,9	49,4	49,7	50,1	49,9	49,6	49,8	48,4
Niederlande	Staatskonsum	24,0	23,1	22,9	22,7	22,9	22,7	23,4	24,5	25,4
Niederlande	Investitionsquote	20,3	21,1	21,5	21,5	22,5	22,1	21,7	20,7	20,1
Norwegen	Konsumquote	49,3	48,6	47,4	49,0	47,4	42,6	42,7	44,7	46,2
Norwegen	Staatskonsum	21,6	20,9	20,5	21,9	20,4	19,1	20,6	22,1	22,6
Norwegen	Investitionsquote	19,9	20,3	22,1	25,2	22,0	18,6	18,3	17,7	16,7
Österreich	Konsumquote	57,1	58,1	57,9	56,8	56,1	56,8	57,0	56,2	56,1
Österreich	Staatskonsum	20,1	19,9	18,9	18,8	19,0	18,4	18,0	17,9	18,0
Österreich	Investitionsquote	22,1	22,1	22,3	22,4	22,1	22,8	22,0	20,8	21,5
Portugal	Konsumquote	63,3	63,4	62,5	62,2	62,4	62,0	61,4	61,3	62,3
Portugal	Staatskonsum	18,6	18,9	19,0	18,9	19,7	20,5	20,9	21,2	21,2
Portugal	Investitionsquote	22,8	23,3	25,6	26,9	27,3	28,1	27,1	25,0	22,4
Schweden	Konsumquote	48,9	49,1	49,3	49,0	48,9	49,1	48,8	48,6	48,7
Schweden	Staatskonsum	27,2	27,8	27,2	27,4	27,4	26,6	27,0	27,9	28,3
Schweden	Investitionsquote	16,0	16,2	15,7	16,5	17,3	17,7	17,4	16,7	15,8
Spanien	Konsumquote	59,8	59,6	59,3	59,2	59,2	58,9	58,4	58,1	57,8
Spanien	Staatskonsum	18,1	17,9	17,5	17,5	17,4	17,7	17,6	17,7	17,9
Spanien	Investitionsquote	22,0	21,6	21,9	22,9	24,1	25,3	25,3	25,2	25,6
USA	Konsumquote	67,3	67,2	66,8	67,2	67,8	68,7	69,7	70,3	70,5

USA	Staatskonsum	15,4	15,0	14,7	14,4	14,4	14,4	14,8	15,3	15,6
USA	Investitionsquote	18,2	18,6	18,9	19,4	19,9	20,2	19,5	18,3	18,4

Quelle: Eurostat: Strukturindikatoren

Tabelle 18: Binnennachfrage, Verteilungsbilanz und Wirtschaftswachstum

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Belgien	Binnennachfrage	2,1	0,9	2,7	2,7	2,5	3,7	0,4	0,5	1,7
Belgien	Verteilungsbilanz	-0,8	-1,2	-0,9	0,5	0,9	-2,0	2,5	1,5	..
Belgien	Wirtschaftswachstum	1,4	1,2	3,5	2,0	3,2	3,9	0,7	0,9	1,3
Dänemark	Binnennachfrage	4,2	2,2	4,9	4,0	0,1	2,4	1,0	1,9	0,6
Dänemark	Verteilungsbilanz	0,3	0,6	0,1	1,9	-0,2	-0,9	1,2	-0,6	-0,1
Dänemark	Wirtschaftswachstum	2,8	2,5	3,0	2,5	2,6	2,8	1,6	1,0	0,4
Deutschland	Binnennachfrage	1,7	0,3	0,6	2,4	2,8	1,9	-0,8	-1,9	0,5
Deutschland	Verteilungsbilanz	..	-1,0	-2,5	-0,5	0,0	-0,4	-0,7	-0,6	-0,7
Deutschland	Wirtschaftswachstum	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,1	-0,1
Finnland	Binnennachfrage	2,7	3,8	4,8	4,2	2,0	2,5	1,8	0,6	2,8
Finnland	Verteilungsbilanz	2,3	-0,7	-2,2	1,2	0,0	-1,9	2,8	-1,3	-0,4
Finnland	Wirtschaftswachstum	3,4	3,9	6,3	5,0	3,4	5,1	1,1	2,3	2,0
Frankreich	Binnennachfrage	1,6	0,7	0,7	4,0	3,6	4,1	2,0	1,5	1,2
Frankreich	Verteilungsbilanz	-0,1	-0,5	-0,5	-0,6	0,7	-0,6	1,0	0,5	-0,3
Frankreich	Wirtschaftswachstum	1,7	1,1	1,9	3,4	3,2	3,8	2,1	1,2	0,5
Griechenland	Binnennachfrage	3,5	3,3	3,5	4,6	3,8	5,6	2,4	4,2	5,3
Griechenland	Verteilungsbilanz	..	-1,4	4,6	2,2	3,4	-0,5	-0,8	-0,1	-1,5
Griechenland	Wirtschaftswachstum	2,1	2,4	3,6	3,4	3,4	4,5	4,3	3,6	4,5
Großbritannien	Binnennachfrage	1,9	3,2	3,7	5,2	4,1	4,0	3,1	3,1	2,5
Großbritannien	Verteilungsbilanz	-1,0	-0,4	1,6	2,8	2,2	2,7	2,4	1,1	0,8
Großbritannien	Wirtschaftswachstum	2,9	2,8	3,3	3,1	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2
Irland	Binnennachfrage	6,5	7,8	9,4	10,3	7,6	9,0	3,7	3,6	3,0
Irland	Verteilungsbilanz	..	-2,2	-1,4	2,5	-0,8	-1,5	2,6	-4,0	..
Irland	Wirtschaftswachstum	9,8	8,1	10,8	8,9	11,1	9,9	6,0	6,1	3,7
Italien	Binnennachfrage	2,0	0,9	2,7	3,1	3,2	2,3	1,4	1,3	1,2
Italien	Verteilungsbilanz	-4,4	1,2	0,9	-4,3	0,3	-0,6	1,2	1,3	1,2
Italien	Wirtschaftswachstum	2,9	1,1	2,0	1,8	1,7	3,0	1,8	0,4	0,3
Niederlande	Binnennachfrage	3,5	2,8	3,9	4,8	4,3	2,5	1,8	0,5	-0,5
Niederlande	Verteilungsbilanz	-0,9	-0,8	-0,4	0,9	0,8	1,1	0,5	0,7	..
Niederlande	Wirtschaftswachstum	3,0	3,0	3,8	4,3	4,0	3,5	1,4	0,6	-0,9
Österreich	Binnennachfrage	1,8	2,7	0,6	2,3	3,0	3,0	-0,2	-0,8	2,3
Österreich	Verteilungsbilanz	1,0	-3,3	-1,0	-0,7	-0,2	-1,9	-0,9	-0,7	0,6
Österreich	Wirtschaftswachstum	1,9	2,6	1,8	3,6	3,3	3,4	0,7	1,2	0,8
Portugal	Binnennachfrage	4,1	3,0	5,1	6,7	5,9	2,9	1,6	-0,3	-2,7
Portugal	Verteilungsbilanz	6,7	0,8	1,8	1,4	1,9	3,2	1,0	0,8	..
Portugal	Wirtschaftswachstum	4,3	3,5	4,0	4,6	3,8	3,4	1,6	0,4	-1,1
Schweden	Binnennachfrage	2,2	0,9	1,1	4,3	3,3	3,6	-0,3	0,7	0,9
Schweden	Verteilungsbilanz	-2,4	4,4	-0,8	-0,4	-1,7	4,4	3,0	-0,9	-1,5
Schweden	Wirtschaftswachstum	4,1	1,3	2,4	3,6	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5
Spanien	Binnennachfrage	3,1	1,9	3,5	5,7	5,6	4,6	2,9	2,8	3,2
Spanien	Verteilungsbilanz	-1,3	-0,3	0,5	0,9	0,8	0,1	1,2	0,1	1,0
Spanien	Wirtschaftswachstum	2,8	2,4	4,0	4,3	4,2	4,4	2,8	2,2	2,5

Quelle: Eurostat; Strukturindikatoren; OECD; Eigene Berechnungen

